

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat, 1.10 Mark pro Quartal, 3.30 Mark pro Semester, 6.60 Mark pro Jahr. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, 3.30 Mark pro Quartal, 6.60 Mark pro Semester, 13.20 Mark pro Jahr. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Bezieht für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 3. April 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

In letzter Stunde!

Eine weltumfassende Wirtschaftskrise verheert seit Jahresfrist durch Arbeitslosigkeit und Entbehrung die Volkswirtschaft in unserem Vaterlande.

Gleichzeitig offenbarte sich die Unfähigkeit und Gefährlichkeit des persönlichen Regiments durch eine Reihe von Enthüllungen aller Welt. Unwille und Empörung darüber, daß die Laune eines einzelnen entscheidend sein kann für das Schicksal eines großen Volkes, loderten in ganz Deutschland empor. Der Volksgrimme fand seinen Widerhall auch im Reichstag.

Redner aller Parteien gaben ihrem Unwillen über diese schmachvollen Zustände kräftigen Ausdruck. Aber den großen Worten sind keine Taten gefolgt. Alle Anregungen und Anträge der Sozialdemokraten, die eine sofortige Stärkung des Reichstags gegenüber der Macht des Kaisers und der Bürokratie verlangten, wurden von den anderen Parteien niedergestimmt. Die Reichstagsmehrheit bebte zurück selbst vor Ausnutzung derjenigen Nachmittel, die dem Reichstag jetzt schon zur Verfügung stehen.

Nach wie vor werden also die einflussreichen Interessenverbände der Großgrundbesitzer, der Großindustriellen und der Großkapitalisten durch unkontrollierbare Hintertreppeneinflüsse den maßgebenden Einfluß auf die Regierung ausüben können. Nach wie vor werden die Ausbeuterinteressen unbedingt die Oberhand behalten über die Arbeiterinteressen. Nach wie vor besteht also die Gefahr, daß ohne Wissen und Willen der Volksvertretung Deutschland über Nacht in einen Krieg verwickelt werden kann. Nur wenn das Volk durch seine Vertreter über Krieg und Frieden entscheiden kann, nur wenn der Reichskanzler und die Minister dem Reichstag wirklich verantwortlich sind, nur wenn Berufung und Entlassung der Minister nicht mehr abhängt von Wille oder Laune eines einzelnen, ist das deutsche Volk vor der Wiederkehr solcher Blamagen gesichert, wie wir sie im November erlebt haben. Die Erwartungen des Volkes wurden schmählich getäuscht!

Statt neuer Rechte stehen ihm neue Lasten in Aussicht.

In der Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis wird der arbeitenden Bevölkerung zugemutet, jährlich 500 Millionen Mark neuer Steuern aufzubringen. Von Jahr zu Jahr sind die Ausgaben für Heer und Marine gestiegen bis zur ungeheuerlichen Summe von

1500 Millionen Mark im Jahr. Zu einer Einschränkung der Rüstungen und damit der Ausgaben, sind die Regierung und die herrschenden Parteien nicht zu bewegen gewesen. Vor wenigen Tagen erst wurde ein Antrag der Sozialdemokratie, mit England wegen Einschränkung des Flottenbaus zu verhandeln, vom Reichstag abgelehnt.

Werden aber die Rüstungen nicht eingeschränkt, so ist die weitere Erhöhung der Steuerlasten die unvermeidliche Folge.

Die Vertreter der bestehenden Klassen und die Regierung, die für diese Rüstungspolitik verantwortlich sind, wissen aber die dadurch entstehenden gewaltigen Mehrausgaben auf die Schultern der beschaffungslosen Klassen abzuwälzen. Einig sind sie darin, daß mindestens 400 Millionen Mark durch Belastung des Massenverbrauchs aufgebracht werden sollen. Gegen diese indirekten Steuern treten nur die Sozialdemokraten auf. Streit ist zwischen den Vertretern der Besitzinteressen nur darüber entbrannt, ob und wie noch etwa 100 Millionen Mark mehr durch direkte Reichsteuern aufgebracht werden sollen. Gegen die Einführung einer Nachlasssteuer wehren sich erbittert die Agrarier. Sie fürchten, daß durch die Festsetzung der Erbschaftsbeträge die großen Steuerhinterziehungen an den Tag kommen und künftig unmöglich gemacht würden.

Noch sind diese Interessentkämpfe nicht zum Abschluß gekommen. Noch ist es Zeit einzugreifen.

Männer und Frauen des arbeitenden Volkes! Erhebt Eure Stimme und zeigt den herrschenden Klassen, daß Ihr nicht gewillt seid, Euch weiter so behandeln zu lassen!

Protestiert gegen weitere indirekte Steuern!

Protestiert gegen das verderbliche, völkerverhetzende Wettrennen!

Protestiert gegen persönliches Regiment und Beamtenwillkür!

Verlangt Rechenschaft von Euren Abgeordneten wegen ihrer Nichtachtung der Volksrechte!

Fordert die Selbstregierung der Nation und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Staat und Reich!

Berlin, den 2. April 1909.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags.

Der Parteivorstand.

Herr von Einem auf dem Kriegspfade.

Ein früherer süddeutscher Offizier schreibt uns nachträglich zu den Reichstagsdebatten über den Militäretat:

Untertänig und bescheiden wie das offizielle Bayerntum vor dem offiziellen Vortrefflichkeit zu sein pflegt, hat der bayerische Militärbevollmächtigte am 16. März cr. im Reichstag gesagt, er wolle die Ausführungen des Abgeordneten Häusler nicht widerlegen. Das würden die Herren der preussischen Heeresverwaltung schon besorgen, und bei ihnen sei es auch in viel besseren Händen als bei ihm selbst. Am nächsten Tage ergriff Herr von Einem das Wort und bewies wieder einmal, wald ein Lumen das jegliche Haupt der preussischen Militärverwaltung ist. Die herrlichste Blüte dieser rednerischen Leistung war die Art und Weise, in der der Kriegsminister die Geheimhaltung der Qualifikationen der Offiziere zu rechtfertigen suchte. Zuerst meinte er, das bisherige geheime Verfahren bringe die Gefahr, daß ungerechte Beurteilungen vorkommen, nicht mit sich, denn die Qualifizierenden seien „ehrliche, anständige und nach ihrem ganzen Charakter gefestigte Menschen“. (Stenographischer Bericht S. 7536.) Einige Minuten später aber traute er diesen ehrlichen, anständigen und nach ihrem ganzen Charakter gefestigten Menschen eine Handlungsweise zu, die man weder offen noch ehelich nennen kann. Er meinte nämlich, daß, wenn den Qualifizierten ihre Qualifikationen mitgeteilt würden, sich eine Situation ergäbe, die er wörtlich wie folgt beschrieb:

„Die Folge derartigen Qualifikationsberichte würde einfach die sein, daß neben den öffentlichen Qualifikationsberichten noch andere herliesen. Das würde die Folge sein, meine Herren! Der betreffende höhere Vorgesetzte würde sich den Oberst herannahen und einfach sagen: „Ja, Sie haben ihn ja sehr schön qualifiziert, aber wie ist er denn eigentlich?“ (Stenograph. Bericht Seite 7537.)

So sehen also im Königreich Preußen nach der Anschauung des Herrn Kriegsministers von Einem genant Rotmalter die Offiziere vom Regimentskommandeur auswärts aus! Führt ein Regimentskommandeur die Pflicht, einen ihm untergebenen Offizier ungünstig zu qualifizieren, so hätte er, wenn die Qualifikationen öffentlich wären, nach Herrn von Einem wahrscheinlich nicht die Courage, dem betreffenden Untergebenen ehrlich ins Gesicht zu sagen: „Ich habe an Ihnen das und das beobachtet und bin daher gezwungen, Ihnen das und das in die Qualifikation zu schreiben“, sondern er würde — wieder nach Herrn von Einem — dem Offizier eine vorzügliche Qualifikation ausstellen, ste ihm vorlesen und dann neben dieser

brillanten Qualifikation eine geheime abgeben, in der der Offizier getadelt würde. Und Regimentskommandeure, denen er solche ein solches Verfahren zutraut, nannte der preussische Kriegsminister einige Minuten vorher „ehrliche (wohlgemerkt ehrliche!), anständige und nach ihrem ganzen Charakter gefestigte Menschen“.

Aber es kommt noch netter! Nach der Anschauung des Herrn von Einem würden die Vorgesetzten der Regimentskommandeure in dieses hinterhältige Verfahren nicht mit einem Donnerwetter dreinfahren, sobald sie davon Kenntnis erhalten. Nein: sie würden ihn mit Gott für König und Vaterland dulden und ihn sogar mitmachen. Da sie — immer nach Herrn von Einem — genau wüßten, daß die Regimentskommandeure imstande sind, mit voller Ueberlegung falsche Qualifikationen auszustellen und zu unterschreiben, würden sie die Herren fragen, wie die Qualifizierten wirklich sind.

Einen solchen moralischen Saustall hält der dormalige kgl. preussische Kriegsminister unter den höheren und höchsten preussischen Offizieren nicht nur für möglich, sondern wie aus seiner Rede hervorgeht, sogar für unausbleiblich! Und zwar ist ihm diese reizende Schilderung nicht in der Hitze des Gefechts herausgerutscht. Er hatte vielmehr 24 Stunden Zeit zur Vorbereitung auf seine Rede. Nach dieser Glanzleistung der jetzigen preussischen Kriegserzellenz muß man den preussischen Offizieren zu dem ausgezeichneten Advokaten, den sie in ihrem Minister besitzen, wirklich gratulieren.

Wenn übrigens jetzt so gewissenhaft qualifiziert wird, wie ist es dann möglich gewesen, daß der bekante Rittmeister v. Krosigk an der Spitze einer Eskadron blieb? Und wie ist es dann zu erklären, daß Prinzen in einem Alter, in dem andere Offiziere erst Kompagnieführer sind, schon Divisionen und Armeekorps kommandieren? Hier sind doch nur zwei Möglichkeiten denkbar: entweder ist das höhere militärische Handwerk nicht so schwierig; dann können aber die Massenpensionierungen in den mittleren und höheren Chargen nur durch ungerechte Qualifikationen inszeniert werden. Oder es ist schwierig; dann aber wäre es bei einem nur auf Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit basierenden Qualifikationssystem ausgeschlossen, daß Prinzen mit 35 Jahren an der Spitze von Armeekorps stehen.

Gänzlich unbekannt ist Herrn von Einem die Beborzugung des Adels in der Armee. Man darf ihm mit statistischen Zahlen kommen, man darf ihm zahlenmäßig nachweisen, daß der Prozentsatz des Geburtsadels in den einzelnen Offizierschargen um so größer wird, je höher die Charge ist. Nach nichts, die Kriegserzellenz weiß von nichts, ja sie fordert den, der die Zahlen zitiert hat, entrüstet auf, seine Behauptung, daß der Adel in der Armee privilegiert werde, schleunigst zurückzunehmen. Ein zweifellos sehr einfaches Verfahren! Es ist halt einmal

so, daß der Adel von Natur aus viel gescheiter ist als Menschen bürgerlicher Herkunft. Für die Richtigkeit dieses Satzes stellt Herr v. Einem selbst ein weithin leuchtendes Beispiel.

Der Kriegsminister hat bei der oben erwähnten Gelegenheit dem preussischen Adel einen Vorbeerfranz gemunden. Erstens läßt der preussische Adel sich für die Leistungen seiner Vorfahren heute noch glänzend honorieren. Zweitens sind die berühmtesten und bekanntesten preussischen Militärs überhaupt nicht dem preussischen Adel entsprossen. Derfflinger, dessen Herkunft nicht vollkommen feststeht, war auf jeden Fall kein preussischer Junker, Blücher war ein Westfälischer, Gneisenau ein Sachse, Scharnhorst ein Hannoveraner, Yorks Abstammung ist ebenso wie jene Derfflingers nicht sicher. Darüber, daß er kein preussischer Junker war, kann freilich kein Zweifel sein. Möchte war ein Westfälischer. Ja selbst Herr v. Einem, derzeit General und kgl. preussische Kriegserzellenz, hat nicht die Ehre zu den preussischen Junkern zu gehören. Sein amerstammter oder — wie Heine sagt — angestammelter König ist bekantlich der letzte König von Hannover gewesen. Unseres Wissens ist sein Vater für diesen König bei Vangensalza sogar gefallen, nicht ahnend, daß sein Sohn 40 Jahre später das preussische Schwert, das ihm selbst das Leben gekostet hat, schleifen werde.

Von jener sattam bekanten Ueberhebung, die preussische Offiziere manchmal zur Schau tragen, zeugten die Ausführungen, die Herr v. Einem der Forderung des Abgeordneten Häusler, daß die aktive Dienstzeit der Kavallerie auf zwei Jahre reduziert werde, entgegensetzte. Die Erfahrung lehrt der kürzeren Präsenzzeit skeptisch, bis auf sie niemand mehr hört. Das ist der gewöhnliche Lauf der Dinge.

Hätte der Abgeordnete Häusler die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit der Kavallerie auf acht Wochen verlangt, so würde die Erwiderung des Kriegsministers berechtigt gewesen sein. Aber Herr Häusler tritt für eine zweijährige Präsenzzeit ein. Da Herr v. Einem fragte, ob Herr Häusler selbstverständliche Dinge nicht wisse, so wollen wir ihn auch einiges fragen. Weiß er denn nicht, daß in den deutschen Manövern auch die Kavalleristen des ersten Jahrgangs, also junge Männer, die erst seit ein Monat auf dem Pferde sitzen, die gewagtesten Attaken und Patrouillenritte reiten? Oder wird im Manöver vor einer Attacke vielleicht befohlen: „Erster Jahrgang austreten“? Und werden in den Krieg nur die Kavalleristen, die im dritten Jahre dienen, mit-

genommen? Läßt etwa Herr v. Einem die Leute des ersten und zweiten Jahrgangs zu Hause? Diese Fragen mag der Kriegsminister sich selbst beantworten. Schwierig ist es ja nicht. Und wenn er die Antwort gefunden hat, mag er mit seinen Verstandeskräften darüber nachdenken, ob der Gedanke, die Präsenzzeit der Kavallerie auf zwei Jahre zu reduzieren, wirklich so blödsinnig ist, wie er ihn hinzustellen versuchte.

Reichstagschluß.

Der deutsche Reichstag ist heute verlegt worden, und mehr als je kann man von dieser Session sagen, es war: Viel Lärm um Nichts. Das Plenum erledigte neben einigen noch unbedeutenderen Dingen das Weingeseh, das Automobilhaftpflichtgesetz und als einzige für die Arbeiterklasse in Betracht kommende Reform das Jahreshundengesetz für die Arbeiterinnen. Im übrigen nahmen die Kommissionsberatungen mehr das politische Interesse in Anspruch als das Plenum. Nicht man die Bilanz der Tagung, so kann man nur sagen, daß das Spektakelstück des Blocktrahns, mit dem die Session abschloß, zugleich den Beweis lieferte, daß auch jene anderen Debatten vom November des vorigen Jahres ein leeres Spektakelstück gewesen sind, das ohne alle politischen Folgen bleiben wird. Als die Session begann, mag es noch Optimisten gegeben haben, die erwarteten, daß der deutsche Reichstag fähig werde, aus der schweren Niederlage des vorigen Jahres ein leeres Spektakelstück zu machen, das ohne alle politischen Folgen bleiben wird. Als die Session begann, mag es noch Optimisten gegeben haben, die erwarteten, daß der deutsche Reichstag fähig werde, aus der schweren Niederlage des vorigen Jahres ein leeres Spektakelstück zu machen, das ohne alle politischen Folgen bleiben wird.

Unter demselben Zeichen der Diktatur der Konservativen stand auch die übrige Politik. In der Finanzreform hatten die Liberalen von vornherein ihr Programm preisgegeben und ihre Zustimmung dazu erteilt, daß 1/4 der halben Milliarde neuer Steuern wieder auf die Schultern der Armen abgewälzt werde. Die Forderung, die aus ihren eigenen Reihen erhoben wurde, daß kein Pfennig neuer Steuern bewilligt werden dürfe, bevor nicht die konstitutionellen Garantien im Reich und die Wahlreform in Preußen gesichert sei, hatten die Wiener und Kapf als „Expresspolitik“ erschreckt abgewehrt, um sich nicht die gefährliche Ungnade der Konservativen zuzuziehen. Erst diese glänzende Taktik der Liberalen ermöglichte den Konservativen, ihren Kampf gegen die lächerliche Kappalle zu konzentrieren, die durch die Besteuerung der großen Erbschaften aufgebracht werden soll. Erst der Verrat des Freisinn an seinem eigenen Steuerprogramm hat den Kampf der Agrarier gegen die Nachlasssteuer und die Erhaltung der Liebesgabe ermöglicht. In der Finanzkommission wurde die Nachlasssteuer zu Fall gebracht und an ihre Stelle jenes verächtliche Verfallkompromiß gesetzt, das dann an dem Widerstand der Einzelregierungen scheiterte. Es war nur dieser Widerstand, der Wilow zwang, an der Erbschaftsteuer festzuhalten, und erst auf das Kommando Wilows hin wurden die Liberalen wieder mutig und benutzten die Annahme der Liebesgabe durch eine konservativ-liberale Majorität, um die Blockkomodie zu inszenieren. Tagelang beschimpften sich die Blockbrüder auf das schlimmste, indem sie einander die Wahrheit sagten, bis dann der Nachspruch Wilows Ruhe gebot. Während der Osterferien wird dann das Kompromiß fertiggemacht werden: die Nachlasssteuer wird beseitigt und eine Erbschaftsteuer an ihre Stelle treten, die so völlig die agrarischen Forderungen befriedigen wird, daß der größte Teil der Konservativen ruhig für sie stimmen können. Der Blocktrahns wird dann seine Funktion, die Kosten für die Politik der Volkseindwirtschaft aus den Taschen der arbeitenden Massen herauszuholen, rasch und gründlich erfüllen.

So ist die Blockmajorität in der vergangenen Session die Ausschüßler für eine Verfassungsreform auf ein Minimum reduziert, die Ausschüßler für das Seligen des Raubzuges der halben Milliarde außerordentlich verbessert, so hat sie in der auswärtigen Politik die gefährliche und verderbliche Richtung, die die deutsche Regierung mit ihrem Widerstande gegen jede Vereinbarung mit England verfolgt, vorbehaltlos gebilligt. Die Blockmajorität ist geboren aus der Enselfesselung aller nationalen Instanzen des deutschen Spießbürgers, und so lebt sie auch nur dadurch, daß sie diesen Instanzen immer auf neue schmachtet. Der friedliche Abbruch der Balkanfrage hat diese Politik ja vor den schlimmsten Folgen für den Moment bewahrt, aber die Erregung gegen Deutschland, die in Rußland, Frankreich und ganz besonders in England gerade jetzt auf neue losgebrochen ist, beweist, daß diese Politik, weit entfernt eine Würstchen des Friedens zu sein, eine fährliche Gefahr für das deutsche Volk bedeutet.

Reichsversicherungsordnung.

Gestern ist dem Bundesrat der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung zugegangen. Auch uns ist der Entwurf gestern abend übermitteln. Er enthält 1703 Paragraphen, die in 8 Bücher geteilt sind. Bei dem großen Umfang des Gesetzesentwurfs ist es uns in der kurzen und zu gebote stehenden Zeit nur möglich, auf einzelne Bestimmungen einzugehen.

Der Entwurf nimmt von dem Plane einer

Verknüpfung

der gesamten Arbeiterversicherungsgesetzgebung Abstand. Er sucht nur eine Annäherung der verschiedenen Versicherungszweige durch Gleichartigkeit des Instanzenzuges herbeizuführen. Als unterste Instanz soll das Versicherungsamt gelten. Dieser lokale Unterbau soll für die Krankenversicherung die Aufsichtsinstanz, für die Unfall- und die Invaliden- und die Hinterbliebenenversicherung den gemeinsamen Unterbau abgeben. Als obere Instanz (auch an Stelle der bisherigen Schiedsgerichte) soll ein Oberversicherungsamt, als höchste Instanz das Reichsversicherungsamt (beziehentlich das Landesversicherungsamt) fungieren. Dem Versicherungsamt und dem Oberversicherungsamt soll ein beamteter Vorsitzender vorstehen; diese beiden Instanzen sollen entweder vor-

handenen Behörden angegliedert oder als besondere Behörden errichtet werden. Weiden Instanzen sollen paritätisch Arbeitgeber und Versicherte angehören.

Die Bähbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Versicherungsträger der Krankenversicherung zugelassen ist, ist endlich infolge des starken Vordringens der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung auf alle Versicherungsträger erweitert worden.

Die Einzelheiten über die Organisation enthält das 108 Paragraphen umfassende erste Buch, das zweite regelt die Krankenversicherung. Der Unfallversicherung ist das dritte Buch gewidmet. Das vierte Buch befaßt sich mit der Invalidenversicherung und der neu einzuführenden Hinterbliebenenversicherung. Das fünfte Buch regelt die Beziehungen der Versicherungsträger zu einander und zu anderen Verpflichteten, das sechste Buch das Verfahren.

Die

Krankenversicherung

(§ 107 bis 681) bringt zunächst eine Ausdehnung des Kreises der versicherten Personen. Die reichsgerichtliche Krankenversicherung wird auf die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, sowie auf die Dienstmoten, ferner auf Personen, die als Wäheren- oder Druckermitglieder beschäftigt werden (jedoch nur, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsdienst 2000 M. nicht übersteigt) und auf Hausgewerbetreibende ausgedehnt.

Die Wöchnerinnenunterstützung wird auf die Dauer von im ganzen acht Wochen, von denen mindestens sechs Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft fallen, gewährt.

Der Zersplitterung der Krankenkassenorganisationen wird leider nicht durch den Aufbau einer Einheits-Krankenkasse entgegengetreten. Es werden nur schwache Anläufe zu einer Vereinigung der verschiedenen Arten der Krankenversicherung gemacht. Die Gemeindekrankenversicherung soll nun endlich völlig und ausnahmslos beseitigt werden, so daß die Krankenversicherung sich für die Folge durchweg in organisierten Klassen vollziehen würde. Die Baukrankenversicherung werden den Betriebskrankenklassen eingereiht. Betriebskrankenklassen sollen in der Regel nicht mehr bei einer Zahl von 50, sondern bei einer solchen von 100, in Ausnahmefällen von 250 Arbeitern zugelassen werden. Die Innungskrankenkassen und die Knappschaftsklassen sollen trotz der lebhaften Gründe, die gegen das Weiterbestehen dieser Organisation sprechen, unberührt bestehen bleiben; die Knappschaftsklassen als landbedingte Klassen. Neu geschaffen werden Landkrankenklassen. Deren Mitglieder sollen werden: Die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, die Dienstmoten, die im Wandergewerbe beschäftigten Personen und die Hausgewerbetreibenden sowie die in ihren Betrieben beschäftigten Personen. Die Zentralisierung von Ortskrankenklassen wird etwas erleichtert.

Auch scharfste wird in die innere Verwaltung der Ortskrankenklassen eingegriffen. Während die Betriebskrankenklassen, die Innungskrankenkassen und die Knappschaftskrankenkassen mit allen ihren Mängeln bestehen bleiben sollen, wird eine ganz erhebliche Verringerung der Selbstverwaltung der Ortskrankenklassen geplant. Es soll fünfzigsten der Beitrag der Arbeitgeber und der Versicherten der gleiche sein, aber auch im Vorstand Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl zusammenwirken. Der Vorsitzende der Ortskrankenklassen soll durch übereinstimmende Wahl beider Teile gewählt werden. Wenn und auf solange als sich die Gruppen der Arbeitgeber und der Arbeiter über die Person des Vorsitzenden nicht einigen, soll der Vorsitzende durch den Kommunalverband bestellt werden können. Die Wahlverfahren soll für alle Angelegenheiten der Krankenkassen obligatorisch eingeführt werden.

Für die Beziehungen der Ortskrankenklassen zu ihren Beamten und Angestellten sowie deren Rechtsverhältnisse ist der Erlass von Dienstordnungen vorgeschrieben, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen. Die Genehmigung soll nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes verweigert werden. Für die Angestellten der Betriebs- und Innungskrankenkassen ist eine gleiche Vorschrift nicht vorgesehen.

Für die Beziehungen zwischen Ärzten, Apothekern und Klassen sind zwei besondere paritätisch zusammengesetzte Schiedsinstanzen vorgesehen. Ein bestimmtes Arztsystem schlägt der Entwurf nicht vor. Er sieht auch von der Einführung einer Pflicht der Ärzte zur Gewährung ärztlicher Hilfe ab. Für den Fall, daß die Ärzte entgegen dem Spruch der Schiedskammer die Behandlung der Klassenmitglieder nicht aufnehmen sollten, wird der Klasse, der ja die Pflicht zur Beschaffung ärztlicher Hilfe im Gesetz auferlegt ist, nur der Ausweg gegeben, daß sie ihren Mitgliedern statt der Gewährung ärztlicher Hilfe einen angemessenen Barbetrag zur Selbstbeschaffung der erforderlichen Behandlung zahlen kann.

Aus dem die

Unfallversicherung

umfassenden dritten Buch (682—1283) sei folgendes hervorzuheben: Die Versicherungspflicht von Handelsbetrieben ist durch folgende Ziffer 10 des § 682 neu geregelt: Betriebe, die der Behandlung und Handhabung der Waren oder der Beförderung von Personen oder Gütern dienen, unterliegen der Versicherungspflicht, falls sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, das über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgeht, sowie unter gleicher Voraussetzung Holzfallungsbetriebe. Hierdurch sind nicht nur die eigentlichen Lagerungsarbeiten wie bisher, sondern auch ähnliche Arbeiten in kaufmännischen Unternehmen der Versicherung unterstellt und auch eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gegeben. Eine beachtenswerte Ausdehnung der Versicherungspflicht enthält der Entwurf auch nach der Richtung, daß das Halten von Reitern und von solchen Fahrzeugen, die durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, der Unfallversicherung unterstellt ist. Dadurch fällt das Fahr- und Staltpersonal künftig unter die Bestimmungen des Unfallgesetzes. Eine auffallende Verschärfung enthält die neue Vorschrift, daß Renten bis 20 Proz. zeitlich beschränkt werden können. Den Berufsgenossenschaften ist in ihrem unbedingten Kampf gegen den heutigen § 84 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes durch Bestimmungen in § 815 und folgenden über die Bildung eines Reservefonds weit entgegengekommen und ein erheblicher finanzieller Vorteil gewährt.

Die schmalen Renten sind weder bei der Unfall- noch bei der Invalidenrente erhöht. Aus dem Abschnitt über

Invalidenversicherung

sei erwähnt, daß der Entwurf eine freiwillige Zusatzversicherung zuläßt. Von der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 Jahren für den Bezug der Altersrente ist Abstand genommen.

Die

Hinterbliebenenversicherung

soll bekanntlich nach dem Postengesetz zum 1. Januar 1910 in Kraft treten. Wie von sozialdemokratischer Seite, entgegen den Behauptungen des Rentenkreises, seinerzeit vorausgesetzt wurde, reichen die Einbehalten aus den Getreide- und Viehkössen bei weitem nicht für eine noch so schmale Rente aus. Die Hinterbliebenenversicherung soll deshalb im wesentlichen auf Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber gestellt werden. Die Hinterbliebenenversicherung soll für die eintreten, die auf Grund der Versicherungsfrist der Selbstversicherung oder der Weiterversicherung der Invalidenversicherungspflicht unterstellt sind. Die Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten sollen gegenüber den bisherigen Beitragsmarken um durchschnittlich ein Viertel erhöht werden. Sind bislang in Lohnklasse I—V 14, 20, 24, 30 und 36 Pfennige zu zahlen, so soll künftig auf 20, 24, 30, 36 und 48 Pfennige der Beitrag erhöht werden. Die Rente der Invalidenwitwe soll drei Zehntel, die Waisenrente bei Vorhandensein einer Witwe drei Pfennige der Invalidenrente des verstorbenen Mannes betragen. Hierzu tritt der Reichszuschuß mit je 50 M. zu

jeder Witwen- und je 25 M. zu jeder Waisenrente. Wenn ein Arbeiter aus Lohnklasse IV volle 30 Jahre lang bei einem Einkommen von 1000 M. wöchentlich 38 Pf. zahlt, so würde seine unvalide Witwe ganze — 122,40 M., sein Kind 61,20 M., beide zusammen 183,60 M. jährlich an Rente oder 50 Pf. nützlich erhalten!

Auf die Einzelheiten des umfangreichen Entwurfs, der in Gehmanns Verlag, Rauerstr. 44, erhältlich ist, wird noch näher einzugehen sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. April 1909.

Vertagung für die Osterferien.

Aus dem Reichstag. (2. April.) Nur kurze Zeit noch verbandte der Reichstag heute auf die Abwicklung der restierenden Budgetgeschäfte, aber doch waren dazu zwei Sitzungen nötig.

Der Militärstat und der Marineetat wurden ohne wesentliche Debatte erledigt. Nur beim Kolonialamt gab es eine Debatte über Samoa. Der Abg. Erzberger hatte Informationen erhalten, daß die Verhältnisse in Samoa weit beunruhigender seien, als amtlich bisher zugegeben wurde. Er fragte an, ob sich dort etwa ein Aufstand vorbereite. Der Staatssekretär Dernburg gab Auskunft, daß es sich nicht um einen Aufstand gegen die Regierung oder die Weißen handele, sondern um Frictionsfragen zwischen den Eingeborenenstämmen selbst. Trotz dieser Auskunft versuchten die Abgeordneten Arendt (freikons.) und Arning (natlib.) sich in Scharfmachereien gegen die Eingeborenen. Würde es nach diesen Leuten gehen, so würde uns zweifellos auch in Samoa ein Gut und Blut vertilgender Eingeborenenkrieg beschert werden.

Nach Erledigung der Einzelstats wurde in der Schlußabstimmung das Gesamtbudget gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bei der Abstimmung über die Resolutionen wurde dann der Abbruch der Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit erforderlich. Es handelte sich um die Resolution des Zentrums, in der eine Aenderung des Pressegesetzes verlangt wird, um die Verknüpfung eines Zeitungsabonnements mit einer Versicherung zu verbieten. Beim Hammelsprung stellte sich die Beschlußunfähigkeit heraus. Der Präsident beräumte nunmehr eine zweite Sitzung eine halbe Stunde später an.

In dieser Mittagsitzung wurde die fragliche Resolution mit großer Mehrheit (Zentrum, Konservative, Sozialdemokraten und ein Liberaler) angenommen.

Dann wurden noch die anderen Resolutionen und Petitionen erledigt. Um 1 Uhr war Schluß.

Landtagsferien.

In Gegenwart von zuletzt noch neun Abgeordneten wurde am Freitag die erste Lesung der Sekundärbahnvorlage beendet und der Entwurf einer Kommission überwiesen. Sogar der Präsident v. Stöcker und der erste Vizepräsident Dr. Porck hielten es nicht aus: sie überließen die Leitung dieser grossen Sitzung dem zweiten Vizepräsidenten Dr. Krause, der sich denn auch geduldig in sein Schicksal fügte und — ein bedauerndwertes Opfer seines Berufes — stundenlang auf dem Präsidentenstuhl saß.

Nach den anstrengenden Sitzungen der letzten Wochen haben die Vertreter des preussischen Volkes fast drei Wochen Zeit zur Erholung. Dann allerdings heißt es, mit Wolldampf arbeiten, damit der Etat endlich fertig wird. Abgesehen von kleineren Etats muß noch der Kultusetat in zweiter Lesung beraten werden. Verdrückt man, daß auch die dritte Lesung noch einige Zeit in Anspruch nimmt und daß dann erst noch das Herrenhaus die Beschluß der zweiten Kammer sanktionieren muß, dann wird man einsehen, daß die definitive Verabschiedung des Etats erst kurz vor Pfingsten erfolgen kann.

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach Ostern, am 21. April, steht die Beratung der Denkschrift über das Ansiedelungsgesetz.

Die geplante industrielle Liebesgabe.

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ berichteten wir über eine geplante „Liebesgabe an die Industrie“. Einige liberale Blätter halten unsere Meldung für unrichtig und meinen, der Gewährsmann des „Vorwärts“ müsse sich verhört haben. Sie mögen sich beruhigen, denn wir haben selbst die amtlichen Belege dafür eingesehen. Leider hat sich nur beim Druck ein dummer Fehler eingeschlichen: Der in eine Reichsschuld umgewandelte Betrag von 165 Millionen Mark soll natürlich nicht mit 5 1/2, sondern nur mit 3 1/2 Prozent verzinst werden.

Schwankende „Grundzüge“.

Die Deutsche Reichspartei vollzieht in ihrer Stellung zur Nachlasssteuerfrage eine niedliche Schwankung — wahrscheinlich unter dem Druck der ostelbischen Junker und ihrer Interessenorganisation, des Bundes der Landwirte. In der Reichstagsdebatte vom 30. März hat der Fürst Hafffeld die grundsätzliche Zustimmung der Mehrheit seiner Partei zur Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf direkte Nachkommen und kinderlose Ehegatten erklärt. Jetzt schränkt die parteiorganisatorische „Prekonferenz“ diese Erklärung durch einen eigenartigen Kommentar wesentlich ein.

„Fürst Hafffeld“ schreibt sie, hat mit Recht Garantien verlangt dafür, daß die Steuererhöhung in Zukunft nicht ins Ungemeine gesteigert werden. Es ist dies eine Forderung, die im Interesse des Grundbesitzes gestellt werden muß, weil für diesen ohnehin die Steuer eine höhere Belastung darstellt als für das mobile Kapital. Für den Grundbesitz werden sichere Garantien geschaffen werden müssen. Hier ist zunächst darauf Bedacht zu nehmen, daß die der preussischen Erbschaftsteuer nicht unterworfenen Objekte außer Ansatz bleiben. Vor allem aber ist der Grundbesitz nach dem durchschnittlichen Ertragswert einzuschätzen, zugleich dabei auch die Anerkennung einer durch die öffentlichen Kreditinstitute — in Preußen die Landbanken — aufgestellten Lage zur Bedingung zu machen. Es wird ferner ein angemessenes Arbeitseinkommen des Wirtschafters, namentlich bei kleineren Betrieben, vor der Kapitalisierung des Reinertrages von diesem in Abzug gebracht werden müssen.“

Dem Druck der Großgrundbesitzer haben also die ohnehin recht schlecht fundamentierten „Grundzüge“ der Reichspartei nicht standgehalten. —

Eine merkwürdige Wahl.

Unser Kölner Parteigänger, die „Rheinische Zeitung“, schreibt:

Im Reichstagswahlkreise Aachen-Rochem-Zell erhielten bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1907 das Zentrum 17 168, die Deutsche Vereinigung 8018, die Sozialdemokratie 59 Stimmen. Bei der Erbaywahl am Dienstag dieser Woche wurde zwar der offizielle Zentrumskandidat Weingutsbesitzer Panitz, glatt gewählt, jedoch nur mit 13 193 Stimmen, so daß die Zentrumstimmen um fast 4000 hinter denen von 1907 zurückblieben. Ein „wilder“ Zentrumskandidat, Oberlehrer Wähler,

erhielt 453 Stimmen. Große Ueberraschung bereitete es, daß diesmal 183 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, die sich auf den Genossen Dr. David Mainz vereinigen. Dieses Ergebnis für die Sozialdemokratie ist um so merkwürdiger, als sich die Partei offiziell gar nicht an der Wahl beteiligte. Die äußerst geringe Stimmzahl der Wahl von 1907 und der Mangel jeglicher Organisation ließen unsere Partei schon aus Sparmaßregeln von einer Wahlbeteiligung absehen. Die Kandidatur David ist also ohne Vorwissen der Parteileitung aufgestellt worden und zwar benehmlich von Winzern, die durch einen sozialdemokratischen Stimmzettel dem Zentrum ihre Mitfrauen belanden, gegen die Mängel des neuen Weingeleges und die vorgeschlagene Weinsteuer protestieren wollten. Natürlich sind in dieser Zahl auch jene Wähler einbezogen, die auch zu anderen Zeiten sozialdemokratisch stimmten, doch ist darum die sozialdemokratische Stimmzahl nicht weniger verblüffend. Sie zeigt von einer tiefgehenden und zweifellos weitverbreiteten Verbitterung, die zum Ausgangspunkt wirksamer politischer Aufklärungsarbeit gemacht werden könnte.

Die bergheerlichen Ministerstürzer.

Der Artikel „Ministerstürzer an der Arbeit“, in dem vor einigen Tagen die „Bergarbeiter-Ztg.“ über eine Geheimversammlung der Bergheerlichen im Berliner Palasthotel berichtete, hat die Kohlenmagnaten und ihre Geschäftsführer sehr verärgert. Sie haben deshalb die von ihnen alimentierte Presse angewiesen, ihre Unternehmerrrechte nachdrücklich zu wahren. Mit ganz besonderem Eifer unterziehen sich dieser hehren Aufgabe die „Berl. Neueste Nachrichten“ und die „Post“. Die Wichtigkeit der Mitteilung vermögen sie jedoch nicht zu bestreiten; so bleibt ihnen nichts anderes übrig als sich nach bekanntem Schema über die „unanständige Gepflogenheit“, vertrauliche Verhandlungen der politischen Gegner an die Öffentlichkeit zu bringen, stützig zu entrüsten, die angelegte Verdienste der Kohlenbarone um die Hebung der deutschen Industrie zu preisen und über die Notwendigkeit des sogenannten Hausrechts zu philosophieren. Nur Herr Uthemann, meint die ehrsame „Post“, hätte vielleicht etwas unvorsichtig geredet:

„Wenn nun Herr Uthemann wirklich von einer möglichen Beseitigung des Ministers Delbrück, der Arm in Arm mit den Sozialdemokraten ein Gesetz fabrizierte, gesprochen haben sollte — so wäre dies allerdings zu bedauern. Aber wir sind doch der Ansicht, daß die Industrie im Interesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung und nicht zuletzt zum Heile des Vaterlandes nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht hat, Stellung zu nehmen gegen einen Minister, von dem man überzeugt ist, daß er durch einseitiges Vorgehen unheilbare Zustände schafft.“

Zatwärtlich wird also bestätigt, daß die Mitteilungen der „Bergarbeiter-Ztg.“ richtig sind — und das ist die Hauptsache.

Die unrichtige preussische Polizei.

Der deutsche Staatsbürger wird von fürsorgender Polizeiaufsicht auf Schritt und Tritt begleitet. Seine Personalien ruhen in den Archiven der Polizei und niemals wird er sie los, wohn er sich auch wenden mag. Und ginge er von Konstanz nach Hadersleben, überall hin folgt ihm das wachsame Auge des Gesetzes und sein Bündel Personalien. Überall ist durch An- und Abmeldebücher dafür gesorgt, daß er sich der Polizei seines Wohnorts nicht verberge und ein Rückfragebogen verhindert, daß er etwa einer hohen Behörde ein X für ein U über seine persönlichen Verhältnisse vormache.

Wie gut organisiert dieser polizeiliche Uebervachungsdiens ist, dafür zeugt der Umstand, daß eine badische Polizeibehörde das folgende gedruckte Formular verwendet, sobald sich ein deutscher Bürger in ihrem Machtbereich niederläßt.

Zum Aufenthalt in . . . meldet sich am . . . mit (ohne) Familie hier für . . . Strafe Nr. . . . an:

Name und Vorname	Beruf	Geburts-			Geburtsort und Bezirk
		Tag	Monat	Jahr	

Bisheriger Wohnort

Falls vorstehende Angaben in wesentlichen Punkten für unrichtig erachtet werden sollten, wird um baldgefällige Nachricht ersucht.

So versichert sich die badische Polizei darüber, ob sich die zuziehenden deutschen Reichsbürger ihr richtig melden. Und man sollte meinen, weiter als es in diesem badischen Formular geschieht, lasse sich die polizeiliche Vorsicht nicht treiben.

Aber wer das glaubt, der hat keine Ahnung von der Unfähigkeit preussischer Polizei. Die begnügt sich nämlich nicht mit der bloßen Kenntnis des Berufs, Alters und Geburtsorts des neuen Einwohners, womit die badische Polizei zufrieden ist, sie will viel mehr wissen. Sie will dem Zugezogenen gleich in Herz und Nieren sehen, will wissen, ob er ein ruhiger Bürger ist, „über den bislang nichts Nachteiliges bekannt geworden ist“, oder ob er schon mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist, sie möchte wissen, welchen „Ruf“ er in seinem früheren Wohnort nach den Feststellungen der Polizei genoss und wie er sich „geführt“ hat, und vor allen Dingen möchte sie wissen, ob er zu den „gutgesinnten“ Bürgern oder zu den „Nörglern“ und „Umsürzern“ gehört. Und deshalb hat sie das Formular, das die badische Polizei benutzt, entsprechend erweitert. Ein solcher Rückfragebogen aus preussischen Landen sieht also aus:

Zu dauerndem Aufenthalt meldest du . . . ohne Familie hier für . . . an:

Name und Vorname	Beruf	Geburts-			Geburtsort und Kreis
		Tag	Monat	Jahr	

Bisheriger Wohnort

Falls vorstehende Angaben in wesentlichen Punkten für unrichtig erachtet werden sollten, sowie Vorbestrafungen oder nachteilige Tatsachen über den Ruf und die Führung sowie das politische Verhalten usw. bekannt sein, wird um baldgefäll. Nachricht ersucht.

Hanau, Datum des Poststempels. Stempel. Städt. Polizei-Verwaltung. Der Oberbürgermeister.

Man sieht, die preussische Polizei ist gründlich, viel gründlicher als die badische Polizei! Sie sorgt dafür, daß in den Registern der Polizei die Schafe von den Böcken scharf geschieden werden, daß der Umsürzler das ihm gebührende rote Doppelkreuz im schwarzen Buche erhält! Das nennt man Ordnung!

Ob noch in einem anderen Staate als Preußen solche polizeiliche Konduitenlistenführung für das ganze Volk möglich

ist? Solche peinliche Buchführung über die politische Haltung des Bürgers? Schwerlich!

Der beleidigte Militarismus.

Dortmund, 2. April.

(Telegraphischer Bericht.)

Wegen des bekannten „Schinderhocke“-Artikels, den die hiesige „Arbeiterzeitung“ dem „Vorwärts“ entnommen hatte, wurde heute der Genosse Rottbohm zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Alle Weisungsanträge wurden abgelehnt; der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht sagte in der Begründung, er sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Artikel bewusste Beleidigungen enthalte. Er habe auch die Frage bejaht, daß alle Offiziere und Unteroffiziere, die sich bisher keine Mißhandlungen von Untergebenen haben zu schulden kommen lassen, durch den Artikel getroffen worden sind. Das Gericht hat formale Beleidigung aus § 185 des Strafgesetzbuches für festgestellt erachtet. § 193 konnte dem Angeklagten nicht zugebilligt werden, da er den Artikel nicht aufgenommen habe in seinem Interesse als Landwehrmann. Nach der Ueberzeugung des Gerichtshofes hätten vielmehr dem Angeklagten dabei nur politische Gesichtspunkte geleitet.

Der beleidigte Militarismus ist nun vierfach gerächt: in Berlin, Lübeck, Düsseldorf und Dortmund sind sozialdemokratische Redakteure wegen Beleidigung sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere der deutschen Armee verurteilt worden, weil sie den „Schinderhocke“-Artikel veröffentlichten. Alle Verurteilungen erfolgten auf Grund einer Andeutung, die das lebhafteste Kopfschütteln hervorgerufen muß. In der Berechtigung der bitteren Kritik, die in dem Artikel an den Zuständen im deutschen Heere geübt wurde, ändern die vier Verurteilungen nichts.

Die weimariische Wahlrechtsreform.

Am 1. April begannen im weimariischen Landtage die Verhandlungen über das Wahlrecht. Am ersten Tage wurde nicht einmal die allgemeine Beratung zu Ende geführt. Außer den Ewigenanträgen hat Genosse Baudert im Ausschuß 21 Abänderungsanträge gestellt. Präsident v. Notenhahn bezeichnete dies als eine bewährte, schlaue Taktik der Sozialdemokratie. Sie bezwecke damit, daß sie, wenn auch nur Schritt für Schritt, ihrem Ziele immer näher zu kommen suche. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß sie sich mit aller Entschiedenheit gegen Zusatzstimmen und eine weitere Beschränkung der passiven Wahl durch Festlegung des Wohnsitzes für den Abgeordneten wenden müsse. Gegen die Verlängerung der Wahlperioden, sowie gegen die Heraushebung des Wahlalters auf 25 Jahre wolle sie keine weiteren Einwendungen machen. Der Reform erklärte sich mit der Heraushebung des Wahlalters einverstanden, da könne doch die Sozialdemokratie nicht so viel Stimmenfang betreiben. Genosse Baudert sprach am ersten Verhandlungstage über eine Stunde. Er wendete sich scharf gegen die Vorlage und hielt den Liberalen ihre Wandlungsfähigkeit vor.

Weimar, 2. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In achter Abendstunde wurde vom Landtag der Wahlrechtskompromißantrag angenommen. Die Hauptbestimmungen dieses Kompromisses sind: sechsjährige Wahlperioden, Beginn der Wahlfähigkeit mit dem 25. Lebensjahr, Erhöhung der Abgeordnetenzahl um 5 durch Verulsorporationen zu wählende Abgeordnete, insgesamt also auf 88. Alle sozialdemokratischen Entwürfe wurden abgelehnt!

Das Elend im schleswig-holsteinischen Freisinn.

Zu den getreuesten Wodknappen gehören die schleswig-holsteinischen Freisinnigen, vertieten sie doch bei der Reichstagswahl 1907 zwei Wahlkreise, die eigentlich der Sozialdemokratie gehörten, an die Reaktion, während die Sozialdemokraten ihnen in drei Kreisen zum Siege verhalfen. Als die Wahlbewegung, die den Wodknappen vorausging, hohe Wellen schlug, gründete der geschäftsführende Ausschuß der freisinnigen Partei Schleswig-Holsteins das „Schleswig-Holsteinische Wochenblatt“, das sich liberales Organ für die Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck nannte. Das Blatt sollte das offizielle Organ der Partei, ein Bindemittel zwischen den Parteimitgliedern sein und der Propaganda für die Partei dienen. Das Blattchen erschien bisher wöchentlich einmal. Wie groß seine Abonnentenzahl gewesen ist, hat die Öffentlichkeit nie erfahren. Im übrigen machte das Blattchen die Wodknappen unentwegt mit, vergaß dabei aber auch nicht, der Sozialdemokratie etwas am Rande zu flüchten, wo es nur konnte. Aber mit der Wodknappheit ging es reichend bergab, damit wuchs die Desorganisations in den freisinnigen Parteien, auch der Schleswig-Holsteinische Freisinn ist davon nicht verschont geblieben. Die letzte Nummer des Wochenblattes veröffentlicht nun folgende originelle Erklärung des Verlegers:

An die Leser!

Der Redakteur schreibt nicht mehr!
Der geschäftsführende Ausschuß zählt nicht mehr!
Der Buchdrucker pumpt nicht mehr!
Deshalb kann das „Schleswig-Holsteinische Wochenblatt“ nicht mehr erscheinen.

Der Verleger bedauert dann noch in wenigen Sätzen das schmachvolle Ende des Blattes, dem er, einem Wünsche des geschäftsführenden Ausschusses folgend, seinen Namen geliehen habe. Sein Abschiedswort der Redaktion lautet den Lesern, weshalb das Blattchen einget. Sang- und Klanglos wird es zu Grabe getragen. Es geht bergab mit dem Freisinn, reichend bergab. Die Wodknappheit, die ihm Einstuß und Regierungsfähigkeit verleihe sollte, bringt ihm nicht nur nichts ein, sondern trägt obendrein Desorganisations in seine Reihen. Wir erinnern nur an die Flucht der freisinnigen Stadtverordneten aus dem Liberalen Verein in Kiel, als sie aufgefördert wurden, ihre liberalen Grundzüge zu betätigen. Jetzt hat auch das freisinnige offizielle Parteiblatt im Ende gefunden. Wie kräftig grün und blüht es dagegen in der Sozialdemokratie Schleswig-Holsteins. Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, das von der Sozialdemokratie gegründete Landarbeiterorgan, vermehrt die Zahl ihrer Bezahler von Monat zu Monat, sie zählt jetzt schon über 15 000 Bezahler.

Die Politik in der Fortbildungsschule.

Gefegentlich einer Debatte im weimariischen Landtage über das Verbot der Beteiligung der Fortbildungsschüler an den Turnstunden der Arbeiter-Turnvereine erklärte der Staatsminister, daß es das Bestreben der Regierung sei, die Fortbildungsschüler von den parteipolitischen Einflüssen fernzuhalten. Hierauf richtete Genosse Baudert die Anfrage an die Regierung, ob es ihr bekannt sei, daß in der Fortbildungsschule in Weimar durch die Lehrer der Volkstaler der Reichsverbandes verteilt worden sei. Ferner fragte er, ob die großherzogliche Regierung es in Zukunft dulden wolle, daß die Schulkunde zum Turnplatz politischer Kämpfe werde.

Jetzt hat der Herr Staatsminister — nach reichlich vier Wochen — die Antwort auf diese Anfrage gefunden. Sie lautet: „Daß kurz vor Weihnachten v. J. der von dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie herausgegebene Volkstaler an hiesige Fortbildungsschüler durch den Rektor verteilt worden ist, ist den Schulbehörden erst jetzt bekannt geworden.“

Grundsätzlich steht die Schulverwaltung auf dem Standpunkt, daß zwar alle parteipolitischen Bestrebungen

von der Schule fernzuhalten sind, daß es aber andererseits Pflicht der Schule ist, die Jugend zur Vaterlandsliebe und zur Achtung vor der bestehenden Staatsordnung zu erziehen, und allen entgegengekehrten Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Notwendigerweise müßte hiernach insbesondere auch gegen die Veruche, die sozialdemokratische Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ unter Fortbildungsschüler zu verbreiten, eingeschritten werden.“

Der weimariische Staatsminister hat es also vorgezogen, sich um die Kernfrage, ob die Schulkunde zum Turnplatz der politischen Kampfs gemacht werden soll, zu drücken. Daß die Verbreitung der „Arbeiter-Jugend“ in größerem Umfange an die Fortbildungsschüler geschehen wird, je mehr innerhalb der Schule selbst die politische Verhehung betrieben wird, daran kann auch der weimariische Staatsminister nichts ändern. Denn diese Verbreitung wird außerhalb der Schulkunde vor sich gehen, wenn ihre auch die Regierung mit größter Entschiedenheit entgegentritt. —

Hungernot in Deutsch-Ostafrika.

Die „Deutsch-Ostafrikanische Rundschau“ teilt folgendes mit: „Von der Hungernot am meisten heimgegriffen sind die östlichen Landschaften Kenia, Usere und Dolosa; auch in Ratschani, Keni und Kerua sind die Nahrungsmittel knapp, aber eine wirkliche Hungernot ist dort nicht eingetreten. Grund der Hungernot ist die schon seit zwei Jahren andauernde, trockene Witterung. Am östlichen Kilimandscharo wurden bisher nur Bananen angebaut. Die Banane hält bei mangelnder oder schlechter Feuchtigkeit zwar eine Zeitlang aus, dann aber verfaßt sie gründlich und erholt sich nur langsam. Die Eingeborenen haben selbst einen großen Teil ihres Viehes verkauft, und zum Teil zu Spottpreisen. Die Verteilung von Lebensmitteln hat bereits Anfang Februar begonnen.“

Ein Simplicissimusprozeß.

Stuttgart, 2. April.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In der Nummer 24 des „Simplicissimus“ vom 14. September 1908 erschien ein Bild mit der Ueberschrift: „Aus dem Rusterland Baden“. Der Text des Bildes lautete: „Die großherzoglich badische Vordellangelei, Alma Passaburg, ist in Anerkennung ihrer langjährigen Dienstzeit zur großherzoglich badischen Fiskalhure ernannt und ihr aus diesem Anlaß die goldene Verdienstschänke verliehen worden.“

Als Fußnote war angefügt, daß der badische Fiskus in Heidelberg ein kleines Vordellchen hatte.

Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Simplicissimus“, Hans Kaspar Gulbranson, wurde Klage erhoben wegen Beleidigung des großherzoglich badischen Staatsministeriums und dessen Mitglieder, der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen, insbesondere der Minister des großherzoglichen Hofes und der auswärtigen Angelegenheiten (dem die Staatsbahnen unterstellt sind).

Die Beweisaufnahme ergab, daß die Regierung bei der Erwerbung der zum Bahnhofsombau in Heidelberg nötigen Grundstücke auch drei öffentliche Häuser mitzuerwerben mußte. Ein Vordellbesitzer hat gegen die Erlaubnis, den Vordellbetrieb in dem staatlichen Hause noch 1½ Jahre fortsetzen zu dürfen, den Kaufpreis erheblich herabgesetzt. Der Skandal wurde durch eine Einlage des badischen Sittlichkeitsvereins an die Regierung und an den Landtag bekannt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 1000 M.

Der Verteidiger Konrad Hauptmann führte aus, daß erwiesen sei, daß der badische Staat bzw. die Regierung nicht allein den Vordellbetrieb in ihrem Hause gebildet, sondern daß sie sich für diese 1½jährige Duldung finanzielle Entschädigung hätte geben lassen. Der § 180 des Strafgesetzbuches bedrohe aber die Duldung aus Eigennutz mit Gefängnis nicht unter einem Monat, zugleich könne auch auf Geldstrafe bis zu 6000 M. und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt werden. Er plädierte auf Freisprechung, da die Strafanträge nicht formgerecht gestellt seien.

Das Urteil wird kommenden Dienstag verkündet.

Vom Balkan.

Abrüstung.

Belgrad, 2. Mai. Gestern wurden die eingerückten Reservisten entlassen.

Eine neue Residenz?

Belgrad, 2. April. Skupština. Der Vorsitzende Stokowitsch teilte mit, daß das Präsidium eine von 72 Abgeordneten unterzeichnete Petition betreffend Verlegung der Residenz von Belgrad nach dem Innern des Landes der Regierung überreicht habe. Es verlaute, als neue Residenz sei Riisch in Aussicht genommen.

Die Affäre Kolarowitsch.

Die öffentliche Meinung in Belgrad wird noch immer durch die mit dem Tode des Kammerdieners Kolarowitsch zusammenhängenden Fragen in Atem gehalten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kozlerowitsch ist in den Besitz zweier Schreiben gelangt, welche der Chef der königlichen Jöwilliste Witich unmittelbar nach dem Tode des Kammerdieners Kolarowitsch an dessen Frau geschrieben hat. Diese Briefe enthalten die Einladung zu einer dringenden Unterredung in der Wohnung eines Hofbeamten. Frau Kolarowitsch, die seitens des serbischen Hofes eine Entschädigung (man spricht von 120 000 Frank) erhalten hat, verlangt nun die Rückgabe dieser Briefe und hat angeführt der entschiedenen Weigerung des Abgeordneten Kozlerowitsch eine gerichtliche Klage wegen deren Herausgabe eingeleitet. Kozlerowitsch erklärt, er habe die beiden Briefe auf photographischem Wege vervielfältigen lassen, er werde sie der Skupština vorlegen und auch deren Publikation in der „Belgrader Arbeiter-Zeitung“ veranlassen. Kozlerowitsch will es unter allen Umständen auf diesen Prozeß ankommen lassen, weil er hofft, daß schließlich der Hochdruck der öffentlichen Meinung die Regierung zwingen werde, die gerichtliche Untersuchung über die Todesursache des Kammerdieners Kolarowitsch zu veranlassen.

Frankreich.

Die Pariser Gewerkschaften für die Arbeitsruhe.

Paris, 2. April. Der Syndikatsverband des Seinedepartementis hat einen Aufruf an alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte gerichtet, am 1. Mai einen 24 stündigen Generalstreik ins Werk zu setzen, da die Teilausstände sich als zwecklos erwiesen hätten. —

England.

Die Wahlniederlage der Arbeiterpartei.

London, 31. März. (Fig. Ver.) Die parlamentarische Nachwahl in Croydon hat mit einer empfindlichen Niederlage der sozialistischen Arbeiterkandidaten geendet. Seit 1906 hat die Partei dort etwa 3200 Stimmen verloren. Es haben sich mehrere Ursachen vereinigt, dieses Ergebnis herbeizubringen. Erstens: die fortgesetzte Kritik der Politik der Arbeiterpartei. Zweitens: der Wechsel des Kandidaten; im

Jahre 1906 war ein lokaler Arbeiterführer Kandidat, während jetzt ein fremder Genosse dort aufgestellt war. Drittens: die allgemeine Flottenpanik, die momentan alle anderen Fragen überschattet, und der sozialistische Arbeiterkandidat war selbstredend gegen Flottenrüstungen. Viertens: die wachsende Sympathie für die Tarifreform.

Man darf sich indes keinem Pessimismus hingeben. Innere Parteikrisen sind unvermeidlich und sie werden überwunden werden.

Im allgemeinen zeigt diese Wahl den weiteren Fortschritt der Schutz- und Bewegung und des Flottenwettstreitens, die aber immer zunehmenden deutsch-englischen Spannung zuzuschreiben sind.

Das Ruskin-College in Oxford.

London, 31. März. (Fig. Ber.) Wir berichteten neulich über den sozialistischen Einfluss, den die Arbeiterkurse (Ruskin-College) in Oxford auf die Univeritätskurse ausübt. Dieser Einfluss ist den herrschenden Klassen unangenehm und es werden deshalb Versuche gemacht, den Lehrplan zu ändern und einen der Hauptlehrer, der Soziologie vorträgt, zu entlassen. Die Arbeiterkurse haben deshalb beschlossen, die Vorlesungen zu boykottieren, bis die frühere Ordnung hergestellt und die weitere Amtierung des Soziologielehrers gesichert ist.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Aufmarsch der Scharfmacher!

Der Vorstand des Kartells der Arbeitgeberverbände in den Baugewerken Groß-Berlins hat an die Vorstände der angeschlossenen Arbeitgeberverbände anlässlich der Aussperrung der Bauklemperner ein Rundschreiben gerichtet, in welchem es u. a. heißt:

„Zum ersten Male hat nun unser Kartell seine Hauptaufgabe, die gegenseitige Unterstützung der Verbände bei gewerblichen Kämpfen, zu erfüllen. Sühnungsgemäß ist das Kartell verpflichtet, die Einführung der Akkordarbeit mit allen Kräften zu fördern, und darum haben die Klempernergeschäfte in diesem Kampf unsere vollste Unterstützung, zumal sich der mit unterzeichneten Vorstände des Kartells als Vertrauensmann der Arbeitgeber vor dem Einigungsamt von der Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Klempernermeister persönlich überzeugen konnte.“

Wir bitten die verehrlichen Vorstände der Kartellverbände dringend, ihre Arbeitsnachweise anzugeben, unter keinen Umständen entlassenen Klempernerarbeiten Arbeit zu vermitteln.

Auf Beschluss des Kartellvorstandes ersuchen wir ferner, den Mitgliedern ihres Verbandes Kenntnis zu geben von der Aussperrung im Klempernergewerbe und energisch darauf hinzuwirken, daß den im Kampf befindlichen Klempernermeistern jede Unterstützung zuteil wird. Ganz besonders aber bittet der Kartellvorstand, die Mitglieder zu ersuchen, sofort der

Zentrale der Klempernergewerke

von Berlin und seinen Vororten

W. 9, Potsdamer Straße 127/128. Telefon: Amt VI, 8641

dabon Mitteilung zu machen, wenn auf einem Bau trotz der Aussperrung gearbeitet wird, und zwar unter Angabe der Straße und Nummer des Baues, namen des Eigentümers, des Bauausführenden und des betreffenden Klempernermeisters. Es ist die bestimmte Erwartung auszudrücken, daß diesen Verlangungen überall unbedingt nachgekommen werden wird.

Jeder Kartellverband muß sich zur Ehre anrechnen, der Vereinigung Berliner Klemperner und Berufsvereine in ihrem Kampf zu helfen, wie und wo er nur irgend kann.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Heuer. Rettig. Brauns. Vetter. Schaar.

Ein im gleichen Sinne gehaltenes Rundschreiben hat auch der „Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“ aus Anlaß der Bauklemperneraussperrung an seine Mitglieder gerichtet. In dem Schreiben heißt es:

„Die Anerkennung der Zulässigkeit der Akkordarbeit ist eine Prinzipienfrage, die unter allen Umständen durchgesetzt werden muß. ... Was heute die Klemperner verweigern, können morgen Maurer oder Zimmerer ebenfalls verweigern. Daher ist die Sache der Klempernergeschäfte unsere eigene Sache. Die größte Unterstützung der im Kampf befindlichen Arbeitgeber ist Pflicht eines jeden Mitgliedes des Verbandes der Baugeschäfte.“

Wir erwarten mit Bestimmtheit von jedem unserer Mitglieder, daß die Klempernergeschäfte in keiner Weise zur Fortführung der Arbeiten gedrängt werden, daß ihnen jede Rücksicht gewährt wird und daß vor allen Dingen unter keinen Umständen während des Kampfes einem Klempernergeschäfte die Arbeiten entzogen werden, um sie einem solchen Arbeitgeber zu übertragen, der sich dem gemeinsamen Vorgehen der Mitglieder der Vereinigung Berliner Klemperner nicht angeschlossen hat. Im Gegenteil ist jedes Klempernergeschäfte, welches weiterarbeiten läßt, auf die Aussperrung aufmerksam zu machen und auf das Verwerfliche seiner Handlungsweise hinzuweisen. Auf Beschluss des Kartellvorstandes ergeht außerdem folgendes Ersuchen an unsere Mitglieder: Von jedem Bau, auf dem trotz der Aussperrung gearbeitet wird, sofort der Zentrale der Klemperner-Gewerke Mitteilung zu machen usw.“

Am Schluß heißt es:

„Alle unserm Kartell angehörenden Arbeitgeberverbände werden den Klempernermeistern die größtmögliche Unterstützung angedeihen lassen, allen aber voran hat unser Verband zu gehen, der die Ehre hat, im Kartell den Vorstoß zu führen.“

Der Aufmarsch der Scharfmacher kommt allerdings den Arbeitern in keiner Weise unerwartet. Sie haben damit von vornherein gerechnet. Unter diesen Umständen dürfte das Vorgehen der Herren Heuer und Konsorten nicht den von jener Seite gewünschten Erfolg haben.

Klagen bei der A. G. O.

Die Lagerarbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Adlerstraße, fühlen sich durch Maßnahmen der Direktion in ihrer Existenz schwer bedroht. In den letzten Tagen sind bei einzelnen Arbeitern Lohnabzüge vorgenommen worden und die Arbeiter befürchten, daß eine allgemeine Kürzung der Löhne stattfinden könnte. Die Arbeiter und Arbeiterinnen vom Lager 1, Lager 2, vom Zählerlager und vom Versandlager fanden sich am Donnerstagnachmittag zu einer Besprechung bei Raabe in der Kolberger Straße zusammen. Franke vom Deutschen Transportarbeiterverband referierte. Er erinnerte daran, daß den Hilfsarbeitern vor etwa einem Jahre eine Verbesserung ihres Verdienstes zugesichert worden ist. Um so schwerer sei es zu verstehen, daß man jetzt den geringen Verdienst noch verkleinern will, anstatt die erwartete Verbesserung eintreten zu lassen. Aus Lager 2 kommen die meisten Klagen. Berant. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

aber auch in Lager 1 sind schon Abzüge vorgekommen. Man sucht allerlei Vorwände, unter denen man eine Kürzung der Löhne vornehmen kann; man ändert die Wochenlöhne in Stundenlöhne um mit der Maßgabe, daß der höchste Stundenlohn nur 54 Pf. betragen soll. Man will den „Vorarbeiter“, oder vielmehr diesen Titel, abschaffen, um den Verdienst zu verringern. Manche Arbeiter haben schon 3 Mk. bis 3,40 Mk. pro Woche weniger zu erwarten, und andere fürchten, daß ihnen daselbe droht. Die Arbeiter meinen, daß ihr Verdienst schon sehr gering ist, und daß sie bei den jetzigen teuren Lebensverhältnissen in ihrer Existenz schwer bedroht werden, wenn ihr Verdienst noch mehr gekürzt werden soll. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen und der Arbeiterausschuß beauftragt, bei der Direktion vorstellig zu werden, um Lohnkürzungen nicht aufkommen zu lassen.

Achtung, Lagerarbeiter, Juristen und Hilfsarbeiter! In der Lederfabrik von Gebrüder Schlägel, Lichtenberg, Roderstr. 25, haben sämtliche dort beschäftigten Arbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng ferngehalten.

Verband der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ortsverein Berlin II.

Achtung, Bauanschläger!

Da die Arbeitgeber durch ihre beabsichtigte Preisreduzierung einen Konflikt herbeigeführt haben, so ist Berlin für Bauanschläger bis auf weiteres gesperrt. Zugang ist ferngehalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden im Abdruck ersucht.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Eine verunglückte gelbe Vereinsgründung.

Das Unternehmertum ist jetzt, während des wirtschaftlichen Niederganges, eifriger denn je bemüht, die Arbeiter durch Gründung gelber Vereine von der Organisation zurückzuhalten. Sogar im Handelsgewerbe, wo erst ein Bruchteil der in Frage kommenden Arbeiter organisiert ist, versucht man, durch Gründen gelber und reichstreuere Vereine der in Betracht kommenden Gewerkschaft, dem Deutschen Transportarbeiterverband das Wasser abzugraben.

Die der Verwaltung I des betreffenden Verbandes unterstellte Sektion der Apotheken-, Drogen-, usw. Branche ging daran, die in derselben tätigen Arbeiter mit den Bestrebungen der Organisation bekannt zu machen. Die Aufklärungsarbeit hat bereits Erfolge gezeitigt. Bei einer größeren Firma bestand Aussicht, einen Tarif abzuschließen. Jetzt hielt es die in Betracht kommende Arbeitgeberorganisation, der „Deutsche Apotheker-Verein“, augenscheinlich an der Zeit, einzugreifen, um die dem Geldbeutel drohende Gefahr abzuwenden. Man versuchte, die Arbeiter in den Apotheken usw. für die Gründung eines gelben Vereins einzufangen.

Der Besitzer der Umlandapothek, Herr Mehlert, und sein Oberprovisor, Herr Köper, drängten sich, jeder zu seinem Teil, darum, Vater dieses neuesten gelben Kindes zu werden. Der in der genannten Apotheke tätige Hausdiener, oder wie er sich stolz nennt „Laborant“ wurde vorgeschickt, um die nötige Anzahl Dumme zur Vereinsgründung einzufangen. Am Donnerstag, den 25. März, sollte das „Geburtsfest“, wie sich Herr Oberprovisor Köper ausdrückte, gefeiert werden. Aber es kam anders. Das Geburtsfest wurde sogleich auch die Totenfeier. „Laborant“ L. und Herr Oberprovisor Köper entwickelten ihr Programm und erzählten, daß der „Deutsche Apotheker-Verein“ bereit sei, den neuen Dienerverein nach jeder Richtung hin zu unterstützen, auch sollte jedem Mitgliede die „Deutsche Apotheker-Zeitung“ (das Unternehmertum) zugestellt werden, ferner Einrichtung eines Arbeitsnachweises usw. Jedoch wird verlangt, daß jedes Mitglied fest und treu zu Kaiser und Reich stehen solle. „Die Fahne schwarz-weiß-rot soll uns voran gehen in unserm Kampfe“, sagte Herr Köper. Die Ausführungen einiger Verbandskollegen brachten aber die in großer Zahl anwesenden Apothekenhäusdiener dazu, daß sie erklärten, sich nicht für die gelbe Vereinsgründung einzufangen zu lassen, sondern sich lieber dem Deutschen Transportarbeiterverband anzuschließen. Ein anwesender Kriminalbeamter wurde aus dem Saale gewiesen. Der Einberufer, „Laborant“ L., erklärte auf Verlangen, daß er von der Einladung der Polizei nichts wisse. Er wurde aber bei dieser Gelegenheit der Unwahrscheinlichkeit überführt, indem der provisorische zweite Vorstehende und der erste Kandidat erklärten, daß ihnen L. vor dem unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt habe, er habe Kriminalpolizei hinterstellt. Beide erklärten, mit solchem Namen nicht mehr länger etwas zu tun haben zu wollen und bewirkten ebenfalls ihre Aufnahme in den Deutschen Transportarbeiterverband. Hierauf gelangte folgender Antrag mit übergroßer Majorität zur Annahme: „Die Versammelten erklären sich nach den Ausführungen des Herrn Köper und Laborant L. bereit, dem Deutschen Transportarbeiterverband beizutreten.“

Während das Bureau alle Hände voll zu tun hatte, die Aufnahmen in den Transportarbeiterverband zu bewirken, zogen die gelben Herren wie betäubte Lohgerber von dannen.

Herr Georg Diebst ist ersucht und in bezug auf die gestrige Notiz: „Achtung, Töpfer“ um die Mitteilung, daß er an einem etwaigen Lohnausfall der Töpfer auf dem Bau Risiko! unbedingbar sei. Er habe dem Töpfermeister Artelt jeden Sonnabend genau nach seiner Aufstellung pünktlich den vereinbarten Lohn gezahlt und auch für die halbfertigen Stücke Abschlagszahlung geleistet. Er habe Artelt die besten Preise gezahlt, die dieser auch anderen Auftraggebern gemacht habe. Wenn die Töpfer daher geschädigt seien, so sei Herr Diebst dafür nicht verantwortlich. Er kenne die einschlägigen Verhältnisse zu wenig, da er nur Kaufmann sei und sonst keine Töpferarbeiten ausführen lasse. An dem Bau Risiko! hätte er ein rein privates Interesse.

Wir wollen Herrn Diebst die Aufnahme seiner Erklärung nicht verweigern, haben ihn aber im übrigen an die Verbandsleitung der Töpfer verwiesen, da wir Sperren nicht aufheben können.

Deutsches Reich.

Die Verschmelzung des Handschuhmacherverbandes

mit dem Verband der Lederarbeiter ist vorigen Sonntag in einer aus den Vertretern beider Organisationsleitungen bestehenden Konferenz einstimmig beschlossen worden. Nach vierzigjährigem Bestehen löst sich nun der Handschuhmacherverband am 1. Juli er. auf, seine Mitglieder treten geschlossen und unter Gewährung ihrer durch die Beitragsleistung erworbenen Rechte zum Lederarbeiterverband über. In den örtlichen Leitungen sowie in den Verbandsinstanzen, Zentralvorstand und Ausschuss, erhalten die Handschuhmacher eine ihrer Mitgliederzahl entsprechende Vertretung eingeräumt. Der Sitz des Verbandes, der den Sammelnamen „Zentralverband der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ weiterführt, bleibt in Berlin, wogegen der Ausschuss von Hamburg nach München verlegt wird, da nur dort eine Besetzung dieser Instanz durch alle Verufe möglich ist.

Die beiden Angestellten des Handschuhmacherverbandes siedeln in das Bureau der gemeinsamen Organisation über und werden dort entsprechend ihrer früheren Tätigkeit beschäftigt: der Vorsitzende Eillingner als Sekretär, während Wilke die Redaktion der „Lederarbeiter-Zeitung“, aus deren Untertitel die Zugehörigkeit der Handschuhmacher hervorgehen soll, übertragen erhält. Statt bisher dreimal monatlich erscheint die „Lederarbeiter-Zeitung“ vom 1. Juli an wöchentlich. Die neue Organisation beginnt ihre Wirksamkeit mit circa 11 000 Mitgliedern.

Fensterputzerstreik. In Magdeburg legten in mehreren Werkstätten die Fensterputzer am 1. April die Arbeit nieder, nachdem alle Versuche der Verbandsleitung, an Stelle des gekündigten Lohntarifs einen neuen Tarif abzuschließen, fehlschlagen waren.

In den Adler-Fahrradwerken, vorm. Meyer, zu Frankfurt am Main wählte die Arbeiterschaft zur Betriebskrankenkasse einen Stufenvorstand und einen Revisionsausschuß aus den Reihen der organisierten Arbeiter. Daraufhin hat die Firma alle Gewählten aus der Arbeit entlassen. Eine von vielen Tausenden besuchte Metallarbeiterversammlung protestierte gegen diesen Terrorismus und forderte die Gesetzgebung zur Aufhebung der Betriebskrankenkassen und Anschließung an die Ortskrankenkassen auf.

Ausland.

Die Unternehmer das gegebene Wort halten.

Aus Meru wird gemeldet, daß zehn Knopffabrikanten den Beschluß gefaßt haben, ihre Fabriken zu sperren mit der Begründung, daß sie die ihnen auferlegten Bedingungen „nur infolge der Drohungen der Ausständigen angenommen“ hätten. Sie würden erst dann die Fabrikation wieder aufnehmen, wenn die Preise ihnen gestattet, die verlangten höheren Löhne zu zahlen, oder wenn die Arbeiter sich mit geringeren Löhnen begnügen. Durch diese Beschlüsse sind 2000 Arbeiter beschäftigungslos geworden. — Den Unternehmern tun also die gemachten Zugeständnisse leid, deswegen „schließen sie die Betriebe“, d. h. sperren die Arbeiter aus. Welchen Erfolg dieser Trick bei dem Zusammenhalt der Knopfabriker haben wird, muß man der Zukunft überlassen.

Die Buchdrucker in Rom, welche, von einigen Provinzialstädten abgesehen, wo es vielleicht noch schlechter sein kann, getrost behaupten können, daß sie unter den Buchdruckern Italiens die schlechtesten Arbeitsverhältnisse haben, erstreben zurzeit eine Revision ihres Tarifes. Während die großen Städte Norditaliens bis hinunter nach Bologna sich den neunundzwanzig Arbeitstagen und mehr oder minder auch geordnete Arbeitsverhältnisse errungen haben, wenn sogar auch das um 250 Kilometer südlichere Neapel mit gutem Beispiel vorangegangen ist, so ist es zu bedauern, daß es in Rom nicht vorwärts gehen will. Es fehlt eben dort unter den Arbeitern im großen ganzen an Leuten mit tüchtigem Mut und gebiegem Willen. Die römischen Buchdrucker leiden ebenso wie die anderen Arbeiter daran, daß in Italien viele Gesetze nur auf dem Papiere stehen, so z. B. auch das Gesetz über den Schulzwang. Sie sind zu wenig in die Schule gegangen. Man trifft unter ihnen solche, welche sich gerade eben das Lesen und Schreiben angeeignet haben, und um eben als Buchdrucker fungieren zu können, noch das Lesen der platten Zellen. Sonst wissen sie aber nichts. Daß es mit diesem Material äußerst schwer ist, eine Streikbewegung durchzuführen, ist erklärlich, und deswegen auch leicht verständlich, warum der letzte große Streik im Jahre 1902 verloren wurde, welcher sich um den achtundzwanzig (1) Arbeitstagen und Erhöhung der Grundpreise um 10 Proz. drehte. Am Ende dieses Streiks befanden sich die Buchdrucker in einer äußerst prekären Lage; sie schlossen einen Tarif mit den Unternehmern ab, welcher an deutschen Verhältnissen gemessen wohl jeder Beschreibung spottet. Nun scheint man aber diese traurigen Verhältnisse ein wenig satt zu haben. Man beschuldigt den Verein römischer Buchdruckerbesitzer, die damals schlechte Lage der Buchdrucker ausgenutzt zu haben, ebenso daß derselbe durch eine Verschleppungspolitik die Besserstellung der Arbeiter im graphischen Gewerbe ad calendas graecas hinausgeschoben wolle. Wie die Sache sich noch weiter entwickeln wird, ist zurzeit noch nicht vorauszuweisen, da im allgemeinen die Arbeiter hier wankelmütig und leicht äußeren Einflüssen unterworfen sind. So z. B. war für den 31. März eine allgemeine Buchdruckerversammlung anberaumt, zu der der Verein römischer Buchdruckerbesitzer, die Direktoren der großen Zeitungen, Abgeordnete und Vertreter der Stadt eingeladen waren. Diese Versammlung wurde aber im letzten Moment wieder abgesagt. Bezeichnend für die Lage ist wohl am besten die folgende Mitteilung unseres italienischen Bruderorgans, des „Avanti“, in seiner Nummer vom 31. März: „Jür Bewegung bei den Buchdruckern. Ein Vorschlag. Der Buchdrucker Umberto Ferrari, unser langjähriger Genosse und Stadtrat, macht in bezug auf die Bewegung unter den Buchdruckern den folgenden Vorschlag: Ich schlage vor, — schreibt er — daß die Buchdrucker sich nur darauf beschränken sollen, eine Erhöhung der Grundpreise um 10 Proz. zu verlangen, und zwar wiederum nur für jene Gehälter, welche unter 40 Franc wöchentlich einnehmen. Die Arbeitszeit soll jedoch die gleiche bleiben wie bisher“ usw. Für den Kenner der Verhältnisse heißt dieser Vorschlag nicht anderes als Beibehaltung des status quo.

Einen Streik von 24 Stunden haben die Angestellten der interprovinzialen Tramways in Mailand durchgeführt. Die Direktion der belgischen Gesellschaft, in deren Händen sich die Tramways befinden, hatte nach dem Streik von 1908 mit der Organisation der Angestellten einen Vertrag abgeschlossen, den der Direktor Grandmoulin aber niemals richtig innegehalten hat. Lange hat es gedauert, ehe er sich von den Vertretern des Verbandes sprechen ließ; erst angefaßt des drohenden Streiks führte er die Bestimmungen des Vertrags pünktlicher durch. Die Führer der Organisation rieten deswegen von einem Streik ab. Trotzdem beschlossen die Angestellten, einen Proteststreik von 24 Stunden Dauer durchzuführen, um dem Direktor zu zeigen, daß es ihnen um die Durchführung des Vertrags ernst sei, daß er diesen fernerhin nicht ungestraft umgehen dürfe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Tödlich verunglückt

Ist gestern abend in der Leipziger Straße die in der Riederswallstraße wohnende 62jährige Frau Michaelis. Die alte Dame wollte an der Ecke der Mauerstraße den Fahrdamm überschreiten. Sie hatte dabei aber nicht beobachtet, daß ein Droschkenautomobil auf sie zukam. Um sich in Sicherheit zu bringen, rannte sie auf die Straßenbahngleise, auf denen zur gleichen Zeit ein Rotowagen der Linie 80 herangefahren kam. Die Frau wurde umgerissen und überfahren. Ein Schuhmann brachte sie blutüberströmt nach der Unfallstation in der Kronenstraße, von wo sie nach Anlegung von Notverbänden der Charité zugeführt wurde. Aber schon auf dem Transport nach dort erlag sie den Verletzungen.

Smarte Konfekte.

New York, 2. April. (W. L. B.) Der hiesige Zollkommissar hat der American Sugar Refining Company wegen betrügerischer Gewichtsangabe die Zahlung von Zöllen in Höhe von 1 239 000 Dollar für den Zuckerimport in den Jahren 1901 bis 1907 auferlegt. Die Regierung fordert ferner eine Million Dollar für den Import von 1901.

Reichstag.

241. Sitzung vom Freitag, den 2. April 1909, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Schdow, v. Einem, v. Tirpitz, Dernburg, v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der dritten Beratung des Etats.

Die Beratung beginnt mit dem Militäretat, der nach unwesentlicher Debatte bewilligt wird.

Beim Marineetat bittet Abg. Spethmann (freif. Sp.) den Staatssekretär, seine Aufmerksamkeit den Fischereiverhältnissen zuzuwenden und ferner, zu erklären, wie er sich zur Koalitionsfreiheit der auf den Werften beschäftigten Arbeiter stellt.

Staatssekretär v. Tirpitz erwidert, daß er den Fischereiverhältnissen wohlwollende Aufmerksamkeit zuwenden werde. (1)

Der Etat wird bewilligt, ebenso der des Reichsjustizamts und Reichsfinanzamts.

Beim Etat für die Schutzgebiete wird eine von Abgeordneten fast aller Parteien beantragte Resolution angenommen: Das Sanatorium zu Wugiri in Ost-Afrika möge das ganze Jahr geöffnet bleiben und auch für Einbindungen eingerichtet werden.

Der Etat für die Schutzgebiete wird im übrigen debattelos bewilligt.

Beim Etat für das Reichskolonialamt fragt Abg. Erzberger (Z.), wie sich die Verhältnisse auf Samoa entwickeln, ob sich dort etwa ein Aufstand der Eingeborenen vorbereite.

Abg. Dr. Arning (natl.): Die Weihen in Samoa müssen bewahrt sein und eine Art Landwehr darstellen. Der Staatssekretär muß einsehen, daß man den Eingeborenen gegenüber nicht lediglich mit Güte auskommt, sondern daß eine feste Hand über ihnen stehen muß, die ihnen klar macht, daß wir die Herrschaft über sie ausüben.

Staatssekretär Dernburg: In Samoa handelt es sich nicht um eine Bewegung gegen die Weihen, sondern um zwei samoanische Parteien. Der Gouverneur hat die Hilfe deutscher Kriegsschiffe requiriert. Die Samoaner haben die Reichsoberhoheit aus freien Stücken angenommen und besitzen daher gewisse Rechte.

Abg. Erzberger (Z.) ist mit der Erklärung des Staatssekretärs nicht zufrieden; der Gouverneur habe erklärt, er wage die Weihen nicht zu betreten, und die Samoaner nicht noch mehr zu reizen.

Abg. Dr. Arndt (Rp.) schließt sich dem Abg. Erzberger an: hoffentlich werden unsere Kriegsschiffe in Samoa dazu beitragen, unsere Herrschaft aus einer papierernen zu einer wirklichen zu machen.

Staatssekretär Dernburg: Entweder wünschen Sie eine Politik, die mit den Eingeborenen paktiert, oder Sie müssen erheblich mehr Mittel aufwenden. Wenn ich im nächsten Jahre mit Durchführung der von den Herren Arning und Arndt eine Verdoppelung unserer Streitkräfte in allen Kolonien forderte, würden Sie das ablehnen und mit Recht.

Abg. Dr. Semler (natl.) gibt dem Staatssekretär recht. Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird bewilligt, bezugnehmend auf den Reichseisenbahnamt, den Besatzungsfonds, den Invalidenfonds.

Beim Etat der Postverwaltung wünscht Abg. Lehmann (Soz.), daß mit den Jüngen am Sonntag früh einlaufende Postsendungen — z. B. in Wiesbaden aus Berlin 7.30 Uhr — noch am Sonntag ausgegeben werden.

Der Etat wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats und das Etatgesch. In der Gesamtabstimmung wird der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgen die noch ausstehenden Abstimmungen über Resolutionen zum Etat.

Eine Resolution Graf Hompesch (Z.) verlangt noch in dieser Session eine Änderung des Pressgesetzes, wodurch die Verknüpfung einer Versicherung mit der Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften verboten wird.

Ein Antrag Wasseremann (natl.) verlangt zunächst nur eine Denkschrift über diese Materie.

Die Abstimmung über die Resolution Hompesch, für welche Zentrum und Sozialdemokraten stimmen, bleibt zweifelhaft. Der Hammelsprung ergibt die

Schlussunfähigkeit

des Hauses; es stimmen 112 Abgeordnete mit ja, 73 mit nein.

Kleines feuilleton.

Indischer Zauber — Schwindel. Mit dem Wunderlande Indien ist die Vorstellung von geheimnisvollen körperlichen Fähigkeiten und seelischen Kräften innig verbunden, die einzelne Menschen durch Akrobatische und Selbstverleugung zu erringen vermögen. Von Zeit zu Zeit tauchen auch in Europa indische Fakire auf, die allerlei Zauberlustigkeiten zum besten geben und ihr Publikum durch ungeheure Widerstandskraft gegen körperliche Schmerzen in Erstaunen versetzen. Ein wenig oder eigentlich recht viel Mißtrauen dürfte bei ihnen von vornherein angebracht sein, denn die heiligen Männer Indiens, die mit innigem Glauben an ihren Wunderkräften hängen, und deren Ausübung mit den heftigsten und verborgensten Gedanken ihrer Religionsphilosophie umgeben, kommen wohl nicht aus ihren verschlossenen Tempelbezirken heraus, um sich für Geld zur Schau zu stellen. Was nun die bekannten „Wunder“ der Indier anlangt, so ist jedenfalls viel Schwindel und Taschenspielererei dabei. Die Wochenchrift „Englisch Mechanik“ gibt in einem Aufsatz über die Hindumagie die „Auflösung“ für manche dieser weltberühmten Klügel. Eins davon besteht darin, daß der Zauberflüster in ein kleines mit Wasser befeuchtetes Erdhäufchen einen Rangobaumstamm versenkt und nun durch seine Zauberkräfte das junge Rangobäumchen in kürzester Zeit hervorwachsen läßt, und zwar unter einem Tuche. Zuerst zeigen sich zarte Triebe, die nach neuerlicher Berührung sich schon in ein junges Bäumchen verwandelt haben. Dieser Trick wird in der Weise ausgeführt, daß im Innern des ziemlich großen Rangobaumstammes künstlich auf den kleinsten Raum gebrachte Schößlinge verborgen sind und im richtigen Moment entfaltet werden. Aus ihnen wird wieder durch Entrollen der zu diesem Zweck trefflich geeigneten Blätter das größere Bäumchen unter dem Tuche hergestellt. Ebenso steht es mit dem Verschwindenlassen eines Knaben aus einer kleinen Wadewanne, die gerade groß genug ist, ihn zu fassen und sein Wiedererscheinen möglich zu machen. Nach dem Verschwinden löst der Zauberer mit aller Wucht sein Schwert durch den Boden der Wanne. Die Lösung ist einfach genug. Der kleine Junge drückt sich ringsömig, wie eine Schlange um den Rand der Wanne und schafft damit den nötigen leeren Innenraum für die Schwertscheide, und der Knabe, der irgendwo anders erscheint, trägt die gleichen Kleider, ist aber tatsächlich ein anderer. Derartige Klünste, die im Wesen mit den Zaubertricks unserer Variétés eng verwandt sind, gibt es recht viele. Ein häufig vorgeführter Trick ist ferner z. B. das Eintauchen einer Handvoll Sand in ein Gefäß mit Wasser, ohne daß der Sand dabei benetzt wird. Ob freilich alle wunderbaren Geschichten, die von hypnotischen Experimenten der Fakire nach Europa dringen, ohne weiteres auf das gleiche Konto zu setzen sind, ist eine andere Frage.

Reuendebite Passionsbilder von Giotto. Der Abbruch eines alten Bauwerkes in der Gemeinde Foligno in Umbrien hat jetzt

Präsident Graf Stolberg beraumt eine neue Sitzung zur Abstimmung über die Resolutionen auf 12 1/2 Uhr an. Schluß gegen 12 Uhr.

242. Sitzung.

In der erneuten Abstimmung über den Antrag Hompesch wird er mit großer Mehrheit angenommen. (Große Heiterkeit.)

Eine Resolution der Budgetkommission zum Militäretat, den Reichsanwalt zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, die dritten Reunants durch Feldwebelleutnants zu ersetzen und dem Reichstag über das Ergebnis dieser Erwägungen in einer Denkschrift Mitteilung zu machen, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Konserverativen abgelehnt.

Eine weitere Resolution Freiherr v. Hertling (Z.) zum Postetat, den Reichsanwalt zu ersuchen, anzuordnen, daß jedem Beamten von den Einträgen in den Personalakten, die sich auf seine persönlichen Verhältnisse beziehen, Kenntnis zu geben ist, wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Stolberg setzt die nächste Sitzung auf Freitag, den 20. April, nachmittags 2 Uhr, an, mit der Tagesordnung Petitionen, und wünscht den Abgeordneten für die Osterferien gute Erholung für den nächsten, voraussichtlich sehr arbeitsreichen Sessionsabschnitt. (Bravo!) Schluß 12 1/2 Uhr.

Die Verantwortlichkeit im Bergbau.

Neben der Einführung von Sicherheitsmännern hat die Regierung in der dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegten Berggesetznovelle noch die Verantwortlichkeit der höheren Betriebsbeamten zu regeln versucht. Die erste Lesung dieser Materie ist in der Berggesetzkommission vollendet.

Die bisherigen Zustände waren unhaltbar geworden. Verantwortlich für alle Fälle war in erster Linie für sein Steigerrevier der Steiger, in zweiter Linie und außerdem für den gesamten Betrieb der Bergbehörde namhaft zu machende Betriebsführer. Mit diesen Beamten allein kommt heute kein Bergwerksbetrieb mehr aus. Es sind noch eine Reihe anderer Beamter vom Betriebsführer ab aufwärts und auch abwärts eingefügt, die aber, weil sie von der Bergbehörde nicht auf ihre Befähigung geprüft werden, keine Verantwortung zu tragen haben. Soweit diese Beamten nun über dem Steiger und über dem Betriebsbeamten stehen, greifen sie mit Anordnungen oftmals sehr weitgehender Art ein, wenn aber ein Unglück passiert, sind die „Schuldigen“ in der Regel nur die Steiger, manchmal auch die Betriebsführer!

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Steiger insbesondere kann nun zur Folge haben, daß sie die Anordnungen ihrer Vorgesetzten, selbst wenn sie gegen die genehmigten Betriebspläne und gegen die Polizeivorschriften verstößen, dennoch auszuführen. Deshalb erscheint es nach der Begründung der Vorlage „unbillig“ — wir meinen, es sei ungeschwezlich —, diesen Steigern die Verantwortung aufzubürden.

Die Vorlage will den Grundsatz festlegen, daß, wer Anordnungen trifft, auch die Verantwortung tragen soll. Daneben bleibt es aber doch noch in erster Linie bei den bestehenden Verhältnissen: Die Vorgesetzten sollen die Verantwortung neben den Steigern und Betriebsführern tragen:

- 1. Insofern sie mit Anordnungen in den Betrieb eingegriffen haben, von denen sie wußten oder wissen mußten, daß ihre Ausführung gegen die Betriebspläne oder gegen die im Gesetz enthaltenen oder auf Grund desselben ergangenen Vorschriften und Anordnungen verstoßen würde.
2. Insofern sie durch Handlungen oder Unterlassungen den ihnen unterstellten Aufsichtspersonen die Möglichkeit genommen haben, den ihnen nach dem Gesetz oder nach den auf Grund desselben ergangenen Vorschriften und Anordnungen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen.
3. Wenn sie eine Handlung oder Unterlassung der ihnen unterstellten Personen gebildet haben, obwohl sie wußten, daß sie gegen die Betriebspläne oder gegen die im Gesetz enthaltenen oder auf Grund desselben ergangenen Vorschriften und Anordnungen verstoße.

zu einer wertvollen Entdeckung geführt. Auf Beschluß der Provinzialdeputation sollte das alte Laienhäus niedergelegt und an seiner Stelle eine Anstalt für Geistesranke errichtet werden. Bei den Abbrucharbeiten stieß man auf die Spuren eines alten Wandgemäldes, das in einem Gewölbe jahrbundertlang vergraben geblieben war. Die Arbeiten wurden unterbrochen, das Fresko völlig freigelegt, und nun zeigte es sich, daß man einem großen Wandgemälde gegenüberstand, das eine Fläche von etwa neun Quadratmetern füllte. Der Direktor der Ausgrabungen und Monumente von Umbrien, Luciani, der mit einer Anzahl Sachverständiger sofort an die Fundstätte geeilt war, konnte nach eingehender Prüfung feststellen, daß das Werk jedenfalls Giotto's Schule (14. Jahrhundert) angehört, höchst wahrscheinlich aber von dem Meister selbst geschaffen wurde. Es stellt die Passion dar und ist außerordentlich gut erhalten. Die Provinzialdeputation hat sofort Anordnung getroffen, das interessante Werk mit größter Sorgfalt von der Wand abzulösen.

Die Mumie eines Dinosauriers. Die vollständige Mumie eines Dinosaurus ist, wie der „Frankf. Ztg.“ aus New York berichtet wird, in welchem Sandstein nahe Lance Creek (Wyoming) entdeckt worden. Das 18 Fuß lange Tier lag auf dem Rücken, den Kopf nach der Seite gewandt, die Vorderfüße ausgestreckt, während die Hinterfüße nahe an den Körper hinaufgezogen waren. Das Skelett ist noch ganz von der Haut umgeben, die durchaus nicht dünn, sondern fast so dünn wie die des Menschen ist. Es scheint, daß dieser Riese der Vorwelt an einem trockenen, sandigen Orte verendete, wo dann der Kadaver von der Sonne vollständig ausgetrocknet wurde. Dann wurden, nach der Annahme der Gelehrten des Naturhistorischen Museums in New York, die das Skelett für dieses Institut erworben haben, große Sandablagerungen auf das Tier geschwemmt, die es dann durch vielleicht drei Millionen Jahre der Nachwelt erhalten haben.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: „Othello“ von Shakespeare. An große künstlerische Aufgaben des Erstrebens beste Kräfte setzen ist eine der Anerkennung werte Sache, auch dann, wenn das Startziel nicht erreicht wird. Direktor Wagner hat die gewaltige Tragödie in sechs Akten aufgeteilt. Nicht immer wirken sie geschlossen; nicht immer offenbarte sich das, was man Goethische Stimmung nennt. Es macht sich gewiß ganz recht, wenn man da in der Sturmstimmung am Himmel hängende Wollen sieht; aber die beiden Hyphen im Hintergrunde hielten ihre Wipfel auch nach tief gebeugt, als längst das Wetter ausgetobt hatte. Realismus ist gewiß eine gute Sache; nur muß dann auch die Fäulung eine vollkommene sein. Nun die Darsteller. Rudolf Werner bringt als Moor von Venedig eine hinnehmbare Erscheinung mit. Anfanglich vermeinte er eine Art „Schmalzamor“ herauszuberufen zu sollen. Er sprach, im Bestreben, den edlen Charakter zu zeigen, mehr im

4. Wenn sie bei der nach ihrer tatsächlichen Stellung zum Betriebe ihnen obliegenden Beaufsichtigung der in §§ 73 und 74 bezeichneten Aufsichtspersonen sowie bei der Auswahl dieser Personen es an der erforderlichen Sorgfalt haben lassen. In der Öffentlichkeit stellte es die Bergpresse so hin, als ob die Grubenherren gegen diese Bestimmungen nichts einzumenden gehabt hätten. Das Gegenteil ist aber richtig. Das ergibt sich schon aus dem von uns und auch im Reichstage mehrfach erwähnten Geheimprotokoll der Grubenherren, weiter aber auch aus Petitionen, die eingegangen sind.

Die Interessen der Grubenbarone fanden auch ihre Vertretung in der Berggesetzkommission bei den Nationalliberalen und Konserverativen. Die Worte: „und wissen mußten“ hätten sie gern gestrichen gehabt, und sie versuchten zu erreichen, daß nur das Zulassen von Handlungen, die sie nicht zu dulden brauchten, sie verantwortlich mache. Ein anderer Antrag ging sogar dahin, daß sie nur dann strafbar seien, wenn sie wider besseres Wissen es an Beaufsichtigung haben lassen!

Gegen alle diese Wünsche hatte der Minister erhebliche Einwendungen. Er wies auch nach, daß diese Vorschläge der Regierung noch nicht einmal soweit gehen als die betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung! Die Grubenbarone können also mit dem Minister vollständig zufrieden sein! Aber trotz dieser Darlegungen begünstigte die Kommission die Unternehmer, indem sie den Eingang der Ziffer 3 dahin änderte:

... wenn sie von einer Handlung oder Unterlassung der ihnen unterstellten Beamten Kenntnis erhalten und diese zugelassen haben.“

Zu dieser Vergünstigung fügte die Kommission noch hinzu, daß in Ziffer 4 die Worte: „sowie bei der Auswahl dieser Personen“ gestrichen wurden.

Bei solcher Tendenz der Mehrheit war es natürlich ganz ausgeschlossen, daß Verbesserungen für die unteren Angestellten geschaffen werden konnten. Ein sozialdemokratischer Antrag, der es der Bergbehörde zur Pflicht machen wollte, zu prüfen, ob der einem Beamten zugewiesene Geschäftsbereich auch die zulässige Grenze enthalte, verfiel natürlich der Ablehnung. Ebenso erging es einem anderen sozialdemokratischen Antrage, mit dem beabsichtigt war, die willkürlichen, schikansen Straffschichten, die den Steigern zugemutet werden, zu beseitigen. Diese Straffschichten werden diktiert, wenn ein Steiger nicht das ihm auferlegte Quantum an Kohlen — das „Soll“ — gefördert hat. Da wird er einfach wieder in die Grube gejagt — ein Versahren, das, wie der sozialdemokratische Redner an der Hand von Tatsachen nachwies, einer Freiheitsberaubung gleichkommt. Hat doch der Minister um Ablehnung des Antrages mit der Begründung, daß dieses „Disziplinarstrafmittel“ nicht entbehrt werden könne! Danach hätten diese Straffschichten also dieselbe Bedeutung wie die Arreststrafen für die Unterbeamten. ...

Bei Besprechung der Ziffer 4, die die werkführenden Parteien gestrichen haben wollten, weil sie ein Verschulden durch Zehlfällen der erforderlichen Sorgfalt bei der Beaufsichtigung den Unternehmern nicht zumuten wollten, erzählte der Minister, daß ihm ein Direktor gesagt habe, ihm — dem Direktor — hätten die Haare zu Berge gestanden, als er einmal erfahren habe, wie in seinem Werke die unteren Beamten von den oberen behandelt worden wären! Wie mag es dort erst den Arbeitern ergangen sein?! Trotz alledem hielt der Minister die Straffschichten doch für nötig.

Die erste Lesung der Berggesetznovelle hat das Ergebnis gezeigt, daß für nötig erachtet wird: Möglichste Beschränkung der Rechte der Arbeiter und der Pflichten der Unternehmer. Die Berggesetznovelle ist, wie zu erwarten war, „weiche Salbe“ geworden.

Aus der Partei.

Die Organisationsfrage in der russischen Sozialdemokratie. Von einem russischen Genossen wird uns geschrieben: Wieder, wie vor sechs Jahren, steht vor der Sozialdemokratie Russlands das Organisationsproblem und droht Zwietracht und

pathetischen Zambemah, als mit natürlichem Tonfall. Das zerstückte oft die beste Wirkung. Später, besonders in der Szene, wo Jago seine Eifersucht aufstachelt, dann auch wo er sich als Kalender gebildet, war er gut. Die große Szene im Schlafgemach vor dem Morde ließ keinen rechten poetischen Zauber, keine zwingende Gewalt aufkommen. Es fehlte die Gluthitze des Africaners. Der Jago ist gewiß eine bewundernswürdige Schöpfung des Shakespeare'schen Genies. Was mich — vielleicht auch andere — an dieser Gestalt stört, ist, daß Jago stets in Monologen und Seitengesprächen seine teuflischen Absichten und Anschläge verraten muß, bevor sie vollführt werden. Das ist etwa so, als wie die Maler des Quattrocento ihren Figuren Pateletstreifen zum Munde herabhängend ließen, auf denen Art und Wesen zu lesen stand. Wenn nun der Darsteller des Jago jene verratenen Pläne noch die unterstreicht, so wird oft eine Wirkung erzielt, die stark an Komische streift. Rudolf Vettinger würde noch besser sein, als er ist, wenn er weniger den üblichen Theaterintriganten, dagegen mehr den dämonischen Trieb um des Bösen selbst willen hervorkehren wollte. Helena Lafrenz ließ als Desdemona so ziemlich alles vermissen. Auch ist ihr Spiel noch nicht frei genug. Dagegen gab Marie Zimmisch als Jago's Frau eine routinierte Leistung. Desgleichen war Gunold Strassich in der Rauchszene des Cassio gut. o. k.

Notizen.

Die Zukunft der Berliner Museumsbauten. Alfred Meißel ist durch seinen viel zu frühen Tod verhindert worden, die ihm übertragene Neuordnung der Museumsinsel mit dem Umbau des Deutschen Museums zu vollenden. Der Plan, an dem er bis zuletzt arbeitete, ist indes so gut wie vollendet. Er soll nur im nächsten Heft des Jahrbuches der Königl. Museen veröffentlicht werden.

Wie das „Berl. Tagebl.“ erzählt, dürfte Stadtbaurat Hoffmann, ein Freund Meißels und mit seinen Absichten aufs beste vertraut, berufen werden, sein Nachfolger zu werden.

Güher für Kranke. Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung hat sich seit Jahresfrist die Aufgabe gestellt, geeignete Bücher für Kranke und Genesende auszuwählen und in einem besonders für diesen Zweck angefertigten abwaschbaren und leichten Einband und in einer Form, die das Halten der Bücher ohne Ermüdung ermöglicht, an Krankenhäuser und Heilstätten zur Verteilung zu bringen. Die Bedingungen, unter denen die Bücherverteilung (zunächst nur an Krankenhäuser und Heilstätten) erfolgt, sind bei der Abteilung für Krankenhäuser und Heilstätten der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborsfel zu erfragen.

Auf der internationalen Luftschiffahrt-Ausstellung, die diesen Sommer in Frankfurt a. M. stattfindet, wird auch Graf Zeppelin mit seinem Luftschiff vertreten sein. Das Luftschiff wird während der Ausstellung in der zu diesem Zwecke errichteten Halle untergebracht sein und von dort aus Fahrten unternehmen.

Spaltung in ihren Reihen herbeizuführen. Es handelt sich jetzt um die Frage, ob legale oder illegale Organisationen die Basis der Parteilichkeit bilden sollen. Die Bolschewiki wie die Menscheviki erkennen einerseits die Notwendigkeit an, illegale Organisationen ins Leben zu rufen, und andererseits auch die existierenden legalen Vereine womöglich im Interesse der Bewegung auszunutzen. Dennoch sind ihre Ansichten über die Organisation der Partei grundverschieden. Die Menscheviki waren auf der vor kurzem stattgefundenen Konferenz gegen die bolschewistische Resolution, nach der der Schwerpunkt der Parteilichkeit in die illegale Organisation verlegt werden soll. Ebenso stimmten gegen diese Resolution, allerdings aus etwas anderen Motiven als die Menscheviki, die Delegierten des Bundes. Für die Resolution waren die Bolschewiki und die Vertreter der polnischen Sozialdemokratie. Im Sinne der Menscheviki hat sich auch ein Teil der Sozialdemokratie der Ukraine und die polnische sozialistische Partei ausgesprochen. Jetzt wird darüber eine heftige Debatte in der Presse ausgefochten. Die Ansicht der Bolschewiki läßt sich kurz wie folgt zusammenfassen: Die Revolution habe keine der Grundfragen des russischen Lebens gelöst; es sei deshalb bald wieder ein Aufleben der Bewegung zu erwarten. Die Hauptaufgabe des Kampfes, die Niederwerfung des Faschismus, sei dieselbe wie zuvor. Daher müsse auch die Arbeit in der gleichen Richtung und von denselben illegalen Organisationen wie früher geführt werden. Dagegen behaupten die Menscheviki, daß die Selbstherrschaft jetzt die Form einer plutokratischen Oligarchie angenommen habe, daß die Parteilichkeit in Russland jetzt eine viel kompliziertere als vor der Revolution sei, daß die Duma das Zentrum der öffentlichen Meinung und des politischen Kampfes bilde, und daß folglich die Aufgabe der Partei sei, nicht sich selber zu kopieren, sondern die neuen Organisationsformen zu suchen, die eine Massenbewegung ermöglichen werden. Der Kampf der Arbeiterschaft könne sich jetzt nicht mehr ausschließlich gegen die Selbstherrschaft konzentrieren, vielmehr müsse er gleichzeitig auch gegen alle bürgerlichen Parteien gerichtet sein. Nun haben sich aber die bürgerlichen Klassen organisiert, sie nützen die erlängten „Freiheiten“ in ihrem Interesse aus. Gegen diese und gegen die sich auf die vereinigte Reaktion stützende Regierung könne eine illegale Organisation nicht wirksam kämpfen. Daher sei die Aufgabe der Partei, die legalen Verbände und Vereine der Arbeiterschaft zu unterstützen, diese wo nur möglich ins Leben zu rufen, wobei natürlich die Parteilichkeit als solche geheim geführt werden müsse. Der Hinweis, daß legale Organisationen unmöglich seien, treffe insofern nicht zu, als diese Gewerkschaften und Bildungsvereine existieren und daß die politische Lage in Russland keineswegs als etwas Bestimmtes und Dauerhaftes anzusehen sei. Die Sozialdemokratie habe eine bewegliche, anpassungsfähige Organisation zu schaffen, daher vor allem jede starre Zentralisation zu meiden.

Sehn Jahre waren am 1. April seit dem Tode verstrichen, daß der „Volkstreu“ von Offenbach nach Karlsruhe verlegt wurde. Damals hatte er eine Auflage von 5000 Exemplaren, jetzt ist sie, trotzdem dem „Volkstreu“ vor einigen Jahren durch die Gründung eines eigenen Kopierblattes für das Pfalzheim Gebiet 3000 Abonnenten verloren gingen, über 17000 Abonnenten. Wir wünschen dem Karlsruher Organ weiteres erfolgreiches Vorwärtsschreiten.

Partei- und Gewerkschaftsmitglieder.

Der Sozialdemokratische Verein für Köln-Stadt und Köln-Land hat eine Statistik aufgenommen über das Verhältnis der Gewerkschaftsmitglieder zur politischen Organisation. Von den 6000 Mitgliedern des Vereins gehören mehr als 5000 handarbeitenden Berufen an. Von den Gewerkschaften wollen wir die mit mehr als 100 Mitgliedern herausgreifen und die Zahl ihrer politisch organisierten herausgreifen. Von 199 Wäldern waren 23 Proz. politisch organisiert, von 1295 Baubildarbeitern 41 Proz., von 333 Dreanern 22 Proz., von 103 Buchbindern 30 Proz., von 1016 Buchdruckern 8 Proz., von 264 Dachdeckern 12 Proz., von 1298 Fabrikarbeitern 46 Proz., von 523 Gemeindearbeitern 9 Proz., von 130 Glasarbeitern 37 Proz., von 120 Hafenarbeitern 25 Proz., von 184 Handlungsgeschäften 16 Proz., von 1724 Holzarbeitern 31 Proz., von 166 Hotelbedienten 12 Proz., von 112 Hutmachern 3 Proz., von 188 Lithographen 16 Proz., von 558 Malern 29 Proz., von 133 Seigern und Maschinenisten 63 Proz., von 1600 Maurern 23 Proz., von 4195 Metallarbeitern 28 Proz., von 149 Sattlern 30 Proz., von 235 Schmieden 43 Proz., von 540 Schneidern 14 Proz., von 268 Schuhmachern 45 Proz., von 150 Steinsetzern 7 Proz., von 163 Tapezierern 18 Proz., von 317 Textilarbeitern 15 Proz., von 578 Transportarbeitern 23 Proz., von 330 Zimmerern 45 Proz. Aus dieser Statistik ist zu ersehen, welche große politische Aufklärungs- und Organisationsarbeit noch unter den gewerkschaftlich organisierten geleistet werden muß.

Der Sozialdemokratische Verein für Köln-Stadt und Köln-Land zählt, wie gesagt, 6000 Mitglieder. Wie erfreulich sich der Verein entwickelt, mag man daran erkennen, daß die Mitgliederzahl betrug: Ende 1905 2333 Mitglieder, Ende 1906 3700, Ende 1907 5100, Ende 1908 6000, wovon 494 Frauen waren. Das ist ein bedeutendes Anwachsen, wenn man bedenkt, welchem wohlorganisierten und schlaun Gegner die Kölner Parteigenossen gegenüberstehen.

Personalien. In die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund trat am 1. April Genosse Georg Weher aus Breslau ein, der bis November vorigen Jahres an der „Leipziger Volkszeitung“ tätig war. Gleichzeitig scheid Genosse William Braune aus dem Redaktionsverband unseres Dortmunder Organs.

In die Redaktion des „Volkswille“ zu Hannover ist am 1. April Genosse Albert Weher eingetreten, der vor 1 1/2 Jahren aus der Redaktion der „Brandenburger Zeitung“ scheid. Genosse Weher übernimmt die Redaktion des provinziellen Teils des „Volkswille“ an Stelle des Genossen Thomas, der am gleichen Tage austrat.

Oxford und der Sozialismus.

London, 27. März. (Hlg. Ber.) Das laufende Heft der „Nineteenth Century“ enthält eine interessante Abhandlung über die Möglichkeit, befähigten Arbeitern eine Ausbildung in Oxford zu geben, wobei auch der Einfluß des Ruskin-College (der vor einigen Jahren im „Vorwärts“ beschriebenen Oxford-Arbeiterhochschule) auf die Universitätslehre erwähnt wird. Der Verfasser sagt: „Diese Schule hat indes auch eine mindere gute Seite. Die Studenten des Ruskin-College sind im allgemeinen reife, fähige und fröhliche Persönlichkeiten, die durch eigene Kraft in den Vordergrund gekommen sind. Im Verkehr mit den Universitätslehrenden gelingt es den Arbeiterstudenten, jene im sozialistischen Sinne zu beeinflussen. Viele Universitätslehrende nehmen ihre Ideen über Politik und Soziologie eher von den Arbeiterstudenten als von den Dozenten. Das Ruskin-College hat ohne Zweifel das Wahnen des Sozialismus unter den Universitätslehrenden beschleunigt. Das englische Publikum soll deshalb nicht überrascht sein, wenn Oxford — gleich einer russischen Universität — im nächsten Jahrzehnt zu einem der wichtigsten Mittelpunkte der sozialistischen Propaganda sich auswehnt.“ Der Verfasser ist außerordentlich betrübt über diese Aussicht, die eine Auflösung des britischen Reiches drohe.

Man muß wissen, daß Oxford bislang als die aristokratischste und konservativste Universität der Welt galt und übrigens noch gilt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine langwierige Wahlprüfung:

Am 28. März 1908 wurden in Wenzig (Nieder-Sachsen), einem Industrieort mit 6000 Einwohnern, zwei Parteigenossen als Gemeindevorsteher gewählt. Auf von bürgerlicher Seite erhobenen Protest wurde von der Gemeindevorsteherung die Wahl mit 8 gegen 7 Stimmen für ungültig erklärt. Der beim Kreisaußschuß dagegen eingelegte Rekurs bot Gelegenheit, den ganzen Protest als Wache zu erweisen. Bis heute aber — da mehr als ein Jahr nach der Wahl verstrichen ist — warten die Wähler trotz wiederholter Anfragen vergebens auf eine Antwort vom Kreisaußschuß.

Die empfindliche Beamtenehre. Wegen angeblicher Beleidigung des Polizeikommissars Gube zu Hr.-Stargard wurde Genosse Crispian in Danzig zu 100 Mark oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Gube sollte darüber Auskunft geben, ob er die von ihm beschlagnahmten Flugblätter im Auftrage der Staatsanwaltschaft eingezogen habe oder auf dessen Veranlassung sonst. Gube lehnte die Auskunftserteilung ab, und im Laufe der Auseinandersetzung sagte Crispian zu Gube, es läte ihm leid, wenn Gube die gefesslichen Bestimmungen nicht kennen sollte, und es mühte dann dafür gesorgt werden, daß dem Gube die nötigen Belehrungen von seinen Vorgesetzten erteilt werden würden. Darin erblickte das Gericht eine „schwere Beleidigung!“ Der Rechtsanwalt hatte gar — 300 M. beantragt.

Aus Industrie und Handel.

Gesteigerte Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten.

Aus verschiedenen Konsulatsbezirken wird über eine starke Zunahme der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten berichtet. Auch Berlin ist dabei stark beteiligt. Im ersten Quartal 1908 wurden nach der „Z.“ im Generalkonsulat Berlin für 18 028 870 M. Warenrechnungen beglaubigt gegen 9 878 983 M. im 1. Quartal 1907 und 15 849 706 M. im 1. Quartal 1907.

Man will in dieser Steigerung ein Wiederaufblühen des Wirtschaftslebens in Amerika erblicken können. Jedenfalls dürfte die Exportsteigerung aber mit der Keuerung der Goldverhältnisse in Amerika zusammenhängen und somit einen Vorimport darstellen, wie wir ihn ja auch vor Inkrafttreten der neuen Handelsverträge gehabt haben. Doch am amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt von einer Belebung noch nichts zu spüren ist, beweist der letzte Marktbericht des „Iron monger“, der über jene Verhältnisse berichtet: „Alle Märkte liegen still. Die Käufer verhalten sich abwartend. Die Stimmung für Hoheisen ist lustlos. Sdhliches Viehvieh ist vereinigt zu 12 1/4 Dollar angeboten, ohne daß jedoch die Käufer angeregt werden, die überdies eine Hinausschiebung der kontraktlichen Lieferungen verlangen. Die Hoheisenlager nehmen zu. Eine starke Einschränkung der Produktion erscheint notwendig! Das steht mindestens nicht nach scharfer Aufwärtsbewegung aus.“

Krise und Profit.

Die Hannoverische Continental Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie schüttet für 1908, wie auch für die letzten vorausgegangenen drei Jahre, eine Dividende in Höhe von 40 Proz. aus und das bei einer Extraabrechnung von über einer halben Million Mark. Trotz des schlechten Geschäftsganges, der zur Entlassung „einiger Arbeiter“ führte, befindet sich die Gesellschaft in einer „außerordentlich günstigen finanziellen Situation.“ Was nützt dem Arbeiter der „Fonds zugunsten der Arbeiter“, der gegenwärtig mit 412 297 M. dotiert ist, wenn sie bei der geringsten Stöckung des Geschäftsganges ihr Bündel schnüren müssen?

Auch die Aktionäre der Hannoverischen Gummi-Kamm-Compagnie, A. G., Limmer bei Hannover, können zufrieden sein. Das Unternehmen hatte derartig unter dem geschäftlichen Niedergang zu leiden, daß nicht nur zahlreiche Entlassungen erfolgten, sondern auch die Dauer der täglichen Arbeitszeit erheblich herabgesetzt wurde. Trotz alledem sollen die Aktionäre für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 22 Proz. gegen 21 Proz. im Vorjahre erhalten. Ueberdies war es noch möglich, dem gut dotierten Referendons weitere 150 000 M. zuzuführen.

22 Prozent, wie im Vorjahre, verteilt auch, trotz „räudäufiger Konjunktur in der Zementindustrie“, die Wortwöhler Portland-Zementfabrik Pland u. Co., A. G., Hannover.

Die Wollwäscherei und Kammerei in Döhren bei Hannover, A. G., hat sich während der Krise so vortrefflich gehalten, daß der Direktor der „Dank der Aktionäre für das erfreuliche Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres“ ausgesprochen wurde. Das erfreuliche Ergebnis besteht in einer Dividende von 12 Prozent.

Die Kohlenversorgung deutscher Großstädte hat im Februar einen überaus scharfen Rückgang erfahren. Die Kohlenversorgung von zwanzig deutschen Großstädten belief sich nämlich im Februar 1908 auf nur 1 094 741 Tonnen gegen 1 514 038 Tonnen im Februar 1907. Es ergibt sich für den Februar 1908 eine Abnahme um 149 897 Tonnen oder um rund 10 Prozent. In den ersten beiden Monaten zusammen stellte sich die Kohlenversorgung dieser Städte auf 2,80 Millionen Tonnen, während sie in den beiden ersten Monaten des Vorjahres 2,95 Millionen betragen hatte. Dabei ist die Zufuhr im Februar keineswegs überall zurückgegangen. Stark ins Gewicht fiel hauptsächlich die Abnahme, die die Versorgung Berlins aufzuweisen hat: die Zufuhr war hier um rund 23 Prozent geringer als im Februar 1907. Relativ noch stärker war die Einschränkung, die die Versorgung Altonas im Februar erfahren hat; sie sank von 70 192 Tonnen auf 42 506 Tonnen oder um 27 686 Tonnen. Das macht einen Rückgang von zirka 40 Prozent aus.

Landwirte als Maschinenfabrikanten.

Wie das „Berliner Tageblatt“ auf Grund eines Prospektes mitteilt, haben sich eine Anzahl von Mitgliedern des Bundes der Landwirte, des Deutschen Landwirtschaftsrates und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zusammengeschlossen, um in Deutschland eine Spezialfabrik von Nähmaschinen zu errichten. Dies soll erreicht werden durch die von agrarischem Kapital neuzugründende Deutsche Nähmaschinenfabrik A. G. in Berlin, deren Aufgabe die praktische Bewertung mehrerer Patente und Modelle ist, nämlich die Herstellung von Bindemähmaschinen, Selbstblegern, Grassähern, Lagergetreide-Hebvorrichtungen und Getreideernterfägern. Die zu errichtende Fabrik, die mit einem Aktienkapital von 4 Millionen Mark gegründet wird, soll eine Leistungsfähigkeit von 1500 Bindemähmaschinen, 1500 Selbstblegern, 7500 Grassähern, 2000 Hebevorrichtungen und 6000 Getreideernterfägern pro Jahr erhalten. Das erforderliche Aktienkapital soll von der Landwirtschaft aufgebracht werden. Wie die Gesellschaft angibt, glaubt sie infolge der niedrigeren Löhne, (1) Proakt, Spefen usw. Binder um zirka 200 M., Selbstbleger um zirka 130 M. und Grassäher um zirka 85 M. billiger verkaufen zu können, als ausländische Maschinen in den Handel gebracht werden.

Die Einfuhr Deutschlands an Nähmaschinen für das Jahr 1907 stellt sich auf 51 500 Stück im Werte von 21 1/2 Millionen Mark. Der Wert der Einfuhr in den ersten 10 Monaten 1908 wird auf 19 Millionen Mark angegeben. Zweifellos ist Deutschland demnach für solche Maschinen ein guter Markt. Bei geschickter Leitung dürfte daher die agrarische Gründung sehr großen Erfolg haben und sich gut rentieren.

Ein Intratives Geschäft ist das der Herstellung alkoholarmen oder alkoholfreier Getränke. Die Franz Hartmann Sinalco Aktien-Gesellschaft in Detmold, die sich mit der Produktion solcher Getränke befaßt, schüttet für ihr erstes Geschäftsjahr auf das 1 Million Mark betragende Aktienkapital 18 Proz. Dividende aus. Die Gesellschaft hat eine Rentabilitätsberechnung aufstellen lassen, nach der sie einen Reingewinn von 82 Proz. des Umsatzes erzielt, so daß dauernd auf eine Rente von 20—23 Proz. gerechnet werden könne.

Die deutschen Elektrokonzerne an der Arbeit.

Mit den Umwälzungen im Orient haben die deutschen Elektrokonzerne sofort das bis jetzt für elektrische Unternehmungen drachliegende Land mit Beschlag belegt. Es hat sich in den letzten Tagen eine Finanzgruppe für elektrische Unternehmungen im Orient gebildet. In ihr sind deutsche, französische, belgische und schweizerische Interessen ver-

treten. Von deutscher Seite sind es die Konzerne der A. E. G., der Siemens u. Halskewerke und der Schudertwerke-Rheinberg. Also wieder eine gemeinsame Transaktion. In das in der Schweiz zu gründende Institut sollen nur orientalische Elektrowerke eingebracht werden, vorläufig die Aktien der Konstantinopeler Tramwaygesellschaft. Da die Bahnen in nächster Zeit sicher elektrifiziert werden, steht für die Werke ein neuer Auftrag in Aussicht. Von den deutschen Banken ist die Deutsche Bank an erster Stelle beteiligt. Sie hat überdies schon seit einiger Zeit mit englischen und französischen Instituten gemeinsam gearbeitet, um speziell in der Türkei festen Fuß zu fassen. Alle diese Transaktionen sind ein Zeichen dafür, daß der Kapitalismus auch im Orient auf dem Vormarsch ist.

Aus der Frauenbewegung.

Bund sozialdemokratischer Frauen-Propagandaklubs Hollands.

Amsterdam, 1. April 1908.

Am Vorabend des Parteitages der S. D. A. P. hält auch der Bund sozialdemokratischer Frauen zu Rotterdam seine erste Jahresversammlung. Auf der Tagesordnung stehen, außer internen Angelegenheiten, folgende Punkte: Besprechung über das Bundesorgan „De Proletarische Vrouw“ und „Mutterschaftsversicherung“. Der Jahresbericht, erstattet von Frau E. J. van Ruythoff-Roedijl, spricht von einem regen Leben des Bundes, von einem Fortschritt der bereits bestehenden und von der Errichtung neuer Klubs, deren Anzahl nummehr 16 beträgt. Die Agitation für das proletarische Frauenwahlrecht und betreffend Frauenarbeit, Bildungsabende usw., förderten das Selbstbewußtsein der Frauen. Das Organ machte gute Fortschritte. Die Spaltung in der Partei blieb leider nicht ohne Einfluß auf die Klubs, die dadurch verschiedener Vorstandsmitglieder und der Bundesvorstand zwei seiner Mitglieder beraubt wurden, da diese zur neuen Partei übergetreten sind, dem Bunde aber nur Mitglieder der S. D. A. P. angehören dürfen. Ein Antrag des Parteivorstandes der S. D. A. P. für den Parteitag bezweckt für später die Vertretung des Frauenbundes auf diesem, soweit es dessen Jahresbericht und eigenen Anträge betrifft. Ferner ein Antrag betr. Unterstützung des Bundesorgans für eine Spezialbeilage für die Jugend. Mit Genehmigung konstatiert der Jahresbericht schließlich, daß das der Arbeit der Frauenklubs von vielen Mitgliedern der S. D. A. P. entgegengebrachte Mißtrauen und deren noch typisch-bürgerliche Ansichten über die Frauen immer mehr im Abnehmen begriffen sind.

Verkauf von Ostergeschenken im Gewerkschaftshause.

Wie schon mitgeteilt, haben einige Genossinnen es übernommen, eine Partie Osterhäschchen und andere Attrappen, die von Genossinnen und Genossen in Sonneberg angefertigt sind, auf deren Rechnung zu verkaufen. Für den Verkauf — im Gewerkschaftshause — sind folgende Stunden festgesetzt: Sonnabend, den 3. April, nachmittags von 5—10 Uhr, und Sonntag, den 4. April, von mittags 12 bis abends 8 Uhr. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Verfammlungen.

Die „Nationalen“.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte zum Donnerstag eine Versammlung einberufen, die eine Antwort auf die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen mit Genossen Dr. Franz als Referenten veranstaltete Versammlung sein sollte. Herr Thomas besprach den vorliegenden Arbeitskammergebietentwurf. Die Deutschnationalen seien gegen die Einbeziehung der Handlungsgehilfen in dies Gesetz, weil sie verhindern wollen, daß die Handlungsgehilfen in der Masse der Arbeiter untergehen. Herr Thomas und seine Anhänger sind die „Ede Gleichmacher“! Ueber das Lehrlingswesen, die kaufmännischen Fortbildungsschulen, den Sielennachweis im Handelsgewerbe usw. könnten die Arbeiter nicht mitreden, da bei ihnen ganz anders gearteten Arbeitsverhältnissen ihnen das Verständnis für diese Dinge fehle. Daß der Zentralverband der Handlungsgehilfen und mit ihm die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besondere Kammern für Handlungsgehilfen fordert, wird einfach abgelehnt. Ueber das Wahlrecht der Frauen zu den Reichstämern hatte Herr Thomas im Namen seiner Freunde in der Franz-Versammlung erklärt: solange die Frauen im Handelsgewerbe tätig seien, mühten sie auch eine Vertretung haben. In seinem Referat schränkte er seine Erklärung dahin ein, daß dies „sein persönlicher Standpunkt“ sei. Der D. S. V. als solcher habe zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen. Außerdem sei der D. S. V. ein Verein von Gehilfen und habe daher keine Veranlassung, Gehilfeninteressen zu vertreten. Er glaube übrigens auf Grund der im Reichstag herrschenden Stimmungen sagen zu können, daß die vom D. S. V. geforderten paritätischen Kaufmannskammern kommen müssen. (Bis 1904 trat der D. S. V. für reine Gehilfenkammern ein.) Die nationalen Parteien haben ihr bei den Wahlen gegebenes Wort gebrochen, deshalb mühten die Handlungsgehilfen danach zu streben, eine Nacht zu werden, die man berücksichtigen müsse. Das war auch hier wieder der Reichsleiter letzter Schluß.

Was der zweite Redner, Herr Walz, über das Thema: „Die Sozialdemokratie von Wisnars bis Wilso“ zu sagen wollte, war ein Sammelsurium von abgestandenen nationalen Phrasen, gespickt durch unbewiesene Behauptungen über falsche Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen, Parteigeheften usw. Es war denn auch einem Mitgliede des Zentralverbandes in der Diskussion ein leichtes, diesen Herrn gebührend abzufertigen.

Folgende Resolution fand schließlich Annahme: „Die vom D. S. V. einberufene öffentliche Versammlung verlangt als einzig zweckmäßige Interessensvertretung besondere Handlungsgehilfenkammern (Kaufmannskammern) auf paritätischer Grundlage. Die Versammlung erwartet die unbedingteste und lädenlose Einreichung über das ganze Reich.“

Verband der Maler. Die Section der Lutzerer wollte am 1. April den Bericht des Kollegen Bloch entgegennehmen, jedoch wurde wegen des schwachen Versammlungsbesuches dieser Punkt der Tagesordnung bis auf weiteres vertagt. Unter Verschiebenem bemängelte ein Redner die Bestimmung des Statuts, nach der bei Ausperrungen infolge der Malfeier die Unterführung erst nach Ablauf der zweiten Woche eintrete. Dadurch ließen die Betroffenen Gefahr, schwere wirtschaftliche Schäden zu erleiden. Er werde unter diesen Umständen nicht mehr fernern. Dem Redner wird erwidert, daß, wenn man von dem Gedanken der Malfeier durchdrungen sei, man nicht so spreche wie er. Auf diese Art schäbige man nur die Malfeier. Man feiere doch schließlich um der Sache selbst und nicht um der Unterstützung willen. Zur Anschließ hieran wurden noch interne Angelegenheiten erörtert.

Freizeitspiele Gemeinbe. Sonntag, den 4. April cr., vormittags 9 Uhr, in der Halle, Poppel-Allee 15—17; Freizeitspiele-Vorstellung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn B. Böhm: „Gegenseitige Hilfe in Natur und Kultur“. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Verband der deutschen Buchdrucker. Ortsverein Rixdorf, Sonnabend, den 3. April: Versammlung bei Hoppe, Hermannstr. 42.

Vermischtes.

Die gestrige Fahrt des Luftschiffes „Z. I.“

Nachdem das Luftschiff „Z. I.“ im Laufe des gestrigen Vormittags auf seinem Landungsplatz in Dingolfing mit neuem Gese gefüllt worden war, stieg es um 11 1/2 Uhr vormittags zur Fahrt nach München auf.

Von hier aus wurden denn auch, wo immer das Luftschiff bemerkt wurde, die Augenblicksberichte nach allen Richtungen versandt. Bei dieser Gelegenheit fehlt natürlich der im Sensationsstil gehaltene Brimborium nicht.

Um 1 1/2 Uhr landete das Luftschiff, nachdem es die nördlichen Stadteile Münchens überflogen hatte, unter großem Jubel auf dem Obertiefenfeld.

Um 3 Uhr 36 Min. flog, wie aus München gemeldet wird, das Luftschiff bei aufgeklärtem Wetter auf und fuhr in südwestlicher Richtung weiter. Abends kurz vor 8 Uhr ging die Landung in Wangzell glatt von statten.

Dampfer in Brand geraten. Nach einer Meldung aus Colon ist der deutsche Dampfer „Sarnia“ gestern am hiesigen Kai in Brand geraten. Die Kesselung im Vordersteck ist beschädigt, im übrigen hat das Schiff keinen bedeutenden Schaden erlitten. Das Feuer ist gelöscht. Eine Person kam ums Leben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in der Stadtkasse Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 Uhr bis 12 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Wednes- u. 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Gelegentliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Schwindel 1. In den Wochenlagern ist in Leipzig Kehlur-Badenisch, während die Stunden der Sonntagsarbeit in den offenen Verkaufsstellen für die einzelnen Branchen verschieden sind und in der Zeit von morgens 5 bis nachmittags 6 Uhr verschieden festgesetzt sind. Die Ortskrankenkassen haben Selbstverwaltung und keine Verpfändung, Militäranwärter anzustellen. — Oberzeitung. Jede größere Annoncenexpedition vermittelt Anzeigen die Aufnahme. Erscheinungsort: Frankfurt am der Oder. — G. B. 7. Wir raten ab, Warnungen haben wir des Stern ausgesprochen. — G. G. Die Bezugsquellen der Händler sind uns nicht bekannt. Doch fragen Sie bei einer Großhandlung an, deren Adressen Sie im Adressbuch finden. — W. N. 300. Offenbacher Frauenkantaten, Pringenstr. 66. — G. H. — Abonnent in Themas. Ob die Herren Familienbeziehungen zu einander haben, wissen wir nicht, geistig sind sie aber sicher verwandt. — Langjähriger Abonnent. Ihr Sohn würde mit Rücksicht auf Erfolg beim Gewerbeamt auf Zahlung des Lohnes für die drei Tage Klagen können. — J. S. 18. Nein. Klagen Sie den Herrn zu Unrecht einbehaltenen Teil des Lohnes beim Gewerbeamt ein. — J. 91. Gewerbesteuerpflicht liegt nicht vor, wenn weder der Jahresabbehaltsdienst 1500 M. noch das Anlage- und Betriebskapital 3000 M. übersteigt. — N. G. 11. 1. Nach herrschender Ansicht, ja. 2. Die Geburtsurkunde genügt. — W. N. 14. Der Ehemann ist berechtigt, das Sorgerecht seiner Frau dadurch aufzuheben, daß er an das Amtsgericht seines Wohnortes einen notariell oder gerichtl. beglaubigten Antrag einreicht, indem er erklärt: Das Recht meiner Ehefrau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches Geschäfte für mich zu besorgen und mich zu vertreten, habe ich hiermit auf und beauftragt, diese Aufhebung in das Güterrechtsregister einzutragen. — G. W. 4. Zur Uebernahme des Postens vermögen wir nicht zu raten.

weil wir die Kasse nicht für reell halten. — M. S., Waisenstraße 5. Das Kalenderjahr 1908 ist maßgebend. — L. W. 57. Die Entschädigung bezieht sich lediglich nur auf Beamte und nicht auf Arbeiter. — M. T. Das ein Ehegatte den anderen verlassen, so berechtigt dies keineswegs den anderen zu einer neuen Ehe zu schließen. Er würde sich vielmehr des Verbrechens der Bigamie schuldig machen, wenn er wieder heiratet, bevor die frühere Ehe getrennt ist. Er müßte also zunächst bei Gericht die Scheidungsbefugnis durchsetzen. Die überrückte Verlassung allein reicht in der Regel noch nicht zur Scheidung aus. Es muß vielmehr zunächst auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft geklagt werden. Erst wenn dies mit Erfolg geschehen und der verurteilte Ehegatte innerhalb eines Jahres nach Rechtskraft des Urteils bemessen nicht Folge leistet, kann auf Scheidung geklagt werden. — A. N. Ja. — Kris 19. 1. Ja. 2. So viel uns bekannt die Weihenstern, früher auch die Schneider. — C. H. Ja, vergleiche den Artikel über Steuern im „Vorwärts“ vom 28. März. — S. P., Rindorf 17. Nein. — P. N. 5. Sie leben auch ohne Ehevertrag, da Sie nach 1898 getraut haben, außerhalb Gütergemeinschaft. Zweckmäßig ist es aber zu notariellen Protokoll das Eigentum der Ehefrau ausdrücklich anzuerkennen und auf Nießbrauch- und Verwaltungsrecht in dem Vertrag zu verzichten. Die Uebertragung des eigenen Vermögens auf die Ehefrau erfolgt durch gerichtlichen Vertrag. Zu einer solchen ist aber in der Regel nicht zu raten, weil die Eigentumslosigkeit des Ehemanns nicht in seinem Interesse liegt. Trotz Wahrung der gerichtlichen Form, ist ein solcher Vertrag ungültig, wenn er etwa in der Absicht geschlossen ist, Gläubigern die Zwangsversteigerung zu vereiteln. — Rom. Reich. 1. Nein. 2. Seit etwa dem 13. Jahrhundert. — J. 100. Norden. Die Ergänzungsteuer wird vom Vermögen, nicht von den Zinsen gezahlt. Bei einem Vermögen von 700 000 bis 780 000 M. beträgt die Ergänzungsteuer 300,80 M., bei 780 000 bis 800 000 M. 410,20 M. — W. N. 17. So lange der Kaufschilling aus dem Lotterieverein noch nicht erfolgt ist, haben die betreffenden Anspruch auf Zahlung eines einmaligen Gewinnes. — J. P. 74. Sie können nur auf Beilegung des Vertrages und auf Schadenersatz klagen. Eine Klage auf Aufhebung des Vertrages verliert seinen Erfolg. — W. S., Waisenstr. 5. Das Kalenderjahr 1908 (1. Januar bis 31. Dezember) ist für die Steuerberechnung maßgebend. — G. W. 95. Nein. — G. J. 100. Ihrer Tochter steht der Anspruch auf Unterhaltung einer Kündigungsschrift von 14 Tagen zu. — C. O. 31. Wer für einen Hund in Berlin die Steuerfreiheit beantragt, muß bei der Steuerbehörde schriftl. darum einkommen. Steuerfrei sind u. a. die Hunde, welche zur Bewachung von Gebäuden, Ladenträumen, Barenvorräten notwendig sind, falls die Hunde bei Tage an der Leine liegen oder in einem Hundezwinger gehalten werden, ferner die Hunde tauber oder blinder Personen, welche nach dem Ermessen der Steuerbehörde denselben zu ihrer Unterhaltung unentbehrlich sind, ferner die Hunde solcher Personen, welche nach den von der Steuerbehörde zu veranlassenden Ermittlungen zum Fortschaffen eines zum Betriebe ihres Gewerbes unentbehrlichen Korrens oder Handwagens ihren Vermögensverhältnissen nach andere geeignete Transportmittel nicht zu beschaffen vermögen. — J. 100. Kriegsunterstützung würde gezahlt werden. — J. 100. Fehler der Bewegungsorgane, die voraussetzungslos die dauernde Dienstuntauglichkeit herbeiführen werden. — A. 25. 43. 1. Beide Zelle. 2. Ja. — Wegert. Leider steht Ihnen ein Recht, vom Vertrage zurückzutreten, nicht zu. Sie würden mit Rücksicht auf Erfolg nur auf Beilegung des Vertrages und auf Schadenersatz klagen können. — G. S. 1900. 1. Ja. 2. Nein. 3. Eine gesetzliche Arbeitszeit gibt's nicht. — W. 100. 1. Der Arbeitgeber ist nur berechtigt, das Krankengeld und Invalidengeld für zwei Lohnperioden abzugeben; ist also wöchentlich Lohn vereinbart, so kann er nur die auf die letzten

14 Tage entfallenden Beiträge, nicht aber für die frühere Zeit, Abzüge machen. Hat er dergleichen, Abzüge zu machen, so kann er keineswegs nachträglich Zahlung verlangen, sondern hat die Beiträge selbst zu zahlen. 2. Nein.

Eingegangene Druckschriften.

Blätter für Gefängniswesen. 1. Band. 1. Heft. Von A. Marcovia. 4 M.
Der April. Nr. 1. Halbmonatschrift für die angewandte Kultur. 60 Pf. G. C. Steinke, München.
Das neue Europa. Aprilheft. Herausgeber Dr. A. Blakobin. 2 M. J. A. Brockhaus, Leipzig.
In zwölfter Stunde! Die Wahrheit über die Wiener Orientpolitik. Von Karl Horn. Deutsche Vereinsdruckerei und Verlagsanstalt, Graz.
Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Heft 7. Herausgegeben von Professor Dr. Fr. Ullrich. U. Hartmanns Verlag in Wien. Jahrgang 12 Seite 1, 115 M.
Weltgeschichte. Vorträge 38-44. Herausgegeben von Professor Dr. F. v. Flug-Hartung. 60 Vorträge zu 60 Pf. — Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.
Anleitung über die Grundlagen der Versicherung bei der Lager-Vertrauensgesellschaft. 93 S. Berlin, Rahmstr. 89/90.
Millionen und andere Novellen von Arthurschem. 440 Seiten. — Selbstverlag von Ferdinand von Uebertragung von E. Jansinger. 358 Seiten. — Anna Kuefer. Roman von G. W. 352 Seiten. — Der kleine Dämon. Roman von F. Zollogus. Uebertragung von R. v. Walter. 461 Seiten. G. Müller, München-Leipzig.

Ämtlicher Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Handel in den Central-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Milch: Zufuhr knapp, Geschäft reger, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise beständig. Fische: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 2. April 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur Grad C	Temperatur Grad F	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur Grad C	Temperatur Grad F
Emmenda	764,75		3 mäßig	1	1	50	Wien	763,75		4 heftig	1	1	50
Damburg	768,25		3 halb st.	1	1	50	Wien	763,75		4 heftig	1	1	50
Berlin	767,25		3 mäßig	1	1	50	Wien	763,75		4 heftig	1	1	50
Frankfurt	770,25		4 heftig	1	1	50	Wien	763,75		4 heftig	1	1	50
München	767,25		4 heftig	0	1	50	Wien	763,75		4 heftig	1	1	50
Wien	762,25		3 heftig	5	1	50	Wien	763,75		4 heftig	1	1	50

Weiterprognose für Sonnabend, den 3. April 1909. Wetter: heiter, aber kühl und veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich trübem nordwestlichen Winden; Nachtfrost. Berliner Witterungsbureau.

Derganze Wedding spricht

von der vorteilhaften Umgestaltung des Modewarenhauses Jacques Cohn, Müller-Strasse 182-183, am Wedding. Das Prinzip der neuen Geschäftsleitung ist es, die von dem früheren Inhaber übernommenen Waren weit unter Preis abzustossen, und die neuen Waren, um sich einzuführen, zu wohl ungekannt niedrigen Preisen zu verkaufen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir niemals Waren minderwertiger Qualität extra für die Festwochen oder andere Gelegenheiten anschaffen, dass jedoch grössere und kleinere Warenposten in allen Abteilungen zum Verkauf gelangen, deren Preiswürdigkeit in Anbetracht von Qualitäten und Mustern von jedem Käufer voll und ganz anerkannt werden muss.

Diese Woche nie wiederkehrende Kaufgelegenheit!!

Konfektion: Blusen, Kostümröcke, Jacketts, Kostüme, Mäntel, Jupons und Kinder-Kleider.

Ferner: Herren-, Damen- u. Kinderwäsche, Schürzen, Trikotagen, Strümpfe, Handschuhe.

Gratis! Eine elegante Zeitungsmappe bei einem Einkauf von 1 Mark an.

Wir geben anstandslos jedes Stück, das nicht am Lager vertreten ist, aus dem Schaufenster.

Nordenmarken.

Modewarenhaus Jacques Cohn (Inh. D. Franzus) Müllerstr. 182-183 am Wedding.

Theater.

Sonnabend, den 3. April. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Neues königliches Operntheater. Die Gelehrten.
Deutsches. Faust.
Kammerspiele. Klavierspiel und Scherz. (Anf. 8 Uhr.)
Königl. Opernhaus. Elektra.
Lefling. Der König.
Berliner. Einer von unsrer Leut.
Neues. Die fremde Frau.
Neues Schauspielhaus. Die Schulze.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Komische Oper. Die Gelehrten und die Hande.
Reichens. Kammerspiele um Amelle.
Schauspielhaus. Die Räuber.
Weschen. Der Jockel.
Kleines. Moral.
Geddel. Revolutionshochzeit.
Schiller O. (Walden-Operntheater.)
Der Graf von Charolais.
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Dithelo.
Luisen. Marie, die Tochter des Regiments.
Nachm. 4 Uhr: Max und Moritz.

Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operntheater. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operntheater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Rose. Die Entpflanzten. Nachm. 4 Uhr: Prinzessin vom Diamantlande.
Schauspieltheater. Scharif Holmes. Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Hündelbände.
Apolo. Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Reichsbühnen. Erteliner Sänger.
Walballe. Spezialitäten.
Volles Caprice. Infolent. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kafino. Wermann. Spezialitäten.
Kuhns Behrens. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Parodie. Spiegel spiegelt alles. — Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Reizespous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Tandenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Klug den Krümmern von Messina.
Nachm. 4 Uhr: Leben, Bräuche und Legenden der Schwarzhäutigen.
Hörspiel 8 Uhr: Dr. Dr. Schwaig. Gletscher und Eiszeit.
Stenwart, Invalidenstr. 57/59.
Lessing-Theater. Sonnabend 8 Uhr: Der König. Sonntag 3 Uhr: Rosmarin. Abends 8 Uhr: Der König.

Schiller-Theater.

O. (Walden-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais. Trauerspiel in 5 Akten von Richard Beer-Hofmann.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Rechts herum.
Sonntag, abends 8 Uhr: Die Karolinger.
Montag, abends 8 Uhr: Die Karolinger.
Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Einer von unsrer Leut'. Morgen: Einer von unsrer Leut'.
Neues Theater. Abends 8 Uhr: Die fremde Frau. (La femme X...)
Sonntag: Die fremde Frau. Montag: Die fremde Frau.
BERNHARD ROSE THEATER. Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Die Engländer.
Wochentagspreise.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Letzte Kinderoper: Die Prinzessin vom Diamantlande.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend nachm. 3 Uhr: Güte v. Berlichingen. Schauspiel in 5 Aufzügen v. Goethe. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt. Lustspiel in 3 Aufzügen von Eduard Haeckler.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Julius Caesar.
Sonntag, abends 8 Uhr: Rechts herum.
Montag, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Der Jockelklub.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonnabend, 3. April, Anfang 8 Uhr: Othello.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. Abends 8 Uhr: Dithelo.
Montag: Dithelo.
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Im Klubsessel.
Hebbel-Theater. Königgräber Str. 67/68. Anf. 8 Uhr. Revolutionshochzeit.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Leben, Bräuche und Legenden der Schwarzhäutigen in den Rocky-Mountains. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas. Hörspiel 8 Uhr: Dir. Dr. P. Schwahn: Gletscher und Eiszeit.
Residenz-Theater. — Direktion: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: „Kammerspiele um Amelle.“ Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 4. April, nachm. 3 Uhr: Der Prinsgemahl.
Luisen-Theater. Nachmittags 4 Uhr: Letzte große Kindervorstellung. Max und Moritz. Abends 8 Uhr: Marie, die Tochter des Regiments.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Jarwegen. 8 Uhr: Der Löffelgänger.
Montag: Marie, die Tochter des Regiments.

Neues Operntheater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Gastspiel-Theater. 8. Köpenickerstr. 68. 8. Zum 551. Male: Sherlock Holmes von Ferdinand Bonn.
Theater des Südens. Dreddenstr. 97 a. d. Brünzenstr. Zum weißen Rößl. Vor u. nach. reichl. Spezialität u. humor. Konz. Kinematogr., Kabarett. R. d. Dorf. Tanzorchester ohne Nachzahlung. Anf. d. Konz. 7, d. Dorf. 8 1/2, U. Entrée 20 Pf.
 Apollo Theater. 9 1/2 Uhr. Gastspiel. 9 1/2 Uhr. Der drei Schwächern. Wiesenthal. Abends 8 Uhr: Das große neue Programm. U. a.: F. A. Heinhans, Regententänzer. Gewöhnliche Preise.

Soziales.

Prüfung von Automobilführern.

Um den schlimmsten Mifständen bei der Prüfung der Führer von Kraftfahrzeugen noch vor dem Inkrafttreten des jüngst verabschiedeten Automobilgesetzes entgegenzutreten, hat der Minister für öffentliche Arbeiten und der Minister des Innern folgende, nicht veröffentlichte Vorschriften für die Prüfung der Führer von Kraftfahrzeugen erlassen:

Die Prüfung zerfällt in eine mündliche und eine praktische.

- 1. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf a) die allgemeine Kenntnis der Hauptteile des vorgeführten Fahrzeuges, genaue Kenntnis der für die Beurteilung seiner Verkehrssicherheit in Betracht kommenden Teile (Lenkvorrichtung, Bremsen, Geschwindigkeitswechsel, Rücklauf und Radbremsung); b) das Verhalten in besonderen Fällen (z. B. bei Schleudern des Wagens, bei Feuergefahr am Fahrzeug, Wassermangel bei Dampferzeugern); c) die Beurteilung der Verkehrssicherheit des Fahrzeugs vor Antritt der Fahrt; d) die Kenntnis der für den Führer eines Kraftfahrzeuges maßgebenden gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften.

- 2. Die praktische Prüfung umfasst a) die Kontrolle der Bremsen und Lenkvorrichtungen, Inganggehen des Motors nach vorheriger Prüfung der Rändvorrichtungen und einfache Fahrübungen auf kurzer Strecke (z. B. Einhalten einer gegebenen Fahrtrichtung, Ausweichen vor markierten Hindernissen, schnelles Halten mit Benutzung der verschiedenen Bremsen, Rückwärtsfahren, Wenden mit und ohne Benutzung der Rückwärtsfahrt); b) Probefahrt auf freier Strecke in möglichem Verkehr mit Begegnen und Ueberholen von Fuhrwerk, Ausfahrt aus einem Grundstück, Einbiegen in Straßen, Anwendung des Warnungssignals, Wechsel der Geschwindigkeit (wenn möglich auch in Steigungen und im Gefälle) unter Benutzung der verschiedenen zu Gebote stehenden Hilfsmittel, Handhabung der Bremsen unter verschiedenen Verhältnissen; c) abschließende Prüfung in freier Fahrt, auch durch belebtere Verkehrsströme in mindestens einständiger Dauerfahrt unter Benutzung aller am Prüfungsort und in seiner näheren Umgebung zu Gebote stehenden Geländeverhältnisse.

Für die Führung von Kraftträdern ist die Prüfung der Bauart des Fahrzeuges entsprechend zu gestalten. Nach dem Ermessen des Sachverständigen kann dabei die Dauer der unter 2c vorgeschriebenen freien Fahrt eingeschränkt werden.

Zu der mündlichen Prüfung können mehrere Prüflinge gleichzeitig zugelassen werden. Der praktischen Prüfung für Kraftwagen ist jeder Prüfling einzeln zu unterziehen.

Die praktische Prüfung ist erst vorzunehmen, wenn der Prüfling die mündliche Prüfung bestanden hat. Zu der Prüfung gemäß 2c darf der Prüfling nur zugelassen werden, wenn er bei der Prüfung nach 2b volle Sicherheit, Ruhe und Gewandtheit gezeigt hat.

Bei den Fahrprüfungen für Kraftwagen (vergl. b und c) muß der prüfende Sachverständige auf dem Wagen Platz nehmen. Er hat bei der Fahrt von Anweisungen, soweit irgend möglich, abzugehen und sein Augenmerk besonders darauf zu richten, ob der Prüfling die nötige Ruhe und Geistesgegenwart, einen sicheren Blick und Verständnis für die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs hat, sowie ob er Entfernungen richtig abzuschätzen, die Gelände- und Verkehrsverhältnisse besonders beim Wechsel der Geschwindigkeit zu berücksichtigen und zu benutzen, die Bremsen richtig zu handhaben und Geräusch- und Geruchsbelästigung nach Möglichkeit zu vermeiden versteht.

Gerichts-Zeitung.

Ansichtspostkarten und Verbot.

Eine allgemeine preussische Ministerialverfügung macht in Uebereinstimmung mit kammergerichtlichen Entscheidungen darauf aufmerksam, daß „gewöhnliche Ansichtspostkarten, d. h. solche, welche lediglich ihrer ausschließlichen Bestimmung, nämlich Zwecken des Verkehrs, des geselligen und häuslichen Lebens dienen, ohne daß der Darstellung ein politischer, religiöser, sozialer oder unsittlicher Gedanke zugrunde liegt“, von der Vorschrift der Angabe des Druckers, Verlegers, Verfassers oder Herausgebers nach Art. 2 § 6 des Reichsdruckgesetzes befreit sind.

Straffreier Fallscheid.

In einem Prozeß, den ein Eiseher gegen die Firma Grün u. Hettwig führte, hatte der bei dieser Firma angestellte Eisehmeister Max Niedel beschworen, daß der Kläger nicht 14, sondern nur 8 Türbelleidungen angebracht habe. Vier Wochen nach dem Termin, in dem Niedel diese Aussage beschworen hatte, teilte er in einer Eingabe dem Gericht mit, daß er sich in seiner Aussage geirrt habe. Wichtig sei, daß der Kläger 11 Türbelleidungen angebracht habe. Da sowohl diese Angabe als auch die eidlich abgegebene tatsächlich falsch sind — denn es handelt sich in Wirklichkeit um 14 Türbelleidungen — wurde Niedel wegen fahrlässigen Fallscheides angeklagt. Vor der dritten Strafkammer, die getrennt über diesen Fall verhandelte, vertrat der Verteidiger des Angeklagten den Standpunkt: Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts könne der Angeklagte nicht bestraft werden, denn er habe seine eidliche Aussage widerrufen, ehe durch dieselbe ein Nachteil eingetreten sei. Die Freisprechung müsse selbst dann erfolgen, wenn die in dem Widerruf enthaltenen, nicht beideten Angaben über die Zahl der Belleidungen wesentlich falsch abgegeben sein sollten. Maßgebend sei, daß der Angeklagte seine eidliche Aussage vor Eintritt eines Nachteils widerrufen habe. Das Gericht erkannte, ohne erst Beweis über den Tatbestand zu erheben, auf Freisprechung.

Uebermüdete Eisenbahnbeamte.

Der Reichsanwalt und das Reichsgericht stellten am Donnerstag in einer Anklagesache gegen untere Eisenbahnbeamte, welche freigesprochen waren, äußerst bedenkliche und weder der Sicherheit des Verkehrs noch dem Recht der Beamten entsprechende Grundsätze auf.

Von der Anklage der Transportgefährdung waren am 9. November vorigen Jahres vom Landgericht Alenburg die Lokomotivführer J. Streder und Gbr. Hlogt freigesprochen worden. Die Urteilsgründe lassen sich dahin aus: Beide Angeklagten sind bei der Kleinbahn des Kreises Alenburg angestellt; Streder ist Abfuhrmann. Vom 9. August vorigen Jahres an sollte ein Sonderzug fahren, dem auf einer bestimmten Station von dem ordnungsmäßigen Zuge auszuweichen war. Den Angeklagten war dies einige Tage vorher mitgeteilt worden. Sie vergaßen es aber vollständig und fuhrten mit ihrem Zuge direkt gegen den Sonderzug. Trotz Bremsens erfolgte ein heftiger Zusammenstoß. Einige Personenwagen wurden ineinander geschoben, neun Personen wurden getötet, zehn wurden schwer, acht leicht verletzt. Wie es möglich war, daß beide Angeklagten den Sonderzug vergessen konnten, war nicht festzustellen. Allerdings waren beide übermüdet. Streder hatte vier Tage hintereinander 12, 14, 13 und 15 Stunden Dienst gehabt, und Hlogt hatte neun Tage hintereinander durchschnittlich 11 Stunden gearbeitet. Streder war durch die große Hitze und dadurch, daß er einen Heizer anlernen mußte, sehr angestrengt. Hlogt hatte infolge eines nervösen Leidens Kopfschmerzen. Das Landgericht erkannte auf Freisprechung, weil nicht jedes Vergehen ein Schuldmoment in sich schließt. In dem Zuge befanden sich Verwandte der Angeklagten. Da deren Leben auf dem Spiele stand, hat das Gericht angenommen, daß die Angeklagten sicher alles aufgegeben haben werden, um sich ihrer Pflichten zu erinnern. Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Die Freisprechung beruhe auf Rechtsirrtum. Das Landgericht sage selbst, die Möglichkeit eines schuldhaften Vergehens bleibe offen. Die Gefährdung brauche nicht durch eine Fahrlässigkeit bewirkt zu sein. Ein Beamter handle schon schuldhaft, wenn er nicht besondere Vorkehrungen treffe, daß er eine wichtige Sache nicht vergessen kann. Die Angeklagten hätten z. B. dem Heizer entsprechende Mitteilung machen können, sie hätten sich irgendwo ein Zeichen anbringen können usw. — Das Reichsgericht trat diesen Ausführungen bei, hob das Urteil auf und verwies die Sache an ein anderes Landgericht, nämlich an das in Kiel.

Die Urteilsgründe des Landgerichts legen nahe, daß das furchtbare Unglück durch die Uebermüdung und Ueberanstrengung der Beamten herbeigeführt ist. Deshalb sind nicht die höheren Beamten, die diese Uebermüdung verschuldeten und voraussehen mußten, daß eine Folge der Ueberanstrengung ein Uebersehen der Aenderung des Fahrplans sein könne, angeklagt? Deshalb ist die Anklage nicht ferner darauf begründet, daß es Pflicht der Verwaltung gewesen wäre, am Tage der Sonderfahrt auf diese hinzuweisen? Statt hierauf hinzuweisen, haben der Reichsanwalt und das Reichsgericht einen durchaus unhaltbaren Grundsatz als vermeintlichen Rechtsatz aufgestellt. Sie nehmen an, man müsse dahin Vorkehrungen treffen, daß man etwas nicht vergessen könne. Das ist ein Widerspruch mit dem Begriff des Vergessens, der ja auf die Unabsichtlichkeit und auf die Unabhängigkeit vom Willen des Vergessenden hinweist. So schwer das Eisenbahnunglück war, so falsch ist es, die Unterbeamten dadurch zu Schuldigen zu stem-

peln, daß man Unmögliches ihnen zumutet, statt die wahrhaft Schuldigen in den höheren Beamten zu suchen. Auch dieser Fall zeigt, wie notwendig die Erfüllung der von der Sozialdemokratie so oft erhobenen Forderung ist, eine Maximalarbeitszeit und Mindestruhepausen im Interesse der Sicherheit des Verkehrs gesetzlich festzulegen.

Getötet?

Einen eigenartigen und völlig unerwarteten Ausgang nahm eine Verhandlung, die das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigte. Unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang stand der 21jährige Stallwärter Gustav Schmidt vor den Geschworenen. Der Angeklagte wurde beschuldigt, in der Eifersucht seine Geliebte am Halse gewürgt zu haben, so daß diese durch Ersticken den Tod fand. — Der bisher unbeachtete Angeklagte lernte in seinem Dienst bei dem Akerbürger de Martin-court in Bernau die damals erst 17jährige Dienstmagd Martha Dierbach kennen. Es kam zwischen beiden zu einem intimen Liebesverhältnis, welches zur Ehe führen sollte. Am 31. Januar d. J. suchte Schmidt in Begleitung der Dierbach deren in Dallgow wohnhaften Vater auf, um von diesem die Einwilligung zur Heirat zu erlangen. Er wurde jedoch mit Rücksicht auf die Jugend der D. zurückgewiesen. Auf dem Rückwege zum Bahnhof kam es auf der Chaussee zwischen Groß-Behtitz und Gohlitz zwischen dem Liebespaar zu einem Streit. Schmidt machte der D. Vorwürfe, weshalb sie ihm verschwiegen habe, daß ihr Vater im Armenhause wohne. Die D. soll hierauf geantwortet haben, wenn ihm dies nicht passe, so könne er gehen und sich eine andere anschaffen. Wie der Angeklagte behauptet, habe er sich hierüber sehr geärgert und das Mädchen scharf am Halse gepackt und nach hinten zurückgedrückt. Zu seinem Schrecken sei die D. plötzlich umgefallen, habe ein paar heftige Schlußbewegungen gemacht und sei dann tot hingefallen. — Der Angeklagte ist dann sofort zu dem nächsten Amtsvorsteher gegangen und hat gegen sich selbst Anzeige erlassen. Die Folge war das jetzige Strafverfahren wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Die als Sachverständige geladenen Medizinikrat Dr. Gottschall-Rathenow und Kreisarzt Dr. Kurt-Rauen beendeten, daß der Tod der Dierbach durch das Würgen am Halse eingetreten sei. Auf eine Frage des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Walter Jaffe, erklärte der Kreisarzt Dr. Rast aber noch, daß auch die Möglichkeit bestehe, daß der Tod erst rektifiziert durch die infolge des Würgens hervorgerufene Reizung des Kehlkopfnerven eingetreten sein könne. Der Verteidiger hielt nach diesem Gutachten die Tatbestandsmerkmale der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang für nicht erfüllt, da die Körperverletzung als solche nicht unmittelbar den Todeserfolg verursacht habe und so der kausale Zusammenhang zwischen der Körperverletzung und dem Tode nicht nachgewiesen sei. Die Geschworenen könnten die Schuldfrage aber nur dann mit gutem Gewissen bejahen, wenn der zum Tatbestand des § 22 des Strafgesetzbuches unbedingt erforderliche Kausalzusammenhang nachgewiesen sei. — Hierauf gingen die Geschworenen auch ein und sprachen den Angeklagten nur der Körperverletzung, nicht aber mit Todeserfolg, für schuldig, so daß nur einfache Körperverletzung vorlag. Dieser Wahrspruch hatte die Folge, daß der Angeklagte strafflos ausging, da ein Strafantrag wegen einfacher Körperverletzung von der allein antragsberechtigten Getöteten bei der Sachlage gar nicht mehr gestellt werden konnte. Das Verfahren mußte aus diesem Grunde eingestellt werden. Der Angeklagte wurde sofort aus der Haft entlassen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station, am 1.4., seit 31.3. am om, and Station, Wasserstand, am 1.4., seit 31.3. am om. Rows include Remel, Tüft, Bregel, Ankerburg, Reichel, Thon, Ober, Rathbor, Drossow, Frankfurt, Barthe, Schimm, Landsberg, Reg, Borbamm, Elbe, Leitmeritz, Dresden, Barbo, Magdeburg, Saale, Großh, Dabel, Spandau, Spre, Spremberg, Weiskow, Weiskow, Rhein, Magmillandsau, Rahn, Heilbronn, Rein, Berthelm, Rojel, Trier.

*) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterbezel, — *) Gestand. — *) Einzelne Gießhollen, am 31. von 1 Uhr nachmittags ab Eistreiben. Nach telegraphischen Meldungen hatte die Remel bei Tüft heute 10 bis 10 Uhr 45 vormittags starkes Eistreiben. Der Wasserstand der Ober bei Rathbor betrug heute früh 490 cm.

Passage-Kaufhaus

Friedrichstrasse 110-112 Oranienburgerst. 54-56*

Betriebsgesellschaft m. b. H.

Nach beendeter Inventur u. Uebernahme der Abteilungen

Wieder-Eröffnung

Montag, den 5. April, Nachm. 3 Uhr

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17/18.
Veteranenstr. 1/2.

Nur einmaliges Angebot!

Gelegenheitskauf feinst. Damenkonfektion

Seid. Umhänge, Jacketts, Boleros

aus reinseidenem Garantie-Taffet und Mervilleux
Wert bis 150.— Mark das Stück

Serie I	Serie II	Serie III
18.75	22.75	27.50

Cordsammet-Jacketts, lange u. halblange

ganz gefüttert, in modernen hellen und dunklen Farben
Wert bis 37.50 Mark das Stück

Serie I	Serie II	Serie III
6.75	8.75	12.75

Wasserdichte Staubmäntel unter Preis

Serie I	Serie II	Serie III
3.95	4.75	5.75

Kostüm-Röcke unter Preis

Serie I	Serie II	Serie III
3.95	4.75	6.75

Kinder- und Mädchen-Jacken

bis für das Alter von 14 Jahren durchweg Stück **2.95**

Damenwäsche

Hemden mit Stickerei	
Volant	1.55
Hemden m. gest. Passe	1.55
Hemden mit Languette	1.95
Hemden mit Trimming	1.75
Stickerei-Röcke . . .	3.75
Anstands-Röcke	
mit Languette	1.25, 2.25
Knie-Beinkleid. 1.50, 1.95	
Stickerei-Untertaillen	95 Pf.

Trikotagen

Herren-Macohemden	95 Pf., 1.25
Herren-Hosen, gestreift	1.45
Garnituren	
(Jacke und Hose) . . .	3.00
Touristenhemden	
mit Umgekragen . . .	1.95
Herren-Jacken	1.45
Damen-Jacken	1.45
Weisse Untertaillen	65 Pf.
Weisse Golljacketts	3.45

Handschuhe

Damen-Glacé,	
farbig und weiss . . .	95 Pf.
Damen-Glacé, farbig,	
dauerhafte Qualität . .	1.45
Damen-Glacé, farbig, Ia	1.95
Damen-Glacé, weiss	1.45, 1.95
Herr.-Glacé, Stepp., farb.	1.95
Gelbe Damenhandschuhe	
m. 2 Druckkn. Paar	48 Pf.

Korsetts

Halbhoch	1.25, 1.95
Frack gebümt	
oder grau Drell	2.45
Frack gebümt Drell,	
mit vier Strumpfhaltern	3.25
Direktors-Korsett	
	3.75, 5.50

Schürzen

Kinder schwarz u. farbig	95 Pf., 1.35
Haus	95 Pf., 1.65
Nieder	1.65, 1.95
Halbreform	95 Pf., 1.65
Tüdel, farbig, gestreift	95 Pf.
Tüdel mit Träger	95 Pf., 1.65

Strümpfe

Engl. gewebte Damen-	
strümpfe, schwarz u. leder-	
farbig Paar	38, 48 Pf.
Deutschl. Damen-	
strümpfe, schwarz	48 Pf.
Ringel-Damenstrümpfe,	
Paar	48 Pf.
Durchbrochene Damen-	
strümpfe, schwarz und	
farbig	38, 48 Pf.

Damen-Hüte

Glockenhut mit Sammetband und	3.75
Posen	
Strohstoff-Toque mit Blumen-	4.75
garnitur	
Englisch garnierte	95 Pf.
Hüte	1.25
Kinder-Rundhüte, blau-weiß	95 Pf.
und weiss	

Schuhwaren

Damen-Schnürstiefel, Chevrete	5.75
Damen-Schnürstiefel mit Lack-	
kappe, breite Form	6.75
Damen-Schnürstiefel, Derbyschnitt,	
amerikanische Form	8.50
Damen-Spangenschuhe, braun	
Ziegenleder	4.75
Damen-Halbschuhe, Derby, ameri-	
kanische Form mit Lackkappe	7.50
Herren-Zugstiefel	9.50
Herren-Schnallenstiefel, Boxcalf	8.75
Herren-Derbystiefel, Boxcalf . .	10.50
Herren-Schnürstiefel	9.50
Knaben-Stiefel, Boxcalf	7.85
Knaben-Stiefel, Ross-Chevreteux,	
mit Lackkappe	8.50

Mädchen-Stiefel

aus Ross-Chevreteux, breite Form	
27/30	31/35
4.50	5.25

Bis
10.
April:

Photographie-Bons gratis

bei einem
Einkauf von
5 Mark an

Die Aufnahmen finden wochentags von 9 bis 5 Uhr, Sonntags von 10 bis 2 Uhr statt. Wir machen hierbei ausdrücklich darauf aufmerksam, dass jede Aufnahme innerhalb 14 Tagen, tadellos ausgetücht, geliefert wird.



Schutzmarke.

Wir gestatten uns hiermit zur Kenntnis zu bringen, daß vom 1. April ab

Herr Heinrich Gießelmann

die Oekonomie unseres Brauerei-Ausschanks

Landsberger Allee 11/13

übernommen hat.

Indem wir bei dieser Gelegenheit auf die Vorzüglichkeit unserer allseitig beliebten und begehrten Biere hinweisen, bitten wir, das bisher Herrn Oekonom O. Oertler bewiesene Wohlwollen auch auf Herrn Gießelmann übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Böhmisches Brauhaus.

Auf vorstehende Anzeige höflichst besugnehmend, wird es mein aufrichtiges Bestreben sein, meinen verehrten Gästen durch eine vorzügliche preiswerte Küche sowie durch gutgepflegte Biere einen angenehmen Aufenthalt zu schaffen.

Hochachtungsvoll

Heinrich Gießelmann.

Frühjahrs-Neuheiten

in

Anzügen und Paletots

Beste Verarbeitung □ Schicke Fassons
Prima Stoffe □ Enorme Auswahl

Jackett-Anzüge	38.50	31.50	24.50	11.50
	18.50	14.50	M.	
Rock-Anzüge	52.50	49.00	42.00	28.50
	37.00	33.50	M.	
Paletots	42.00	33.50	26.50	13.50
	21.00	16.50	M.	
Ulster	45.50	35.50	28.50	14.50
	22.50	17.50	M.	

Jünglings- u. Knaben-Garderoben
in allen Größen und allen Preislagen

760L*

Spezialität: Anfertigung nach Maß aus modernsten Stoffen und prima Futterstoffen zu mäßigen Preisen

Julius Lindenbaum

Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstraße
Größtes und leistungsfähigstes Spezialhaus des Ostens für feine Herren- und Knabenmoden.
::: Lieferant des Arbeiter-Konsum-Vereins. :::

Jede Dame lese!



Tuch und englischen Stoffen in den elegantesten Ausführungen von 6 bis 35 M. (Wert des Doppeltes), Rocke, tadelloser Sitz, zu Spottpreisen.
Damen-Konfektion Seydelst. 2 1 Trepp.

Zur Frühjahrs- und Sommer-Saison lade ich das tausende Publikum zur Besichtigung mein in großer Anzahl u. nur aus Neuheiten besteh. Warenlager in Herren- u. Knaben-Garderoben ergebenst ein. Besichtigung ohne Kaufzwang. Mein seit 1888 als reich bekanntes unter der Firma

Heinrich Ferester

bestehendes Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft, welches sich nach wie vor nur allein

8 Reinickendorfer Straße 8

vis-à-vis der Dankeskirche, neben der Markthalle am Weddingplatz befindet.

bietet d. kaufenden Publikum einen vorzüglichen, denn

Der Verkauf der Herren- und Knaben-Garderoben geschieht zu den denkbar billigsten, aber streng festen Preisen.	Jeder Gegenstand ist mit fettgedrucktem, für jeden Käufer sichtbarem Verkaufspreis deutlich versehen.
--	---

Kein Vorschlag! Kein Abhandeln! Keine Uebervorteilung!
Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „NORDEN“.

Sechster Wahlkreis!

Sonntag, den 4. April, mittags 12 Uhr:
Öffentliche politische Versammlung

im Palais-Theater, Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße.

Tagesordnung:

Die politische Geheimpolizei und ihr Treiben.

Referent: Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld.

Freie Diskussion.

Der Einberufer: Th. Fischer, Ravenestr. 6.

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose
Herkules
tragen.



Unserreichte =
Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder
mit Zwirnketten in
grauen und braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Bund aus
einem Stück
gearbeitet, wodurch
besondere Haltbarkeit
bedingt ist. Sehr feste
Kapnähte mit
starkem Garn.

Schwere Leder-Pilot-Taschen.
Große Flecken umsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Männer-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u.
Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 39-30 - Brückenstr. 12
Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachb. verboten.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß am
1. April, mittags 12 Uhr, meine
liebe gute Frau 1888

Auguste Methner
an Herzschlag verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Schöneberger Kirchhofes aus statt.
Der tieferschütterte Gatte
H. Methner.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, des **Maurers**
Georg Friesenhahn
sage ich allen Freunden und Bekannten,
besonders den Kollegen vom Bau des
Realgymnasiums meinen besten Dank.
Die trauernde Witwe
Pauline Friesenhahn,
geb. Biele.

Kohlen billiger!
Sämtliche Brennmaterialien zu
Sommerpreisen bei
Leske & Fabian,
Görlichestr. 17/19, a. d. Görlicher Bahn.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11 C.
Reparaturen,
auf Wunsch zugleich mit
vorig. Louverbesserung.
Spezialität:
Erzeugung des all-
italienischen Timbre
für große Söle an alten
u. neuen Geigen. *
Mäßiges Honorar.

M. Glogau
Alte Jakobstr. 73
Ecke Dresdenstr. u.
Neue Hauptstr.

C. Wachsmann & Co.
Reinickendorferstr. 15
Ecke Randelstrasse
am Weddingplatz.

P. Neugebauer Nachf.
Charlottenburg
Wilmersdorfer-
strasse 31.

Lächerlich
wirkt der Versuch
von gewisser Seite, die nun
einmal feststehende Tat-
sache in Zweifel zu ziehen,
dass „Der neue Dreibund“
das grösste Unternehmen
dieser Art im ganzen
Deutschen Reiche ist.

Ebenso lächerlich
klein und gar nicht fühlbar sind die An- u. Abzahlungen,
welche man bei uns auf Möbel und Waren zu leisten hat.

Für
nur 1 Mk.
wöchentliche Teil-
zahlung liefern
wir
1 Schrank oder
1 Vertiko
1 Tisch, 2 Stühle
1 Bettstelle
1 Matratze
1 Trumau
1 Sofa
1 kompl. Küche
1 Teppich

Wir
haben in jedem
unserer grossen
Geschäfte die
gleich
grosse
Auswahl, Kulanz
und die
gleich
kleinen
Preise.

Für
nur 2 Mk.
wöchentliche Teil-
zahlung liefern
wir
1 Büffelt oder
1 Garnitur
1 Wohnzimmer
1 Schlafzimmer
sowie
diverse komplette
Einrichtungen

Kompl. stillgerechte
Herren-, Schlaf- und
Speisezimmer.

Damen-
Jackets, Blusen,
Röcke, Kostüme
auf
Kredit

Herren-
Anzüge, sowie
Paletots etc. etc.
auf
Kredit

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet

Unserem Heilse
August Schwarz nebst **Brant**
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung!
Die Verlobung der Filiale 11
der Wagenbauertafel.
August, schließ De heut' och nich???

Unserem Heilse
Emil Ahrend nebst **Brant**
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung.
Die Hauskassiererin vom Bezirk
508-Ost.

Unserem Heilse
Unserem Genossen **Artur Wiesel**
und Genossin **Martha Gähler**
zur heutigen Vermählung
die herzlichsten Glückwünsche!
Diskutierklub „Osten“.

Unserem Heilse
Julius u. Marie Wiese
zur Silberhochzeit
die herzlichsten Glückwünsche!
Willy, Margarete, Erich.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin I.
Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliefern zur Nach-
richt, daß der Kollege
Karl Brandt
Mitglied seit 20. November 1904,
am 31. März an Gehirnerschlag
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Andreas-Kirchhofes, Wilhelm-
berg, aus statt.
66/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Dem Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglieð, der Schlosser
Franz Schulze
am 31. März an Leberleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 8. April, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Hilflichen Begräbnisplatzes in der
Waldstrasse aus statt.
Rege Beteiligung erwünscht
114/15 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Freunden
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser guter Sohn,
Bruder und Schwager, der Dreher
Adolf Schubbe
am Dienstag, den 30. März, plötz-
lich verstorben ist.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Witwe **Martha Schubbe** u. Kind.
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 3. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Johanns-Kirch-
hofes in Köpenick aus statt.

Dr. Georg Friedländer,
prakt. Arzt (Theckstr. 34),
vorzogen nach
Schlegelstraße 28.
8-10 und 4-5. III 6687.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
Berlin SO., Granienstr. 166
Berlin W., Potsdamerstr. 118a • Potsdam, Nauenerstr. 23

Fertige

Herren- u. Knaben-Garderobe

für Frühjahr u. Sommer

vorrätig in allen Größen. Berücksichtigt sind dabei
normale, als auch schlanke, untersetzte und
extra starke Figuren.

== **Vorzügliche Qualitäten** ==

== **Tadellose Verarbeitung** ==

Eleganter, vornehmer Sitz

Geschmackvolles Aussehen

Großes Lager der neuesten Stoffe.

Maßanfertigung

in vornehmer, bester und modernster Ausführung,
bei bekannter Preiswürdigkeit, mit einer Lieferfrist
von wenigen Tagen, in Eilfällen sogar in 24 Stunden.

Ulster und **Paletots**

Mark 58,- 52,- 48,50
45,- 42,50 40,50 38,50
36,50 36,- 35,- 32,50
32,- 30,50 29,50 27,50

21,50 an

Jackett-, Rock-, Gehrock-

Anzüge

Mark 75,- 70,-
60,- 40,- 38,50
36,50 34,- 32,50
30,- 29,- 28,50

24,50 an

M. Schulmeister

Schneidermeister
Dresdener Str. 4, am Kottbuser Tor
(Hochbahn-Station).

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Anlässlich des Osterfestes verabfolgen wir bis Donnerstag, den 8. April cr. inkl. **doppelte Anzahl Sparmarken**

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken

4 große Lebensmittel-Tage solange Vorrat

Sonnabend den 3., Sonntag den 4., Montag, den 5., Dienstag, den 6. April
Back-Artikel zum Festkuchen

Ia Weizenmehl 00 5 Pfd.-Beutel 95 Pf.
Kaiser-Auszugmehl 5 Pfd.-Beutel 1.05
Viktoria-Auszugmehl 5 Pfd.-Beutel 1.20
Liebigs selbsttätig. Backmehl 1 Pfd.-Pak. 38 Pf.
Ia Kartoffelmehl 5 Pfd. 75 Pf.
Weizenpuder 1 Pfd. 35 Pf.
Palmin (Pflanzenbutter) Pfund 70 Pf.

Große Rosinen Pfund 53 Pf.
Sultaninen Pfund 60 Pf.
Korinthen Pfund 32 Pf.
Mandeln, süß Pfund 1.10
Mandeln, bitter Pfund 1.15
Feinste Vanille 3 Schoten 16 Pf.
Kochzucker 5 Pfund 1.05

Vanillin-Zucker Oetker und Liebig 3 Pak. 25 Pf.
Backpulver Oetker und Liebig 3 Pak. 25 Pf.
Hansa-Backpulver 3 Pak. 20 Pf.
Hansa-Vanillin-Zucker 3 Pak. 20 Pf.
Zitron-, Mand.- u. Van.-Essenzen 3 Glas 25 Pf.
Pr. Getreide-Hefe Pfund 55 Pf.
Estol (Pflanzenbutter) 3 Pfund 65 Pf.

Fleischwaren

Eisbein, Spitzbein 25 Pf.
Eisbein, Dickbein 40 Pf.

Hammelfleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch billigst

Kassler Rippespeer Pfund 80 Pf.
Rückenfett und Liesen Pfund 65 Pf.

3 Waggon Steingut, Porzellan und Glas besonders preiswert

Sonntag, den 4. April, sind unsere Verkaufsräume von 8-10 Uhr vormittags und von 12-6 Uhr nachmittags geöffnet.

* Ausgenommen sind einige Artikel.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.

Kein Laden.
Nach beendeteter Engros-Saison
auch Einzelverkauf

enorm
billig!

Damen-Paletots
Kostüme
Kostümröcke
Blusen
Staubmäntel



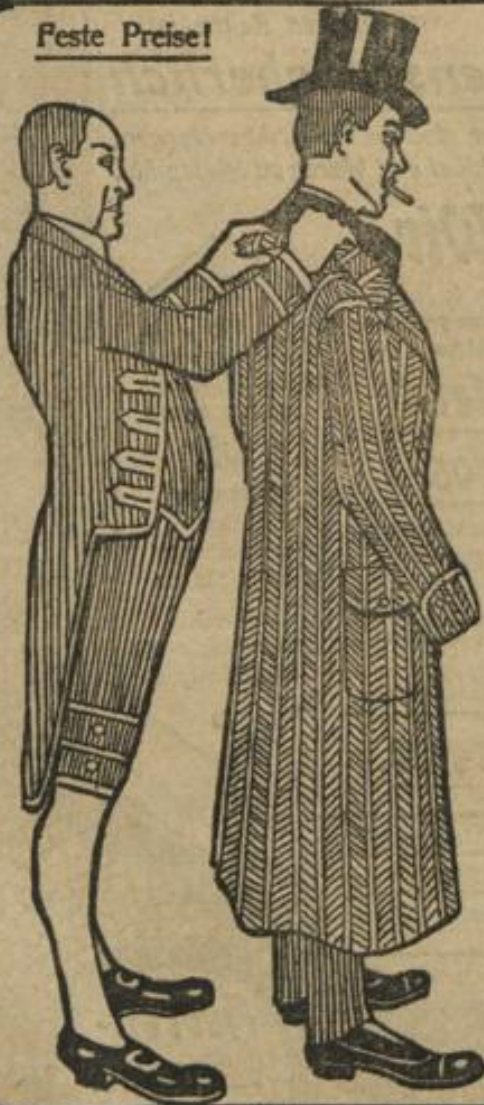
Mädchen-Paletots

Robert Baumgarten
Hausvogteiplatz II, I. Etg.
schräg über Untergrund-Bahnhof.

Bei Vorzeigung dieses In-
serates an der Kasse werden
5 % Rabatt vergütet.

Palmsontag bis 6 Uhr geöffnet!

Feste Preise!



Vereinigte Special-Geschäfte

Carl Zobel * Hermann Vandsburger

SO. Köpenickerstr. 121 SW. Friedrichstr. 7 NW. Turmstr. 30a
IV, 2804 IV, 9099 II, 3953

**Frühjahrs-Paletots
und Ulster**

in denkbar größter Auswahl, allen Geschmacksrichtungen
Rechnung tragend, vom einfachsten bis elegantesten Genre

16, 18, 21, 24, 27, 30
33, 36, 39, 42, 45, 50 M.

Modernste Fassons

Aparteste Dessins

Direkter Vertrieb eigener Fabrikate



daher
größte Leistungs-
fähigkeit



**5 für
eine
Mark**

schonlich Abzahlung
erhalten Sie

Möbel, Spiegel,
Polsterwaren etc.

S. Gottlieb

Rosenstraße 21

Samstags und
Sonn-
tags
Anzahlung.



W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Hülsen.

Jeder Käufer eines Huttes erhält einen Hutetänder gratis.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß
ich mein **Zigarrengeschäft** von der Spandauer Straße nach der
Conradstraße 6 verlege.
Um gütigen Beifall bitte **Alex. Kelm**.
18985*

**Anton Boekers Festsäle
Weberstr. 17.**

Gedulde hiermit das Gerücht, daß ich mein Geschäft verkaufen
will, für eine aus der Luft gegriffene Lüge.
Empfehle daher noch wie vor allen Vorkänden den Gewer-
schaften und Vereinen meine Säle zu Versammlungen und Festlich-
keiten zu den kulantesten Bedingungen. Einige Sonnabende und
Sonnstage sind noch zu vergeben; auch ist mein kleiner Saal,
100 Personen fassend, des Sonnabends noch frei.
Hochachtungsvoll

Anton Boeker, Weberstr. 17.

Abendkurse

zur Ausbildung von Technikern
und Werkmeistern in Elektro-
technik u. Maschinenbau *

Technische Akademie, Berlin 45
Markgrafenstraße 100.

Prospekte frei!

Sommer-Preise.

A. B. Koch

Rohlgroßhandlung
Gegründet 1893.

Haupt-Stoutor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1
(vis-à-vis Warschauer Straße).
Fernspr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3096.

Lagerplatz I: Berlin O. 34, Brom-
berger Str. 16 (am Ostbahnhof).

Lagerplatz II: Berlin O. 17, Frucht-
straße 13 (Güterbahnhof Ostbahn).

Lagerplatz III: Güterbf. Weihen-
see, Greifswalder Straße 80a.
Amt VII, 7624. 6062*

Preise für nur 10 Marken ab Platz
von 10 Str. an:

Prima Halbheine

Ferdinand Str. 83 Pf.

Halbheine Ranch-
hammer Str. 86 Pf.

Halbheine Kfz. Str. 90 Pf.

Ferdinand-Strik. Str. 85 Pf.

Anna und Wald-
mannsheil Str. 92 Pf.

Pfannschiff Str. 94 Pf.

la Diamant-Salon
(pr. Str. 110-120 St.) Str. 1.00

la Kuh, Kohlen-
werte Str. 1.00

la Risse Salon Str. 1.00

la Anthrazit-Cade Str. 2.20

Kofz., Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tages- und Konventions-
preisen. Anlieferung frei Keller je
nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf.
mehr. — Bei Originalwaggons und
größerer Abnahme verlangen Sie
meine Spezial-Offerte.

Nathan Wand

129 Stallier Str. 129.

Die schönsten 3002

Herrn - Sommer - Paletots

und Anzüge in neu

sonstigen getragene Sachen,

fast neu, für jede Figur passend,

speziell Bauanläge sind in

großer Auswahl reich zu staunend

billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallier Str. 129.

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Bitte auf Hausnummer zu achten.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Mit dem heutigen Tage erscheint wiederum eine neue Lokalliste und ersuchen wir daher, mit Rücksicht auf die nunmehr wieder beginnenden Partien und Ausflüge, dieselbe genau beachten zu wollen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß wir im vorigen Jahre, dank der bereiten Nacht unserer Gegner, nur sehr geringe Erfolge im Lokalkampf in den Randorten errungen haben, so müssen wir zu der Ueberzeugung kommen, daß wir zur strengen Durchführung des Lokalkampfs alle geschlechtlich uns zur Verfügung stehenden Mittel mit aller Schärfe in Anwendung bringen müssen.

Wir haben wiederholt betont, daß der Kampf um die Erringung von Versammlungslökalen ein Kampf um das Versammlungsrecht ist; wir ersuchen dringend, dies noch mehr als bisher zu beherzigen. Ganz besonders wollen wir diesmal auf den Kreis Potsdam-Osthavelland hinweisen. Dort haben wir Orte, die sich rapide entwickeln, den kleinen Organisationen aber durch den Lokalmangel jede Weiterentwicklung unterbunden ist. Außerordentlich krasse Zustände bestehen in Falkenhagen und Seefeld, an Orten, die speziell von Berliner Ausflüglern stark frequentiert werden; es steht uns dort kein einziges Lokal zur Verfügung. Der Bezirk zählt 3500 Einwohner und kommen mehr denn 20 Lokale, darunter 9 mit Sälen, in Frage. Der Gastwirt Schöneberg in Falkenhagen baute seinerzeit seinen Saal mit der unentgeltlichen Hilfe der dortigen Genossen (Maurer und Zimmerer), und war der Vorstand des Wahlvereins eifrig bemüht, durch lebhaftes Agitation die Frequenz des betreffenden Lokals nach Möglichkeit zu heben. Trotzdem wurden uns nach sehr kurzer Zeit die Räume ohne irgendwelchen Grund entzogen, und es ist trotz unermüdlicher Arbeit noch nicht möglich gewesen, anderweitig Ersatz zu schaffen; alle Lokalbesitzer lehnen strikte ab, oft mit ganz eigenartigen Begründungen. So verlangt Herr Brandenburg, Inhaber des „Gasthofs zu den drei Kaisern“, daß für den entstehenden Schaden 20 000 M. auf 10 Jahre deponiert werden sollen. Aus allen diesen Gründen ersuchen wir, den genannten Bezirk gänzlich zu meiden.

Des weiteren ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen bezogen wird. (Ordnungsverordnung Berlin, Gr. Hamburger Straße 18/19. Tel. Amt III 1813.)

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Weßlow und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen. Für die übrigen Provinzorte sind alle Anfragen direkt an den Obmann zu richten, in keinem Falle jedoch direkt an die Redaktion des „Vorwärts“; dies bitten wir zu beachten.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintreffenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen. Für verloren gegangene Listen kann jederzeit Ersatz von allen Kommissionsmitgliedern bezogen werden. Die Lokalkommission.

Zur Erwiderung!

Bezüglich der Erklärung des Genossen Bächner in Nummer 77, in der behauptet wird, ich wäre sehr wohl in der Lage gewesen, seinen Ausführungen entgegenzutreten, habe ich folgendes zu bemerken:

Als Genosse Bächner gesprochen hatte und nach ihm ein Schlusssatz angenommen wurde, meldete ich mich sofort zur Nichtigstellung ums Wort, welches auch von einem großen Teil der Anwesenden gemerkt worden ist, jedoch erklärte mir Genosse Ernst, daß ich das Wort zur Nichtigstellung erst nach der Abstimmung über den Antrag betreffs „Neue Welt“ bekommen könnte. Nach der Abstimmung meldete ich mich noch mal zum Wort, aber im Drange der Gespräche muß es das Bureau übersehen haben, und ich habe es aus Bescheidenheit durchgehen lassen. Bedauern muß ich, nicht energischer darauf gedrungen zu haben, dann wäre ich zum Wort gekommen, und die Erklärungen wären jetzt überflüssig. Wenn aber Genosse Bächner meint, es wäre mir wohl schwer gefallen, ihn zu widerlegen, dann irrt er sich gewaltig; denn daß wir nicht den Kontrakt erst verlängert haben, nachdem sich der Zentralvorstand mit der Sache beschäftigt hatte, wie es Genosse Bächner der Generalversammlung zu erzählen beliebte, habe ich schon in meiner Erklärung richtig gestellt, und es wäre mir auch am Sonntag möglich gewesen, die Befehle dafür auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Darauf geht aber Genosse Bächner in seiner Erklärung nicht ein, sondern beschuldigt die Genossen des dritten Kreises, daß sie dem Beschluß des Zentralvorstandes nicht nachgekommen seien. Meines Wissens hat der dritte Kreis bis jetzt noch nicht gegen bindende Beschlüsse des Zentralvorstandes verstoßen.

Nun weiß ich nicht, ob Genosse Bächner der Sitzung vom 19. Februar 1909 beigewohnt hat, wenn ja, dann dürfte er diese Beschuldigung nicht erheben, dann müßte er wissen, daß zwischen dem Wahlvereinsvorstand von Mixdorf und dem des dritten Kreises im Sommer 1907 ein Briefwechsel stattfand, in welchem eine gegenseitige Verständigung erzielt wurde, die Frage der Neuen Welt bis 1909 ruhen zu lassen.

Achtung, 4. Wahlkreis. Parteispedition. Die Spedition von Robert Wengels befindet sich vom 4. April an Andreasstr. 17, Hofparterre.

Zur Uranivorstellung, die vom 4. Wahlkreis am Sonntag, den 4. April, vormittags 10 Uhr arrangiert wird, sind noch im Bureau Stralauerplatz 1/2 Willetts zu haben.

Die politische Geheimpolizei und ihr Treiben lautet das Thema, das Genosse Dr. Rosenfeld in einer vom sechsten Wahlkreis zu Sonntag, den 4. April, mittags 12 Uhr nach dem Feenpalast in der Burgstraße einberufen hat und zu welchem die Genossen freundlichst eingeladen werden.

Steglich. Am Sonntagvormittag 8 Uhr findet eine Flugblattverteilung statt. Der Vorstand.

Zehlendorf. Am Sonntag, den 4. d. M., 8 Uhr nachmittags, findet im Saale des Gesellschaftshauses von W. Wied, Rasstr. 12 hier selbst, eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Schubert spricht über: „Die politische Lage in Deutschland“.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 4. April, abends 7 1/2 Uhr findet im Wilhelmshof eine Theateraufführung des Wahlvereins statt. Öffentliche Kasse findet nicht statt, weshalb die Genossen ersucht werden, sich vorher mit Willetts zu versehen. Der Vorstand.

Stralau. Ein Mitgliedsbuch des Wahlvereins, ausgestellt auf den Namen Johann Kubil, Nummer 148, ist verloren gegangen. Der Finder desselben wird gebeten, es an den Kassierer Robert Gundlach, Alt-Stralau 12 I, einzuliefern.

Nieder-Schönhausen. Die Bibliothek des Wahlvereins steht nunmehr den Mitgliedern zur Verfügung; dieselbe befindet sich bei dem Genossen Hellwich, Waldowstraße 28b, II. Die Ausgabe der Bücher erfolgt jeden Freitagabend von 8-9 Uhr.

Nieder-Schöneweide. Die Genossen treffen sich am Sonntag früh 8 Uhr in den Bezirkslokale zur Flugblattverteilung.

Der Vorstand.

Oranienburg. Am Sonntag, den 4. April, nachmittags 6 Uhr findet im Lokal Baldhaus, Sandhausen eine Volksversammlung statt, in welcher Stadtverordneter Genosse Adolf Ritter über „den Kampf im Schiffbauergewerbe und die Tarifraine der Unternehmer“ sprechen wird. Gleichzeitig soll über das Thema: „Wer wird beim Kanalbau beschäftigt?“ gesprochen werden. Die Genossen werden ersucht, tatkräftig für diese Versammlung zu agitieren.

Berliner Nachrichten.

Im Reiche Floras.

Tritt man aus dem noch winterlich kalten Tiergarten, wo man kaum die ersten schüchternen Anzeichen der erwartenden Natur erblickt, in die Riesen-Ausstellungshalle am Zoo, so bleibt man zuerst betroffen stehen. Wie geblendet von der berückenden Farbensymphonie blickt das Auge hinein in diese Wunderwelt unendlicher Schönheit. Das Vollendetste, was menschlicher Geist und Fleiß in jahrhundertlangem Bemühen in der Pflanzen-, Obst- und Blumenkultur vollbracht haben, ist hier vereinigt. Und würde der biblische Papa Gott durch diesen Prachtgarten wandeln, er müßte wohl selbst zugeben, daß ein vorweltliches Paradies diesem gegenüber ziemlich armselig ausgesehen haben muß. Menschliche Kunst und künstlerischer Geschmack haben hier die Farben gemischt, haben das Schlichte, Natürliche bis zu den feinsten und edelsten Nuancen kultiviert und neben die schöpferische Kraft der Natur den Triumph des nimmerrastenden Menschengesistes gesetzt.

Schon die farbengefärbte Pracht des Azaleenbeetes, das die Mitte des Hauptsaales umfaßt, fesselt in einer wunderbaren Harmonie den Blick des Besuchers. So rot leuchten manche, als seien sie von Herzblut getränkt, und andere wieder in so zartem Weiß, als kämen sie frisch gewaschen und gestärkt aus einer Waschanstalt. Und dazwischen in allen Abstufungen und Schattierungen, vom tiefsten Rot bis zum diskretesten Rosa, in gelben und blauen Fleckchen bilden sie hier in ihrer erquickenden Fülle und Schönheit einen einzigen Blumentraum. Dieses Arrangement, das von oben herab gesehen einem kostbaren Teppich gleicht, umrahmt ein duftender Kranz von Flieder und Rhododendron, von Schneeball und königlich stolzen Palmen. Ueberhaupt der Flieder. Er allein wäre es schon wert, hinauszuwandern nach dieser entzückenden Ausstellung. In den feinsten Abtönungen, vom blendenden Weiß ins tiefe Blau hinüberschimmernd, grüßt er uns von hohen, schlanken Stämmchen herunter.

An der Stirnseite des Raumes hat man, in einen Wald von üppigem Grün und leuchtendem Blütenprunk gehüllt, das bekannte Achilleion, aus dem der größte Lyriker Deutschlands neben Goethe ein Menschenalter nach seinem Tode noch verbannt wurde, nachgebildet.

Im zweiten Saal empfängt uns ein entzückendes Hyazinthen- und Tulpenarrangement. Daneben glüht und leuchtet in den verschiedensten Arten ein Wald von Rhododendron. Weiße Marmorstatuen tauchen aus üppig blühenden Rosenhainen auf und die mit Lannengrün umkränzten eisernen Träger und Brüstungen verleihen dem Gesamtbilde eine wunderbare natürliche Stimmung. Mit innigem Entzücken durch die Ragliddschenbeete wandelnd, wenden wir uns einem Seitengange zu, wo in lauschiges Dämmerlicht gehüllt, eine üppige, tropische Vegetation sich entfaltet. In tiefem satten Grün niden hier melancholisch mit den Birzeln die Kinder des Südens und träumen von der tropischen Sonne und den stillen Nächten in der weltfernen Einsamkeit. Aber nicht nur für's Gemüt ist in dieser Ausstellung gesorgt. Auch Dinge sind hier, die einem das Wasser im Munde zusammenlaufen lassen, Kefel, Birnen, Wein und andere Gemüthgegenstände bilden hier ledere Stillleben. Kommen aber erst unsere Hausfrauen hierher, dann kann es möglich sein, daß sie beim Anblick der festen, olympischen Köhlköpfe, der wie gemalt aussehenden Kartoffeln und der prächtig gewachsenen Rübener Gurken einfach — Rad schlagen. Wir aber verlassen die duftgeschwängerte Halle mit dem köstlichen Bewußtsein, einige Stunden in einer entzückenden Wunderwelt zugebracht zu haben.

Für die brennende Frage der Feuerbestattung

erwärtet sich allmählich auch die höhere orthodoxe Geistlichkeit, natürlich nur die evangelische, während die katholische von ihrer seit Jahrhunderten betätigten fanatischen Nüchternheit so leicht nicht abzubringen ist. In der letzten Sitzung der Berliner Stadtsynode erklärte unter Zustimmung anderer bisher durchaus strenggläubiger Geistlicher der Generalsuperintendent D. Haber, daß es für die Vertreter der evangelischen Landeskirche an der Zeit sei, persönliche religiöse Empfindungen und Ueberzeugungen den nicht mehr zu hemmenden Forderungen der Anhänger der Feuerbestattung unterzuordnen. Wenn auch der Geistliche als solcher die Feuerbestattung nicht billige, so müsse er dennoch den Standpunkt der christlichen Nächstenliebe einnehmen und dürfe die Nivivierung an dem Zeremoniell der Leichenverbrennung nicht aus Rücksicht auf seine eigene Anschauung verzweifeln.

Diese Erklärung ist nach mehreren Richtungen hin bedeutsam. Es ist zunächst sehr interessant, daß der Generalsuperintendent so viele seiner Amts- und Glaubensgenossen erst auf die Erfüllung des Gebotes der christlichen Nächstenliebe nachdrücklich hinweisen muß. Weiter aber zeigt die Mahnung dieses tonangebenden Geistlichen allzu

deutlich das Bestreben, den immer stärker klaffenden Riß durch langames Nachgeben und Entgegenkommen zu verkleinern. Die Kirche wittert mit ihrer feinen Nase, daß Zehntausende, die Anhänger der Feuerbestattung sind und im Innersten doch christlich empfinden, sich gänzlich von der Kirche lossagen werden, wenn diese fortfährt, gegen die Leichenverbrennung zu agitieren. Theoretisch ist also der Standpunkt der evangelischen Kirche genau der alte geblieben, aber man fürchtet ein weiteres Herabgehen der praktischen Vorteile, die die nimmer zufriedene Kirche selbst noch aus dem Tode von jeder gezogen hat. Darum wird jetzt noch zu rechter Zeit eingelenkt, ehe der Riß unheilbar geworden ist. Die synodalen Nachthaber wissen auch am besten, wie schwer es fällt und welche enormen Kosten es erfordert, für die stetig wachsenden Millionen der Großstadt neues Kirchhofsgelände zu gewinnen. Man kann heute schon ziemlich genau die Periode berechnen, wo es einfach nicht mehr möglich sein würde, sämtliche Tote in der Erde zu bestatten und wo die zwingende Notwendigkeit der Feuerbestattung allen kirchlichen Widerstand glatt über den Haufen werfen muß. Nur deshalb sieht sich die Kirche ihre Nachstellung nunmehr auch, soweit es überhaupt geht, für die Leichenverbrennungen zu sichern. Nur Mittel zum Zweck des Geldverdienens ist der Hinweis auf die obligate christliche Nächstenliebe. Dieser Hinweis muß als oblagert gelten, so lange die Kirche in hundert anderen Fragen die christliche Nächstenliebe praktisch verleugnet.

Insmerhin kann die Erklärung des Generalsuperintendenten D. Haber als ein weiteres Zeichen dafür aufgenommen werden, daß die gesetzliche Regelung der freiwilligen Feuerbestattung in Preußen kurz vor der Verwirklichung steht. Dieses Ziel würde freilich früher oder später auch ohne das Einlenken der Kirche erreicht werden.

Die Eröffnung der Personenschiffahrt in der Umgebung Berlins wird an dem nächsten Sonntag stattfinden, nachdem das Eis auf den Gewässern endlich gespalten ist. Vom 4. dieses Monats ab wird der regelmäßige Dampferverkehr von Tegel nach Tegelort, sowie nach Spandau und Sandhausen, ferner von demselben Tage ab der Dampfer-Personenverkehr auf dem Haken- und Kaffee zwischen Ertnar, Woltersdorfer Schleuse und Rüdersdorf aufgenommen werden. Die Dampferfahrt wird bei günstiger Witterung an den Osterfeiertagen beginnen.

Wechsel in der Leitung der Reichsdruckerei. Die Reichsdruckerei erhält eine neue Leitung. Mit der Vertretung des Direktors der Reichsdruckerei, Geh. Ober-Regierungsrats Landbeck, ist der Oberpostdirektor Görte aus Oppeln beauftragt und zum 1. Mai nach Berlin versetzt worden. Von diesem Tage an ist ihm die Verwaltung der Direktorstelle der Reichsdruckerei übertragen. Oberpostdirektor Görte war hier jahrelang Bezirksaufsichtsbeamter und bis vor wenigen Jahren Postrat bei der kaiserlichen Oberpostdirektion. Nachdem er noch kurze Zeit bei der Oberpostdirektion in Koblenz gewirkt hatte, wurde er Oberpostdirektor von Oppeln. Die Leitung der Oberpostdirektion in Oppeln übernimmt vom 1. Mai an Postrat Frensdorfer in Frankfurt a. M.

Nach einer Bekanntmachung der Strompolizeiverwaltung dürfen die Bootsverleiher in Berlin und Umgebung nicht vor der jetzt zur allgemeinen Durchführung kommenden amtlichen Bootskontrolle ihre Fahrzeuge zu Wasser bringen. Diese Kontrollen finden schon seit mehreren Tagen statt und sollen am heutigen Sonnabend beendet werden, damit die Bootsverleiher bereits am Sonntag bei günstiger Witterung Mähne vermieten können.

Fahrpreis für die letzte Reise. Für die Leichen, die vom Berliner Ostbahnhof nach Ahrensfelde und von Halensee nach Wannsee befördert werden, gelten vom 1. April an folgende Sätze: Für eine Leiche eines Kindes im Alter bis zu 2 Jahren nach Ahrensfelde 1 M., Wannsee 1,25 M., von 2 bis 14 Jahren 2 M. und 2,50 M., von Erwachsenen 3 M. nach Ahrensfelde und 4 M. nach Wannsee. Ein besonderer Wagen kostet nach Ahrensfelde 27, nach Wannsee 36 M.

Der Jugendausschuß für Groß-Berlin teilt mit, daß die für Sonntag, den 4. April, in Aussicht genommene Jugendfeier an diesem Tage nicht stattfindet.

Ein Raubmordanschlag auf einen Gelddriefsträger

wurde gestern morgen in der Vesselfstraße Nr. 10 verübt. Der Driefsträger wurde am Kopfe schwer verwundet; der Täter ist entkommen.

Der Gelddriefsträger Eulenburg aus der Solmsstraße ist auf dem Postamt 48 in der Friedrichstraße beschäftigt. Gestern morgen kam er auf seinem ersten Bestellsange auch nach der Vesselfstraße Nr. 10, wo er im zweiten Stock bei dem Rechtsanwalt Dr. Eisebach zu tun hatte. Nach dieser Bestellung stand er ein Weilschen auf dem Abfah der halben Treppe am Turmsteier, um einen Vermerk auf die Anweisung zu schreiben. In diesem Augenblick erhielt er von oben herab, wahrscheinlich von einem Manne, der ihm heimlich die Treppe herunter gefolgt war, einen wuchtigen Schlag auf den Kopf, so daß er Blutüberströmte gegen die Wand taumelte. Der Hieb, dem noch mehrere folgten, ging durch die Wähe hindurch.

Der schwer verletzte Driefsträger Eulenburg ist ein Mann von 58 Jahren. Als auf seine Hilferufe die Pförtnerfrau kam, lag er hilflos auf dem Treppenabfah. Die Frau und ebenso der von ihr gerufene Hauswirt Kaufmann Döring glaubten zunächst, daß er hingenfallen sei und sich dabei verletzt habe. Als sie aber das Geld auf der Treppe verstreut sahen, wurde ihnen die Lage klar. Jetzt riefen sie die Polizei des 35. Reviers, die dann die Kriminalpolizei benachrichtigte. Ein Arzt verband den Schwundeten an Ort und Stelle und ließ ihn nach dem Krankenhaus Am Urban bringen. Am Tatort befindet sich eine große Blutlache. Auch die Mauer am Fenster ist mit Blut besudelt. Der Täter hat anscheinend ein Beil oder ein anderes scharfes Werkzeug benutzt. Geraubt hat er nach den Feststellungen, die das Postamt an der Hand der Eulenburg übergebenen, von ihm bereits bestellten und noch vorhandenen Anweisungen machte, etwa 800 M. Wahrscheinlich hat er nur oder wenigstens hauptsächlich Papiergeld genommen. Das harte Geld, Zwanzigmarksstücke, Silber und Nickel lag weit verstreut auf der Treppe und wurde vom Hauswirt, dem Kaufmann Koromheim aus dem Hause und dem Arzte gesammelt. Was die Ausführung der Tat betrifft, so hat der Raubmörder wohl mit Vorbedacht die Vesselfstraße ausgewählt. Sie ist um diese Morgenzeit ziemlich still und auch das Haus Nr. 10, an der Ecke der Charlottenstraße, hat wenig Verkehr. Der Räuber ist dem Gelddriefsträger wahrscheinlich auf der Straße ein Stück Wegs gefolgt und dann hinter ihm in das Haus hineingegangen. Er handelte bis zuletzt mit großer Ueberlegung. Dafür ein Beweis: die Pförtnerfrau hatte morgens alle Fenster an der Treppe geöffnet. Nach dem Ueberfall zeigte sich, daß sie im dritten, zweiten und ersten Stock geschlossen und nur noch im vierten Stock offen waren. Der Täter hat sie, während Eulenburg die Vesselfstraße bei dem Rechtsanwalt ausfuhrte, ohne Zweifel geschlossen, um nicht von draußen her gesehen zu werden. Der Ueberfallene, der mittags bewußtlos war,

hatte vorher noch einige Angaben gemacht, eine Beschreibung des Täters konnte er jedoch nicht geben.

Das Polizeipräsidium hat für sachdienliche Mitteilungen aus dem Publikum, die zur Ermittlung des Täters führen, eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Geraubt sind nach genaueren Feststellungen 755,81 M., wenn 200 M., die Gulenburg in einem Portemonnaie in seiner Tasche hatte, sein Privatvermögen sind, wie angenommen wird. Der Ueberfallene hatte bereits fünf Bestellungen ausgeführt. Dem Räuber ist nicht nur Bargeld, sondern auch Gold in die Hände gefallen, aber nur wenig Silber. Augenblicklich sind die Postverwaltung und die Kriminalpolizei noch dabei, die geraubten Münzen und Scheine im einzelnen so genau als möglich festzustellen. Im ganzen hatte Gulenburg 1900 M. zum Austragen bekommen.

Der Hauptschlag ist mit großer Kraft geführt worden. Die Schneidefläche in der Nähe ist über sechs Zentimeter lang. Beim Zurückziehen des Werkzeuges ist anscheinend Hirnmasse an der Wunde klebend geblieben. Ein zweiter Schlag hat den Ueberfallenen an der rechten Kopfseite getroffen. Gulenburg war in den ersten Nachmittagsstunden noch nicht vernehmungsfähig. Seine Verletzungen sind schwer, aber nicht tödlich, wenn nicht Komplikationen eintreten. Seinen Söhnen, die ihn nachmittags besuchten, konnte der Ueberfallene nur wenige Zeichen geben. Schmerzen hat er außer am Kopf auch an der rechten Körperseite. Hier rührten sie wohl von seinem Fall her.

Nach dem Gutachten des Gerichtschemikers Dr. Jeserich hat der Räuber ein kleines Beil mit gerader acht Zentimeter langer scharfer Schneide und scharfen Enden benutzt. Mit diesem Werkzeug hat er einen Schlag von hinten links geführt. Es kommt nun darauf an, zu ermitteln, woher das Werkzeug stammt. Da sollten sich Geschäftsteile einmal überlegen, ob bei ihnen in der letzten Zeit ein solches Beil gekauft worden ist, oder Privatleute, die leicht Gastwirte, Hausfrauen, Zimmervermieterinnen, ob ihnen ein Beil dieser Art in den letzten Tagen abhanden gekommen ist. Ein jeder wolle seine Wahrnehmungen ohne Verzug der Kriminal- oder Revierpolizei mitteilen.

Arbeitslosigkeit veranlaßte gestern nachmittag den 48 Jahre alten Schneider Emil Kühne, der bei seiner Schwester in der Altonaer Straße 18 wohnte, zum Selbstmord. Er sprang aus einem Fenster des vierten Stocks in die Tiefe und war sofort tot.

Mißstände auf dem hiesigen Schlachthof.

Unter diesem Titel erhalten wir aus den Kreisen der Fleischer folgende Zuschrift:

„Die Stadt Berlin, die zu bestimmten Zwecken oft sehr viel Geld übrig hat, läßt auf dem hiesigen Schlachthof eine Sparfamille, die für die daselbst beschäftigten Fleischergehilfen, Kutscher usw. sehr lästige Folgen haben kann. Für Hilsleistungen bei Unglücksfällen, die fast täglich vorkommen, ist sehr wenig getan. Die auf dem Schweineschlachthof beschäftigten Gesellen haben bis zur Unfallstation ¼ Stunde zu laufen, da dieselbe sich auf dem Rinder- und Schweineschlachthof befindet. Wenn man bedenkt, daß die beschäftigten Gesellen bei ihrer Arbeit mit scharfen Messern, Weilen usw. umgehen, jede Minute sich verletzen können, so ist es einfach unverständlich, warum nicht auch auf dem Schweineschlachthof eine Unfallstation eingerichtet wird. Die Kosten dürften hierbei keine Rolle spielen; die Stadt hat doch die Verpflichtung, für das Leben und die Gesundheit Hundertter von Menschen ausreichend zu sorgen. Wohl befindet sich auf dem Schweineschlachthof eine Verbandsstelle, dieselbe wird jedoch erst 4 bis 5 Stunden nach Eröffnung des Schlachthofes geöffnet, so daß es häufig vorkommt, wenn vor dieser Zeit etwas passiert, daß der Verunglückte nach der ¼ Stunde entferntenen Unfallstation gebracht werden muß und sehr starken Blutverlust erleidet.“

Ein großer Mangel ist auch, daß in der Verbandsstelle nicht ständig ein Angestellter anwesend ist, sondern diese notwendigen Arbeiten von einem Kutscher so „nebenbei“ mit erledigt werden. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Verletzte 20 Minuten und noch länger umherlaufen mußten, um einen Verband zu erhalten, denn der Kutscher war nirgendwo zu finden. Wenn die Schlachthofverwaltung so nachlässig ist, ist von den Meistern natürlich nicht mehr zu erwarten. Die Berufsvereinschaft scheidet vor, daß in jedem Betriebe ein Verbandskasten vorhanden sein soll; in den Schlachtkammern fehlen aber dieselben vollständig, ja bei verschiedenen fehlen sogar die Unfallverhütungsvorschriften.

Hier wäre es Zeit, daß die Stadt Berlin für Abhilfe sorgte und auf dem Schweineschlachthof eine Unfallstation mit einem ständig anwesenden Arzte eingerichtet würde. Das Leben und die Gesundheit mehrerer hundert beschäftigter Gesellen, Kutscher usw. erfordert das dringend. Auch die Fleischerberufsgenossenschaft sollte einmal einen Beamten nach dem Schlachthof entsenden, um zu sehen, wie ihre Vorschriften unbeachtet bleiben.“

Zu dieser Zuschrift möchten wir bemerken, daß lediglich aus Sparfamillebrüder die auf dem Schlachthof vorgelegene Einrichtung für erste Hilfe von der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag noch gestrichelt wurde und man sich mit einer gewöhnlichen Verbandsstelle begnügte. Weil nur auf den Tag ein Fall eintrifft, deshalb brauche man die von unseren Genossen geforderte Einrichtung nicht. Wieviel Fälle eintreten müssen und welcher Art die sein müssen, um sofortige sachverständige erste Hilfe auf dem Schlachthof zu bekommen, berichtet der Herr Bürgermeister nichts.

Ueberfahrenes Bräuerpaar. Ein aufregender Unglücksfall hat sich vorgestern Abend auf dem Gesundbrunnen zugetragen. Die in der Brunnenstraße 59 wohnhafte Kaufmannsrau Rosenfeld hatte ihre beiden 7 und 9 Jahre alten Söhne Hermann und Helmut fortgeschickt, damit sie beim Schlächter etwas einkaufen sollten. Als die beiden Knaben die Kreuzung der Straßburger Straße passierten, kam gerade ein Schlächterfuhrwerk um die Ecke gefahren. Die beiden Brüder gerieten unter den Wagen und wurden beide überfahren. Schwerverletzt schafften Passanten die Verunglückten nach der nahen Rettungswache. Dem kleinen Hermann waren beide Unterschenkel zertrümmert, während der Bruder an beiden Armen, am Hals und im Gesicht schwere Verletzungen erlitten hatte.

Tödlicher Absturz von einem Fuhrwerk. Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall fand gestern der 23 Jahre alte Arbeiter Richard Wehle aus der Reichenberger Straße den Tod. Er hatte nach der Stadt gehen wollen und um schneller vorwärts zu kommen, wollte er am Kolonnen Tor auf einen Lastwagen springen. Er kam aber dabei zu Fall und stürzte so unglücklich zu Boden, daß die Räder des schweren Fuhrwerks über seine Brust hinweggingen. Ein Schuttmann schaffte den Verunglückten nach der Rettungswache am Gärlicher Bahnhof, doch kurz nach der Einlieferung starb W. unter den Händen des Arztes.

Angehörige des dieser Tage verstorbenen, in Reinickendorf wohnhaft gewesenen Schlossers Herrig legen Wert darauf, festzustellen, daß Herrig nicht wie gemeint, irrtümlich geworden ist, sondern infolge eines Influenzanzalles nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er an einer hinzugegetretenen Lungenentzündung verstarb.

Die eingegrabene Kindesleiche. Einen schaurigen Fund machten Kinder beim Spielen auf dem Preußenplatz. Die Kleinen hatten im Sand herumgegraben und stießen dabei plötzlich auf einen Gegenstand. Sie förderten ihn zutage und erkannten in ihm die Leiche eines neugeborenen Kindes. Der Leichnam war mit einem weißen Tuch und ebenfalls Jaso eingehüllt. Das Mädchen trägt den Buchstaben B in lateinischer Schrift. Ob hier ein Kindesmord vorliegt, wird erst die genauere Untersuchung der Leiche ergeben.

Verlegung einer Rettungswache. Die bisher in der Frankfurter Allee 85 belegene Rettungswache ist vom 1. April ab nach der Hoppenstr. 36/37, verlegt worden. Es findet daselbst wie bisher ständiger ärztlicher Tag- und Nachtdienst statt, der vom Ärzteverein des Berliner Rettungswesens versorgt wird.

Die öffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, Rungestr. 25/27, ist im Monat März von 11 121 Personen besucht worden. In der Lesehalle wurden außer Zeitungen und Zeitschriften 1083 Bücher gelesen, nach Hause entliehen 8092 Bände, zusammen 4675, von denen 82 Procent wissenschaftlichen oder belehrenden Inhalts waren. — Die Lesehalle ist werktäglich geöffnet von 12—3 Uhr mittags, 6—10 Uhr abends, Sonntags von 10—1 und 3—10 Uhr.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat aufzufordern seinerseits anzuordnen, daß

1. Personen, die lebensgefährlich erkrankt sind,
2. Personen, die durch die Art ihrer Erkrankung (Ephritis usw.) eine Gefahr für die Bürgerschaft bedeuten,
3. Personen, welche mit ansteckenden Krankheiten — Ausch (Lepra), asiatischer Cholera, Diphtherie, Dfsenerie, Fleckfieber (Pesttypus), Genickstarre, Kindbettfieber, Milzbrand, West. Pocken (Blattern), Koh, Rückfallfieber, Ruhr, Scharlach, Typhus — behaftet sind,

im Auguste-Viktoria-Krankenhaus sofortige Aufnahme finden, ohne daß die Frage der Kostentragung bei der Aufnahme erledigt wird.

Dieser Antrag soll am Montag zur Verhandlung kommen; derselbe soll seine Ursache in dem rigorosen Vorgehen der Krankenhausverwaltung haben. Es sollen Kranke, die auf ärztliche Anordnung dorthin geschickt worden sind, keine Aufnahme gefunden haben, weil sie ohne Nachweis waren, wer die Krankenhauskosten trägt. Zurückgewiesen sollen nicht nur solche sein, die keiner Krankenkasse angehören, sondern auch diejenigen, die Mitglieder einer Klasse waren. In einem Falle soll sogar die Annahme eines Schwerkranken verweigert worden sein, der mit dem städtischen Krankentransportwagen befördert wurde. Bei der Debatte hierüber am Montag dürften wahrscheinlich noch andere Beschwerden vorgebracht werden.

Ueber die Revolutionen in Berlin und Babeln im Jahre 1848 und 1849 referierte Genosse Reichstagsabgeordneter Adolf Ged. Sein Vortrag, sowie die Vorführung der Lichtbilder fanden bei der Versammlung reichen Beifall. Genosse Müller wies darauf hin, daß am Sonntag, den 4. dieses Monats, vormittags, eine Flugblattverbreitung zur Gewinnung von Parteigenossen und Abonnenten auf den „Vorwärts“ stattfand, zu der sich die Genossen recht zahlreich in ihren Lokalen einfanden. Ferner machte Redner darauf aufmerksam, daß am 1. Osterlage in der Schloßbrauerei das Vermögen des Wahlvereins stattfand. Der Vergütungsausschuß habe alles getan, um den Besuchern einen angenehmen Abend zu bieten.

Rixdorf.

Die Frauenabteilung der Freien Turnerschaft veranstaltet morgen Sonntag nachmittag um 5 Uhr im großen Saale des Genossen Frey Hoppe, Hermannstr. 49, ein Schachturnen. An daselbst schließt sich ein mit gutem Programm ausgestatteter Kommerz und ein Tanzfrühstück. Die genannte, aus Arbeiterfrauen und jungen Arbeiterinnen bestehende Turnabteilung gibt somit allen Freunden und Freundinnen Gelegenheit, sich von dem Wert einer vernünftigen, jeder Sportfertigkeit fremden Körperlichen Betätigung zu überzeugen. Die Eintrittskarten werden kostenlos ausgegeben, sind jedoch nur bei den Mitgliedern der Abteilung und im obenbezeichneten Turnlokal zu haben.

Wilmersdorf.

Ein tödlicher Automobilunfall eines Oberleutnants hat sich gestern mittag gegen 1 Uhr an der Ecke der Wiesenburger- und Kasanenstraße ereignet. Der in der Uhländerstr. 84 wohnhafte Oberleutnant a. D. v. Werfel hatte an der genannten Ecke den Fahrbahn überschreiten wollen, als das Droschkenautomobil Nr. 10694 herangefahren kam. Noch bevor es v. W. gelang, auf den Bürgersteig zurückzuweichen, hatte ihn der Kraftwagen erfasst und niedergerissen. Die Räder gingen dem Unglücklichen über den Kopf hinweg, so daß der Schwäbel zertrümmert wurde. Sterbend wurde v. W. davongetragen. Auf der Unfallstation am Zoologischen Garten konnte der diensttuende Arzt leider nur noch den Tod feststellen.

Vogelsang-Rummelsburg.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Wilhelm Schulze den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin. In der darauffolgenden längeren lebhaften Diskussion sprachen sich die Genossen Kowalle und Wächter gegen die Erhöhung der Frauenbeiträge aus. Die Genossen Hinte und John erklärten sich gegen den Beschluß der Beibehaltung des Sonderbeitrags, während mehrere Redner sich im großen und ganzen mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden erklärten. Da die Versammlung sehr spät beschloß, wurde von der Berichterstatterin unserer Gemeindevertreterfraktion Abstand genommen. Die Versammlung nahm nur den Bericht von der diesjährigen Stadtberatung entgegen, den Genosse O. John erstattete. Redner verbreitete sich hauptsächlich über die Steuern, speziell über die Erhöhung des Kommunalzuschlages von 100 auf 125 Proz. Er legt die Gründe dar, die unsere Fraktion bezog, im Vorjahre gegen die Herabsetzung auf 100 Proz. zu stimmen. Da der diesjährige Etat trotz Entnahme aus verschiedenen Reservefonds bei einem Zuschlag von 100 Proz. nicht balanciert werden konnte, seien unsere Vertreter gezwungen gewesen, für die Erhöhung auf 125 Proz. zu stimmen. Die Zustimmung mußte erteilt werden trotz der schlechten sozialen Fürsorge in unserer Gemeinde, da andererseits im nächsten Jahre jedenfalls ein Zuschlag von 100—180 Proz. erforderlich gewesen wäre. In längerer Diskussion erklärten sich die Genossen Wächter, Salas und Baumgarten gegen den Beschluß unserer Vertreter. Unsere Genossen hätten ihre Zustimmung von einzelnen Forderungen wie Volksschule und Spielplätze usw. abhängig machen müssen. Die Genossen Berger, Müller und John verteidigten ihre Zustimmung auf 125 Proz., unter anderem damit, daß für die Ausgaben sonst keine Deckung vorhanden gewesen wäre, andererseits wäre der Etat vom Kreis nicht genehmigt worden. Zum Schluß wies der Vorsitzende Genosse Baumgarten auf die Waise hin, welche aus einer Vormittagsversammlung, sowie Nachmittagsfeier bestehen soll und fordert die Anwesenden auf, sich recht zahlreich hieran zu beteiligen.

Adlershof.

Der Wahlverein nahm in seiner letzten Mitgliederversammlung die notwendig gemordene Ergänzungswahl des Vorstandes vor. Für den erkrankten Kassierer wurde Genosse Emil Reumann und an seine Stelle als Revisor Genosse Karl Köhl gewählt. Für den Genossen Steuer, der nach Johannisthal verzog, wurde Genosse Schwarzlose, Hoffmannstr. 11, zum Spediteur, Genosse Hoffmann zum Schriftführer und an Stelle des Genossen Petersen Genosse Freudenberg als Lokalkommissionsmitglied gewählt. Zweck Schaffung eines Jugendheims sind, wie Genosse Wegner mitteilte, Verhandlungen mit der Konsumgenossenschaft angedacht, um von ihr einen geeigneten Raum in ihrem Neubau zu mieten. Die Unkosten wurden sich jährlich auf 300 M. werte und 350 M. für Licht, Heizung und Reinigung belaufen. Die Versammlung beschloß: Der Wahlverein übernimmt die Garantie für die Sicherstellung der Miets von 300 M. auf 5 Jahre. Ein Antrag des Ge-

nossen Köhler, einen Verein ins Leben zu rufen, der die Aufgabe hat, die Unkosten für das Jugendheim aufzubringen, wurde angenommen. Eine siebenköpfige Kommission, bestehend aus den Genossen Köhler, Goepel, Jabel, Krumrey, Kötze, Martin und Hoffmann, wurde mit der Gründung des Vereins beauftragt. Zur Aufnahme meldeten sich sofort 58 Genossen. Zum Punkt: „Mitgliederfrage“ wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Adlershof stellt sich nach wie vor auf den Standpunkt, daß die würdige Feier des 1. Mai die Arbeitsruhe ist. Sie macht deshalb allen Mitgliedern zur Pflicht, wenn irgend möglich, die Arbeit ruhen zu lassen, ferner werden die Genossen, die eine dauernde befristete Tätigkeit in der Partei-, Gewerkschafts- oder Genossenschaftsbewegung bekleiden, auf den auf dem Kürnberger Parteitag angenommenen Antrag verwiesen, dessen strikte Durchführung wir nochmals allen den Genossen, für die es in Betracht kommt, zur Pflicht machen.

Weißensee.

Der Etat wurde am zweiten Tage nach einer Dauer Sitzung unter Dach und Fach gebracht. Beim Etat „Straßen und Plätze“ wurde die mangelhafte Reinigung und Beseitigung der Straßen einer Kritik unterzogen und beantragt, die Summe für Beseitigung von 3700 auf 5000 M. zu erhöhen, ebenso die Summe für die Schneebefreiung von 500 auf 2000 M. Mit 12 gegen 11 Stimmen wurden jedoch diese Anträge abgelehnt, weil nach Meinung der ungenügenden Majorität die vorhandenen Verhältnisse auch in anderen Orten bestehen. Herr Köhler spielte hierbei wieder die beste Rolle. Er war Gegner der Erhöhung, beantragte aber nach der Abstimmung, daß die Ufermarkstraße im Sommer mehr als bisher besprengt werden müsse. Warum gerade diese Straße? Etwas, weil Herr Köhler dort wohnt? Hierauf aufmerksam gemacht, erklärte er naiv: „Es ist ja egal, was im Etat steht!“ Die Verbesserungsanträge unserer Genossen zu den einzelnen Positionen wurden ohne wesentliche Debatte abgelehnt. Folgende Etats wurden verabschiedet: Kanalisation, Gemeindegrundstücke, Gemeindefschulen, Realgymnasium, Realschule, Oberrealschule, höhere Mädchenschule, Zentralvorschule, Kapital- und Schuldenverwaltung, Vermögensverwaltung, Grundbesitzfonds, außerordentliche Gemeindeverwaltung, allgemeine Verwaltung. Der Etat der Steuerverwaltung brachte nochmals alle Redner auf den Plan, um den vorgebrachten Wünschen zum Siege zu verhelfen. Herr Teichert wußte unter allen Umständen den Zuschlag auf 100 Proz. herabzusetzen, verzichtete aber dann auf die Herabsetzung der Realsteuer. Herr Leh brachte eine Parze für die Gemeindefsteuer. Die vom Genossen Frey beantragte Erhöhung der Hundesteuer wurde gegen 6 Stimmen angenommen, was Herrn Leh veranlaßte, den eventuell dadurch erzielten Mehrgewinn für die Herabsetzung seiner privilegierten Gewerbesteuer in Vorschlag zu bringen. Herr Teichert bestellte wieder einen seiner angeführten Ausschüsse auf die Linke des Hauses, wurde aber vom Genossen Fuhrmann gebührend abgeföhrt. An Steuerzuschlägen werden erhoben: 115 Proz. Einkommensteuer (inkl. 24 Proz. Kreissteuer), 245 Proz. Gewerbesteuer (Klasse I—IV), 30 Proz. Betriebssteuer, 0,8 Proz. für unbebaute Grundstücke, 0,36 Proz. für bebauete Grundstücke. An indirekten Steuern werden erhoben: 32 000 M. Verbrauchsteuer und Wälletsteuer, 25 000 M. Hundesteuer, 30 000 M. Grund- und Biersteuer, 150 000 M. Umsatzsteuer, 165 000 M. Wertzuwachssteuer. Ein Antrag, die Wertzuwachssteuer als direkte Steuer zu bezeichnen, wurde abgelehnt. Der Gesamtetat schließt ab: Ordentliche Verwaltung in Einnahme und Ausgabe mit 2 501 125 M., außerordentliche Verwaltung in Einnahme und Ausgabe mit 1 270 000 M. Unsere Genossen stimmten gegen die Annahme des Gesamtetats.

Baukow.

Der Voranschlag von 1909 liegt nun endlich vor. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 6 443 210 M. gegen 1908 7 205 900 M. Die Einnahmen der Hauptverwaltung, im Ordinarium betragen 2 817 800 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 202 000 M. An Steuern sind veranschlagt: Staatseinkommensteuer wie im Vorjahre 100 Proz., Gewerbesteuer bleiben ebenfalls dieselben Sätze bestehen. Die Grundwertsteuer wird für bebauete Grundstücke von 2/3 auf 3/4 erhöht, für unbebaute von 5 auf 6 Proz. An Umsatzsteuer sind dieselben Sätze vorgesehen wie im Jahre 1908: 280 000 M. Grundwertsteuer wie im Vorjahr 150 000 M. Grundwertsteuer ebenfalls wieder 27 500 M. Es betragen somit die direkten Steuern 1 181 700 M., die indirekten Steuern 479 000 M. Die übrigen Titel des Ordinariums ergeben eine Einnahme von 707 100 M., darunter Friedhofverwaltung 25 200 M., Betriebsabfertigung aus dem Wasserwerk 12 400 M., Wochenmarktgeldern 12 000 M., gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 8000 M. Unter Ausgabe steht die Kreissteuer mit 135 500 M. Im Extraordinarium ist eine Anleihe von 1 888 000 M. vorgesehen, darunter 80 000 M. als letzte Rate zum Neubau des Realgymnasiums. Die Kosten werden nach endgültiger Abrechnung 775 000 M. betragen, das ist gegenüber dem Voranschlag von 650 000 M. eine Ueberschreitung von 125 000 M. für den Bau des Krankenhauses sind als letzte Rate 27 000 M. vorgesehen, damit belaufen sich die Baukosten nebst Nachforderung des Architekten Jobow auf 1 061 980 M. gegenüber dem Voranschlag von 900 000 M. Der Etat des Realgymnasiums beträgt 118 500 M. bei 420 Schülern, gegen 1908 ein Mehr von 18 800 M. Für die Oberrealschule sind 141 000 M. vorgesehen, bei einer Frequenz von 778 Schülern, also auch ein Mehr gegen 1908 von 18 700 M. Der Voranschlag der höheren Mädchenschule stellt sich auf 99 900 M. bei einer Schülerzahl von 630, auch hier ist gegenüber 1908 ein Mehr von 17 800 M. zu verzeichnen. Die fünf Gemeindefschulen erfordern die Summe von 418 750 M., gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 32 500 M. für die am 1. April 1909 ins Leben gerufene Fortbildungsschule sind 2700 M. vorgesehen. Der Etat der Armenverwaltung weist 116 850 M. auf; der Zuschuß der Gemeinde beträgt 81 900 M. gegen 1908 7050 M. mehr. Krankenhausverwaltung: Kreiszuschuß 24 000 M., Zuschuß der Gemeinde 48 800 M. Gesamteinnahme 178 500 M. Bürgerpar: Einnahme 20 800 M., darunter Paß vom Restaurateur Wiener 12 000 M., Verzinsung der aufgeführten Baukosten 8820 M. Tiefbauverwaltung 840 500 M. Kanalisationsverwaltung: Ausgabe für den Kanalbau 255 350 M., für den Kanalisationsbetrieb 92 700, zusammen 348 050 M. Das Rieselgut Mühlenbeck weist eine Gesamteinnahme von 285 500 M. auf. Als Wirtschaftsertrag sind 24 500 M. an die Kanalisationsverwaltung überwiesen. Bei der Sparkasse verzeichnet man 1. Oktober bis 31. Dezember 1908 450 000 M.; für 1909 voraussichtlich 550 000 M., woraus sich ein Ueberschuß von 9200 M. ergibt. Hierin werden verwendet 6300 M. für Verwaltung und 2900 M. für den Reservefonds.

Reinickendorf.

Unglückliche Polizeiverordnung. Frau Dolze in Reinickendorf, die eine Schweinemästerei betreibt, sollte den § 8 der Polizeiverordnung vom 15. August 1907 übertreten haben. Dieser Paragraph schreibt vor, daß von 5 Uhr früh bis 11 Uhr abends Schweinefütter in Schweinemästereien nicht gelockt werden darf. Schöffengericht und Landgericht verurteilten die Angeklagte. Das Kammergericht hob jedoch das Urteil auf und sprach die Angeklagte frei: Es läßt zweifelhaft sein, ob die Verordnung darauf abzielt, von dem umwohnenden Publikum Gesundheitsgefahren oder nur Belästigungen abzuwenden. Das mag dahingestellt bleiben. Denn jedenfalls sei § 8 schon wegen seiner zu weitgehenden Fassung unglücklich. Er besage, daß jede Art von Futterlockerei in Schweinemästereien von 5 Uhr früh bis 11 Uhr abends unterbleiben solle. Darin sei also mit eingeschlossen das Locken von Futter, welches keine Gerüche hinterlasse. Mit anderen Worten, der § 8 verbiete auch mit dem Futterlocken, bei dem die Gerüche durch zweckentsprechende Schornsteine abgeleitet und die ableitenden Gase durch irgendwelche Einrichtungen verbrannt würden. Soweit dürfte die Polizeiverordnung auf keinen Fall gehen. Wegen Ungültigkeit des § 8 müsse Freisprechung erfolgen.

